

Der Kongress

Nach dem Sieg über Napoleon wollten die Sieger den europäischen Staaten eine neue politische und territoriale Ordnung geben. Der Friedenskongress dauerte vom 18. 9. 1814 bis zum 9. 6. 1815. An ihm nahmen ca. 200 europäische Staaten, Herrschaften und Städte teil. Den **Vorsitz** führte der österreichische Staatskanzler **Metternich**. Neu war, dass Ergebnisse in einem Komitee der fünf Großmächte, vertreten durch Metternich, Castlereagh (britischer Außenminister), Talleyrand (Vertreter Frankreichs), Zar Alexander I. (Russland) und Hardenberg (preußischer Staatskanzler) sowie in Ausschüssen erarbeitet wurden. Die wichtigsten Ausschüsse betrafen die europäischen, die deutschen Angelegenheiten und Grenzfragen. Nur einmal, bei der Vertragsunterzeichnung, gab es eine Vollversammlung. Berühmt wurde der Kongress durch seine gesellschaftlichen Großereignisse (Feste, Bälle, Jagdveranstaltungen etc.). Dementsprechend

war die Einschätzung kritischer Teilnehmer. Fürst Charles de Ligne stellte fest: „**Der Kongress tanzt, aber er kommt nicht vorwärts.**“ Der preußische Marschall Blücher charakterisierte ihn so: „Der Kongress gleicht einem Jahrmarkt in einer kleinen Stadt, wo jeder sein Vieh hinfriest, es zu verkaufen und zu vertauschen.“

Spannungen und Probleme

Vor allem die Wiederherstellung (Restauration) der von Napoleon veränderten territorialen und dynastischen Verhältnisse sowie die Neugestaltung Europas erzeugten **neue Spannungen** und verstärkten **alte Rivalitäten**. Österreich strebte einen wirklichen Machtausgleich zwischen den Großmächten an, der den europäischen Frieden und die Stabilität des österreichischen Vielvölkerstaates erhalten sollte. Großbritannien wollte das kontinentale Gleichgewicht wieder herstellen und Frankreichs Macht wirksam eindämmen. Dabei wurde es von

Österreich unterstützt. Russland beanspruchte Polen als Lohn für die Befreiung Europas von Napoleon. Es konnte sich dabei auf Preußen verlassen, das wiederum Entschädigung in Deutschland für seine polnischen Gebietsverluste forderte. Frankreichs Ziel bestand darin, das Misstrauen der Großmächte abzubauen und Frankreich als europäische Großmacht zu erhalten. Das Verhältnis der Großmächte verschlechterte sich. Anfang 1815 schlossen Großbritannien, Österreich und Frankreich ein Bündnis, Kriegsdrohungen wurden laut. Erst die Rückkehr Napoleons (von Elba, 1. 3. 1815) erzwang Kompromisse.

Bestimmende Prinzipien

Restauration bedeutete die Wiederherstellung der europäischen Staaten unter ihren alten Herrscherfamilien, wie sie vor der Französischen Revolution bestanden hatten. Diese Forderung betraf jedoch nicht die Gebietsveränderungen, die im Deutschen Reich von 1803 bis 1806 (Reichsdeputationshauptschluss, Säkularisation, Mediatisierung, Ende des Deutschen Reichs) vollzogen worden waren.

Legitimation, d. h. auf altes, überliefertes Recht gestützte Herrschaftsberechtigung sollte die alleini-

ge Grundlage der Fürstenherrschaft sein. Dies bedeutete auch die Beseitigung der unter Napoleon neu entstandenen Herrschaften, die als nicht legitim galten. Dies ließ sich jedoch nicht generell verwirklichen. Schließlich wurden diejenigen neuen Herrschaften anerkannt, die sich historisch legitimieren ließen. Innenpolitisch stärkte dieser Grundsatz die staatsrechtliche Stellung der Monarchen durch die Betonung des Gottesgnadentums und der Ablehnung des Widerstandsrechts gegenüber dem Herrscher.

Die **Solidarität** der Mächte sollte außenpolitisch die neu geschaffene Ordnung stabilisieren und die Grenzen sichern sowie innenpolitisch der gemeinsamen Abwehr der „revolutionären“ Bestrebungen dienen. Deshalb schlossen sich z. B. Russland, Österreich und Preußen 1815 zur „Heiligen Allianz“ zusammen.



Bedingungsfaktoren des Deutschen Bundes

- Die territorialen und herrschaftlichen Veränderungen durch Säkularisation und Mediatisierung sowie durch Napoleon;
- die Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation (1806);
- die Bundesakte, die als Teil der Wiener Kongressakte die Modalitäten des Zusammenschlusses beinhaltete, hatte auch festgelegt, dass alle Bundesstaaten eine landständische Verfassung mit gewissen demokratischen Elementen erhalten sollten;
- Die Entwicklung des deutschen Nationalismus seit der Französischen Revolution: Die Forderung, die staatliche Zersplitterung endlich aufzuheben und ein einiges Vaterland zu schaffen, war seit der Französischen Revolution immer lauter geworden. Hierfür gab es drei wesentliche Gründe:

1. Der französische Nationalismus seit 1789 (Ausrufung der Nation durch Abbé Sieyès, Entstehung der Nationalversammlung) beeinflusste die deutschen Nationalen;
2. Die Belastungen der napoleonischen Fremdherrschaft und die Freiheitskriege gegen Napoleon schufen ein Zusammengehörigkeitsgefühl;
3. Die Kulturströmung der Romantik verklärte und mystifizierte die mittelalterliche Kaiserzeit (vgl. den Kult um Friedrich I. Barbarossa, Kyffhäuser; Ludwig Uhlands Gedicht „Als Kaiser Rotbart lobesam“) und förderte dadurch den Nationalismus. Der Sieg über Napoleon löste in Deutschland eine große nationale Begeisterung aus. Im Vormärz verband sich der Nationalismus mit dem Liberalismus und dem Konstitutionalismus. Träger dieser modernen Ideen war das Bildungs- und Besitzbürgertum.

Diese Entwicklung widersprach den Vorstellungen der Fürsten. Die Herrscher „von Gottes Gnaden“ sahen zwar die Notwendigkeit, ihren „Untertanen“ nach dem Sieg über Napoleon Verfassungen mit demokratischen Elementen zu geben; ein einheitliches Deutschland mit einer starken Zentralmacht, einem **Kaiser** z. B., wie viele forderten, wollten **die Fürsten** jedoch **nicht**, da dies ihre Souveränität eingeschränkt hätte. Zudem verhinderten der **preußisch-österreichische Dualismus und der Partikularismus** der Mittelstaaten (Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen) einen deutschen Nationalstaat.

Der Deutsche Bund

Diesen wollten auch die europäischen Großmächte nicht. Die Wiederherstellung des alten Deutschen Reichs, die „renovatio imperii“, bzw. die Schaffung eines neuen hätte das europäische Gleichgewicht empfindlich gestört. Deshalb entstand der **Deutsche Bund** (mit ca. 30 Mio. Einwohnern), den der Wiener Kongress international anerkannte, **als Kompromiss**: Eine gewisse Einheit war geschaffen worden, ohne dass sie die deutschen und europäischen Machtverhältnisse veränderte. Grundlegen-

de Reformen verlangten die Einstimmigkeit des Bundestags. Dies bedeutete, dass allein das Herzogtum Liechtenstein mit 5546 Einwohnern derartige Reformen verhindern konnte.

Der Deutsche Bund enttäuschte die Nationalen, die sich einen geeinten Nationalstaat mit einem Kaisertum früherer Stärke erhofft hatten. Er enttäuschte aber auch die liberale und konstitutionelle Bewegung, da die Souveränität der Mitgliedsstaaten nicht zugunsten einer Volksvertretung eingeschränkt wurde.



Neue Ideen verändern Staat und Gesellschaft

Die grundlegenden geistig-politischen Ideen des 19. Jahrhunderts waren Liberalismus, Konstitutionalismus und Nationalismus einerseits und die im Gegensatz dazu stehende Idee der Restauration andererseits.

Liberalismus und Konstitutionalismus

Beide Ideen entstanden in der Aufklärung (17./18. Jahrhundert). Die Naturrechtsphilosophen und Staatstheoretiker der Aufklärung (Hobbes, Locke, Montesquieu, Rousseau, Kant) entwickelten eine neue Auffassung vom Individuum, der Gesellschaft und dem Staat: Alle Menschen sind von Natur aus frei und gleich. Das Individuum war in der Urgesellschaft zwar absolut frei, aber aufgrund der Rechtsunsicherheit permanent bedroht. Deshalb schlossen sich die Individuen zu Gesellschaften zusammen und richteten eine Ordnungsmacht,

den Staat, ein. Dieser hat die Aufgabe, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Ihrer Meinung nach war der **Staat also nicht von Gott gegeben, sondern von den Mitgliedern der Gesellschaft** durch einen Vertrag (Rousseau: „*Contrat social*“, **Gesellschaftsvertrag**) mit denen geschaffen worden, denen das Volk die Macht überträgt. Die **Macht geht also vom selbstständigen (souveränen) Volk aus**, das deshalb auch das Recht hat, die Inhaber der staatlichen Macht abzusetzen, wenn sie ihre Macht missbrauchen (**Widerstandsrecht**). Um den Machtmisbrauch zu verhindern, forderten die Aufklärer die schriftliche Fixierung der politischen Rahmenbedingungen (= **Verfassung**) und die **Teilung der staatlichen Macht** in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt).

Nationalismus

Gegen Ende des Mittelalters entwickelten die Einwohner eines bestimmten Gebietes (z. B. Engländer und Franzosen im Hundertjährigen Krieg 1337–1453, Tschechen zur Zeit der Hussitenkriege Anfang des 15. Jh.) ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl. Es beruhte auf gemeinsamer Abstammung, Sprache, Kultur, Staatsgebiet und dem historisch-politischen Schicksal. Diese Lebens- und Schicksalsgemeinschaft erzeugte ein Nationalbewusstsein. Der Nationalismus hatte im 17., 18. und 19. Jh. die nationale Selbstbestimmung zum Ziel, die von der Masse des Volkes gegen den Adel als herrschende Schicht durchgesetzt wurde (England: 17. Jh., Frankreich: 1789). Der Nationalismus erfasste als Folge der Französischen Revolution und der Freiheitskriege gegen Napoleon zu Beginn des 19. Jh. ganz Europa. Zusammen mit Liberalismus und Konstitutionalismus wurde er zum bestimmenden Geschichtsfaktor der Neuzeit.

Restauration

Die **Restauration** bedeutet

- a) die Wiederherstellung eines früheren, als legitim empfundenen Zustands in Staat und Gesellschaft, in der Regel die Wiedereinsetzung einer alten Dynastie, die durch äußere Machteinflüsse oder eine Revolution beseitigt worden war;
 - b) die Bewegung, die diese erstrebt und
 - c) die Zeit, in der Restauration betrieben wird.
- Heutzutage wird „Restauration“ mit dem negativen Begriff „Reaktion“ gleichgesetzt.

Die Restauration prägte in Europa die Epoche zwischen 1815 und 1848, in der die Fürsten versuchten, die Folgen der Französischen Revolution rückgängig zu machen. Im Deutschen Bund wurde sie vor allem von Preußen und Österreich durchgeführt. Sie beeinflusste den Konflikt des Vormärz (1815–1848) zwischen liberal, konstitutionell und national gesinntem Bürgertum und dem dynastisch-konservativen Fürstentum maßgeblich (→ K. 5).



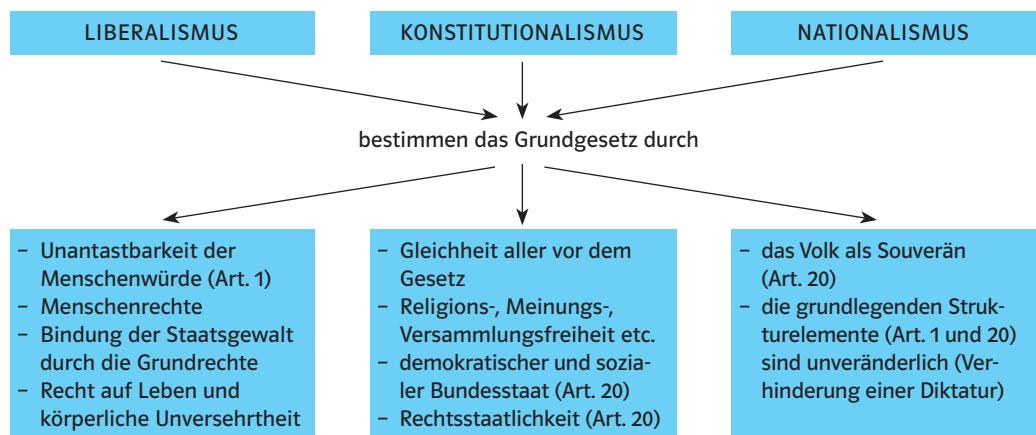
„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

Art. 1 bestimmt: „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“

Die Grundrechte (Art. 1-19) enthalten alle liberalen und konstitutionellen Elemente. Die wichtigsten sind: Die Würde des Menschen (Art. 1); Freiheit der Person (Art. 2); Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3); Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4); Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 5); Schutz der Ehe und Familie (Art. 6); Versammlungsfreiheit (Art. 8); Vereinigungsfreiheit (Art. 9); Post- und Fernsprechgeheimnis (Art. 10.); Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet (Art. 11); Unverletzlichkeit der Wohnung

(Art. 13), Gewährleistung von Eigentum (Art. 14). Die Grundrechte können zwar unter bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt, jedoch nicht in ihrem Wesensgehalt angetastet werden (Art. 19). Art. 20, auch „Verfassung in der Verfassung“ genannt, legt als unveränderliche staatliche Strukturprinzipien die Demokratie fest, den Rechtsstaat, den Sozialstaat und den Bundesstaat (Art. 20, 1: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“; Art. 20, 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“). Der Rechtsstaat wird durch die Grundrechte und die Gewaltenteilung gesichert, die liberale Demokratie durch die Bestimmungen zu Parteien und Wahlen. Auch das Streben nach nationaler Einheit bestimmte die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1990 maßgeblich (vgl. Präambel des Grundgesetzes von 1949, das sich daraus ergebende „Wiedervereinigungsgebot“ sowie die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition).

Die Auswirkungen der modernen Ideen des 19. Jahrhunderts auf die Bundesrepublik



Der „Vormärz“ ist geprägt vom Konflikt zwischen den modernen, „revolutionären“ Ideen des Liberalismus, Konstitutionalismus, Nationalismus und der fürstlichen Restauration.

Das Wartburgfest

Der Wiener Kongress enttäuschte viele liberale und patriotische deutsche Studenten, die in den Befreiungskriegen gegen Napoleon als Freiwillige gekämpft hatten. Am 18.10.1817 trafen sich ca. 500 **Mitglieder studentischer Vereinigungen** („Burschenschaften“) aus ganz Deutschland auf der Wartburg. Offiziell wollten sie den Thesenanschlag Luthers (1517) und die Völkerschlacht von Leipzig (16.–19. Oktober 1813) feiern. Ihre wirkliche **Absicht** bestand in der Festigung der studentischen Einheit im **Kampf um Freiheit und nationale Einheit**. Eine kleine Gruppe der Anwesenden verbrannte restaurative Schriften sowie einen Zopf und einen Korporalstock als Symbole der obrigkeitstaatlichen Verwaltung bzw. des verhassten Militärs. Die-

- Einrichtung einer zentralen Untersuchungskommission für politische Straftaten in Mainz. Die rigorose Durchführung dieser Beschlüsse in allen Staaten führte dazu, dass das politische Denken in Deutschland weitgehend zum Schweigen gebracht wurde. Das Bürgertum zog sich ins Privatleben zurück („**Biedermeier**“) und überließ Politik und Wirtschaft den restaurativen fürstlichen Regierungen.

Das Hambacher Fest

1830 brach in Frankreich erneut eine Revolution aus. Sie belebte in den süddeutschen Staaten die Opposition. 1832 luden politische Radikale – trotz des Verbots – zu einer politischen Versammlung nach Hambach (Pfalz) ein. Ca. 30000 Liberale und Nationale folgten der Einladung. In z.T. radikalen Reden wurden **liberal-demokratische und nationale Forderungen** gestellt. Das Hambacher Fest hatte eine **große politische Breitenwirkung** und verschärfte deshalb das Vorgehen der Fürsten.

ser „aufrührerische Akt“ erweckte das Misstrauen der Fürsten gegenüber den Studenten bzw. den Universitäten.

Die Karlsbader Beschlüsse

1819 ermordete der Student Karl Ludwig **Sand** den Schriftsteller und in russischen Diensten stehenden Diplomaten August von **Kotzebue**, der die studentische Bewegung und ihre Ziele verspottet hatte. Viele Liberale zeigten Verständnis und sogar Bewunderung für diese Tat. Die Fürsten sahen sie als Bedrohung an und vereinbarten deshalb unter der Führung Metternichs zu Karlsbad (heute: Karlovy Vary) folgende **Beschlüsse**:

- Einführung der Preszensur
- Kontrolle der Vereine
- Entlassung der Hochschullehrer, die „schädliche“ Lehren verbreiten
- Überwachung der Universitäten durch Staatskommissare
- Verbot der Burschenschaften

Der Frankfurter Wachensturm

1833 versuchten Studenten durch die Besetzung der Frankfurter Hauptwache und die Gefangen nahme der Delegierten am Bundestag eine Revolution auszulösen. Der Plan schlug fehl, kostete aber 9 Menschen das Leben. Diese Aktion beantworteten die Staaten mit einer Verschärfung der Karlsbader Beschlüsse.

Die Göttinger Sieben

Ernst August, Herzog von Cumberland, wurde 1837 König von Hannover. Er erkannte die landständische Verfassung nicht an. Dagegen protestierten **sieben Göttinger Professoren**, darunter die Gebrüder Grimm. Sie mussten das Königreich verlassen und wurden in ganz Deutschland zu **Symbolfiguren der Liberalen und Nationalen**.



Geistige Ursachen

Die **Aufklärung** schuf im 17. und 18. Jahrhundert ein neues Menschenbild, das große Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft hatte. Die Naturrechtsphilosophen (z. B. Thomas Hobbes, John Locke, Charles de Montesquieu, Jean Jacques Rousseau und Immanuel Kant) und Adam Smith, der „Vater“ der freien Marktwirtschaft, forderten die **Unverletzlichkeit des Individuums** und dessen **Schutz vor staatlicher Willkür** sowie die **Rechtsgleichheit** aller Menschen. Diese Rechte waren für sie „**naturgegeben**“ und „**angeboren**“. Staat und Herrschaft sahen sie nicht als gottgegeben an, sondern als Ergebnis des Gesellschaftsvertrags, den die Gesellschaft mit einem oder mit mehreren schloss. Herrschaft wurde also vom Souverän, dem Volk, übertragen und verpflichtete die Inhaber der staatlichen Gewalt, diese im Sinne des Volkes gerecht auszuüben.

Um Missbrauch zu vermeiden, sollte die staatliche Macht geteilt (Gewaltenteilung) und kontrolliert und die Bürger- und Menschenrechte in einer Verfassung festgeschrieben werden. Gegen einen ungerechten Inhaber der staatlichen Macht hat das Volk das Widerstandsrecht. Das Naturrecht auf Eigentum und persönliche Selbstbestimmung beinhaltete den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Diese sollte (nach Adam Smith) dem freien Unternehmer und den Markt regulierenden Kräften (Angebot und Nachfrage) überlassen bleiben.

Am **26.8.1789** verkündete die französische Nationalversammlung die Menschenrechte („**Déclaration des droits de l'homme et du citoyen**“), die der Verfassung von 1791 vorangestellt wurden. Diese Anerkennung der liberalen und konstitutionellen Forderungen beeinflusste alle späteren europäischen Verfassungen.

Politische Ursachen

Die vom Wiener Kongress versprochenen landständischen Verfassungen wurden, wie in Preußen und Österreich, nicht erlassen oder die Fürsten hielten sich nicht an sie. Dies und die Unterdrückung liberaler Bestrebungen führte seit 1840 zur Entstehung politischer Zirkel und Vereine. Obwohl sie klein und nicht sehr zahlreich waren, bewirkten sie eine **Politisierung der radikaleren Liberalen**. Die Bedrohung der Rheingrenze durch Frankreich gab auch der nationalen Bewegung wieder Auftrieb. Diese Entwicklung gipfelte in den Märzforderungen von 1848. Sie beinhalteten die Einführung bzw. Reaktivierung von landständischen Verfassungen, die Garantie der Menschen- und Bürgerrechte, die Abschaffung der Karlsbader Beschlüsse, die Forderung nach politischer Mitbestimmung für weite Teile der Bevölkerung, Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit (z. B. durch das Recht auf Arbeit) und die Forderung nach der Einheit der deutschen Nation.

Soziale Probleme

Sie ergaben sich aus gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen. Bauernbefreiung, Gewerbefreiheit und der starke Anstieg der Bevölkerung hatten negative Auswirkungen: Viele **Bauern verschuldeten sich**, da sie die Absätze ihrer bisherigen Pachthöfe nicht bezahlen konnten. Die **Gewerbefreiheit** erhöhte die handwerkliche **Konkurrenz** und verschlechterte die Lebensbedingungen der Handwerker. Der rasche Anstieg der Bevölkerung (in Deutschland zwischen 1800 und 1850 um ca. 50%) bewirkte **Landflucht, Verfall der Löhne** und wachsendes **städtisches Proletariat**. Diese Veränderungen und fehlende arbeits- und versicherungsrechtliche Regelungen hatten eine **Massenarmut** (Pauperismus) zur Folge (vgl. Gerhart Hauptmanns „Die Weber“).



Österreich

Die französischen Revolutionsunruhen vom Februar 1848 (Ausrufung der Republik) ließen den revolutionären Funken auf Deutschland überspringen. In Wien wurde die Forderung nach einem deutschen Nationalstaat wieder laut. Als Metternich darauf nicht reagierte, verlagerte sich die Auseinandersetzung zunehmend auf die Straße und wurde gewalttätig. Am 13. März kam es zu heftigen Straßenkämpfen, an denen viele Studenten und Arbeiter beteiligt waren. Nun verlangten auch die Ungarn für ihren Teilstaat eine eigene Verfassung. In dieser prekären Situation entließ Kaiser Ferdinand Metternich, die Symbolfigur der restaurativen Politik. Dieser floh nach England. Ferdinand machte den Demonstranten weitgehende **Zugeständnisse** (Pressefreiheit, Verfassung). Die Bauern wurden von allen Diensten und Pflichten gegenüber ihren Grundherren befreit. Ende April erhielt Österreich eine moderne Verfassung. Damit gaben sich die Bauern und die gemäßigten Liberalen zufrieden.

Die radikalen Liberalen forderten jedoch eine von Volksvertretern entworfene Verfassung. Ungarn erhielt bürgerliche Freiheiten, ein eigenes Parlament sowie eigenständige Kriegs-, Finanz- und Außenministerien. Mit diesen (vorübergehenden) Zugeständnissen war die Mehrheit des Bürgertums zufrieden. Dem Kaiser war es gelungen, die Revolutionäre zu spalten und die Position der „alten Gewalten“ zu festigen. Im Sommer ging der Kaiser mit Unterstützung weiter Teile des Bürgertums zur **Gegenrevolution** über. Österreichische Truppen besiegten die radikalen Revolutionäre in Wien und beendeten nationalistische Aufstände in Prag, der Lombardei (1848), Venetien und Ungarn (1849). Ende 1848 dankte Ferdinand I. ab und übergab die Krone seinem Neffen Franz Joseph I. In dessen Auftrag führte Felix Fürst zu Schwarzenberg als Ministerpräsident den **Neoabsolutismus** (zentralistische Verfassung mit starker monarchischer Kraft) in Österreich ein.

Preußen

In Berlin wollte es Friedrich Wilhelm IV. nach dem ruhmlosen Ende Metternichs nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen und versprach eine „zeitgemäße Verfassung“. Nach Ausbruch der „Revolution aus Versehen“ zog er seine Truppen gegen den Rat der Militärs aus Berlin zurück, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Er machte weitgehende **liberale und nationale Zugeständnisse**. So sollte z. B. eine von allen Preußen gewählte Volksversammlung zusammen mit dem König eine Verfassung erarbeiten. Dadurch besänftigte Friedrich Wilhelm IV. die Mehrheit der Bürger, die an der Monarchie festhalten wollte. Die **liberalkonstitutionelle Bewegung spaltete sich**: Die Gemäßigten begrüßten den Weg des Monarchen, die Radikalen sahen dies als Verrat an.

Klein- und Mittelstaaten

Die Regierungen der **Klein- und Mittelstaaten** traten die Flucht nach vorn an: Sie installierten **liberale** Kabinette und setzten „eingefrorene“ **Verfassungen** in Kraft. Im liberalen **Baden** übernahmen für kurze Zeit radikaldemokratische Republikaner unter ihren Führern **Hecker** und **Struve** die Macht und bildeten eine provisorische Regierung. Die Revolutionäre, die wenig Rückhalt in der Bevölkerung fanden, wurden jedoch bald von fürstlichen Truppen besiegt. In **Bayern** entstanden in der Pfalz und Franken liberaldemokratische Regierungen, die sich jedoch nicht lange halten konnten. In München richtete sich der Volkszorn nicht gegen die Monarchie an sich, sondern gegen die Einmischung der Geliebten Ludwigs I., der Tänzerin Lola Montez, in die Politik.



Die Paulskirchenversammlung

Ende März 1848 versammelten sich in Frankfurt 500 Liberale aus ganz Deutschland. Dieses **Vorparlament** war nicht durch Wahlen bzw. durch Regierungen legitimiert. Die gemäßigt Liberalen, die in der Mehrheit waren, vereinbarten die Erhaltung der Monarchie und die Wahl einer „Konstituierenden Versammlung“ auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts. Die Regierungen der deutschen Staaten und der Bundestag übernahmen diesen Beschluss. Die radikalen Liberalen, die die Abschaffung der Monarchie anstrebten, versuchten bereits zu diesem Zeitpunkt, in Südwestdeutschland eine deutsche bzw. badische Republik gewaltsam zu erreichen (Friedrich Hecker, Gustav Struve). Diese Aufstände wurden vom Militär niedergeschlagen. Am **1. Mai** fand die freie, gleiche, direkte und geheime **Wahl der Abgeordneten** statt und am **18. Mai** trat die Nationalversammlung, das erste frei gewählte deutsche Parlament in der **Frankfurter Paulskirche** zusammen. Die Zahl der

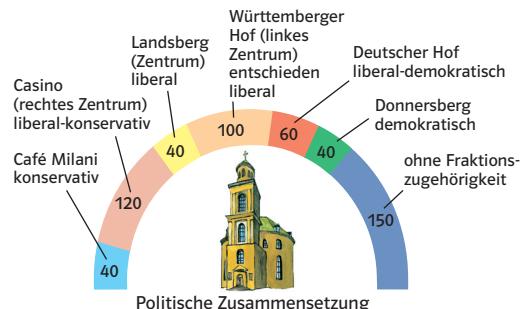
Abgeordneten betrug (mit Stellvertretern) 830, die der tatsächlich anwesenden schwankte zwischen 300 und 500. Zum Präsidenten wählten die Abgeordneten den allgemein angesehenen gemäßigte Liberalen Heinrich von Gagern.

Die Paulskirchenversammlung bestand überwiegend aus Mitgliedern des Bildungs- und Besitzbürgertums („**Honoratiorenparlament**“). Sie war von Anfang an aufgrund ihrer Zusammensetzung **kaum konsensfähig**.

Beratungen und Beschlüsse

Die Abgeordneten strebten eine deutsche Zentralgewalt an. Deshalb wählten sie zuerst Erzherzog Johann von Österreich zum „Reichsverweser“ (= Reichsverwalter), der die deutsche Zentralregierung leiten sollte. Ein Diskussionsschwerpunkt waren die „Rechte und Pflichten aller Deutschen“, die Grundrechte. Sie wurden nach französischem Beispiel in einem ausführlichen **Grundrechtskatalog** zusammengefasst.

Die Diskussion über die Modalitäten der nationalen Frage zeigte die **Zerrissenheit des Parlaments**. Nach erbitterten Debatten einigte man sich mühsam auf eine Verfassung mit folgenden wesentli-



Berufe der Abgeordneten und ihrer Stellvertreter

46 Landwirte	37 mittlere Beamte
35 Kaufleute	94 Professoren
14 Fabrikanten	30 Lehrer
4 Handwerker	39 Geistliche
44 ohne Berufsangabe	106 Advokaten
18 Offiziere	23 Ärzte
11 Diplomaten	10 Bibliothekare, Verleger, Buchhändler
110 Richter/Staatsanwälte	20 Schriftsteller
115 höhere Verwaltungsbeamte	35 sonstige Akademiker
21 Bürgermeister	

Nationalversammlung in der Paulskirche

chen Elementen: Kleindeutsche Lösung, erbliche Kaiserwürde, Reichstag als Legislativorgan, bestehend aus dem vom Volk gewählten Volkshaus und dem zur Hälfte gewählten und zur Hälfte von den Einzelstaaten ernannten Staatenhaus.

„Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“

Nachdem sich die Vertreter der kleindeutschen Lösung durchgesetzt hatten, wählten 290 Abgeordnete den preußischen König zum Kaiser, 248 enthielten sich der Stimme. Der auf dem Gottesgnadentum beharrende **Friedrich Wilhelm IV.** lehnte die ihm am 3.4.1849 angebotene **Kaiserkrone** ab. Im engen Vertrautenkreis bezeichnete er die Krone als „einen solchen imaginären Reif aus Dreck und Letten [Tonerde von schlechter Qualität] gebacken.“ Sie verunehrte „mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch Gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts“ die mittelalterliche Kaiserkrone. Ferner stellte er fest, die Abgeordneten der Paulskirche hätten ihm gar nichts zu bieten. „Das [die Kaiserwürde] machte ich mit meinesgleichen aus. Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“



Hochrufe den Landesfürsten, Katzenmusik den Beamten

Von Frankreich und der Schweiz abgesehen, machten die Revolutionen vor den Thronen Halt. Dies war auch in Deutschland so. Abgesehen von einer kleinen Gruppe von Radikaldemokraten und Sozialisten waren **die Deutschen** durchaus **obrigkeitsstaatlich eingestellt**.

Das Bürgertum begrüßte die oft vagen Zugeständnisse der Fürsten mit Dankbarkeit und Lobesreden. An eine Abschaffung der Monarchie dachte die große Mehrheit des Volkes nicht. Der Schweizer Revolutionär Johann Ulrich Furrer beschrieb die „revolutionäre Gesinnung“ in Deutschland folgendermaßen: „... mit dem, was man Verstand nennt [ist es] noch nicht weit her, das beweisen die Lebe-hoche für den [preußischen] König ... Aber die einfältigen Leute glauben, dass die ganze Welt zu-grunde ginge, wenn keine solchen Herren von Got-tes Gnaden existieren würden“. Bezeichnend ist, dass die südwestdeutschen Radikalen Hecker und

zug der städtischen bzw. fürstlichen Beamten. In Wirtschaften und in der Öffentlichkeit debattierte und politisierte man, Reden wurden gehalten, nationale Tagträume entworfen und „Katzenmusiken (franz. „charivari“; lautstarke Proteste) vor den Häusern missliebiger Beamte oder Honoratioren veranstaltet. **Zeitungen**, politisch engagierte Klubs und die Anfänge erster Parteien entstanden.

Alle diese Möglichkeiten waren neu und gaben den Demonstranten das Gefühl, schon viel erreicht zu haben. Auch diese „Erkenntnis“ schwächte den revolutionären Elan. Deshalb fragt der Historiker Rudolf Stadelmann (1962) mit Recht: „Ist das überhaupt eine Revolution gewesen, was sich von 1848 bis zum Juni 1848 in Deutschland abgespielt hat, den Weg der Gewalt weder innerlich noch äußerlich gewagt hat? War das eine Revolution, die den Inhabern der Waffenläden, aus denen sie ihre Flinten und Säbel entnimmt, das Versprechen gibt, dass die Sachen nach beendigtem Kampf wieder redlich zurückerstattet würden und dieses Versprechen auch fast ohne Ausnahme gehalten hat? War

Struve mit ihrer Forderung nach Abschaffung der Monarchie und Errichtung einer Republik keine Unterstützung im Volk fanden.

Im Süden und Südwesten Deutschlands richtete sich der Zorn der bäuerlichen Bevölkerung gegen die verhasste örtliche Obrigkeit. Die Bauern bedrohten sie, setzten Forstbeamte ab, brannten Schlösser nieder, vernichteten Grundbücher, Schuldurkunden und bedrohten örtliche Adlige, von denen sie den Verzicht feudalrechtlicher Bindungen forderten.

Auf die Landesfürsten, denen sie unterstellt, nichts von der Unterdrückung ihrer Beamten zu wissen, brachten sie Hochrufe aus. Als die Regierungen den Bauern entgegenkamen, adelige Privilegien und bäuerliche Leistungen aufhoben bzw. einschränkten, verebbte Mitte 1848 der Aufruhr auf dem Lande.

Die Städte waren die Hauptschauplätze der Unruhen. Das städtische Bürgertum genoss die Meinungsfreiheit und den (vorübergehenden) Rück-

das eine Revolution, die überall Polizei und Autoritätspersonen aufstellt, damit kein Unfug geschieht und alles seine rechtliche Form behält?“

(Rudolf Stadelmann: *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848. Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 1961, S. 134)*

Die Bedeutung der Nationalversammlung

Schon im Jahre 1848 wich die revolutionäre Begeisterung einer wachsenden **Ernüchterung**. Mit der Ablehnung der Kaiserkrone war die Paulskirchenversammlung und damit die Demokratie endgültig gescheitert, der dominante Fürstenstaat hatte sich behauptet. Dennoch hatte die Nationalversammlung **langfristig eine große politische Bedeutung**: Einheitsgedanke, Liberalismus, Konstitutionalismus, kleindeutsche Lösung und das Erbkaisertum hatten sich durchgesetzt (vgl. Verfassung von 1871), Absolutismus war nicht mehr möglich und die Verfassung von 1849 beeinflusste die späteren wesentlich.



Die Reaktion in Preußen

In der zweiten Hälfte des Jahres 1848 schwächte sich die Revolution ab und die Fürsten gewannen wieder an Macht. Im Sommer 1849 endete die Revolution, die Friedrich Wilhelm IV. von Preußen als die „dümme, albernste und schlechteste“ Revolution des 19. Jahrhunderts bezeichnete, mit einem Sieg der Fürsten, obwohl diese die neuen Ideen nicht völlig unterdrücken konnten.

In der folgenden Epoche der Reaktion bauten die Fürsten ihren Macht wieder aus.

In Preußen hatte die dortige Nationalversammlung beschlossen, Adelstitel, Orden und den Titel „König von Gottes Gnaden“ abzuschaffen. Daraufhin besetzte **Friedrich Wilhelm IV.** Anfang November Berlin, löste einen Monat später die preußische Nationalversammlung auf und **oktroyierte** (franz. = aufzwingen) eine weitgehend liberale **Verfassung**. 1849 wurde das **Dreiklassenwahlrecht** eingeführt, 1850 die Verfassung von 1848 zugunsten der könig-

lichen Macht revidiert und 1854 die Erste Kammer zu einer Adelskammer umgewandelt.

Trotz dieser Maßnahmen blieb Preußen ein Verfassungsstaat mit Grundrechten, Gewaltenteilung, Volksvertretung (Mitwirkung an der Legislative, Budgetrecht). Die **Verfassungspraxis** war dennoch **reaktionär**: Wahlbeeinflussung, Demokraten- und Sozialistenverfolgung, „Säuberung“ der Beamtenchaft von liberalen Gesinnten, Spitzel-, Agentenwesen, Preszensur, Überwachung der Universitäten, Schulen, Vereine, Verschärfung des Disziplinarrechts und Einschränkung gerichtlicher Rechte verschlechterten die Situation der Liberalen und der Sozialisten und prägten Preußen bis 1918.

Die Reaktion in Österreich

Auch in Österreich wendete sich mit der Niederschlagung der aufständischen Nationalbewegungen in Prag, Ungarn und Oberitalien und der Abschwächung der revolutionären Bestrebungen das

Blatt. Die im März 1849 von Kaiser Franz Joseph oktroyierte Verfassung verlor immer mehr an Bedeutung. Sie wurde 1851 aufgehoben und Österreich wurde zu einem „**neoabsolutistischen Staat** ohne Verfassung, aber mit dem **Kaiser als unumschränkten „Selbstherrrscher“**. Noch rigoroser als in Preußen ging Österreich mit Hilfe seines antiliberalen, zentralistischen Polizei- und Militärsystems in der Folgezeit gegen nationale Bestrebungen und „revolutionäre“ Kräfte vor.

Die Reaktion in den Mittel- und Kleinstaaten

Die Reaktion in den beiden Großmächten gab auch den Mittel- und Kleinmächten den Mut, ihre März-zugeständnisse weitgehend zurückzunehmen sowie die Paulskirchenverfassung und die nationalen Einigungsbestrebungen abzulehnen. Sie gingen dabei unterschiedlich hart vor.

Die Restauration des Deutschen Bundes

Österreich befürchtete, von Preußen aus Deutschland hinausgedrängt zu werden, zumal die Paulskirchenversammlung sich für die kleindeutsche Lö-

sung entschieden hatte. Dies hätte die Situation des Vielvölkerstaats Österreich verschlechtert. Deshalb erzwang es gegenüber Preußen durch unverhohlene Kriegsdrohungen die **Wiederherstellung des Deutschen Bundes unter österreichischer Führung**. Der wieder hergestellte Bundestag liquidierte über den „Reaktionsausschuss“ die Revolution endgültig und vereinheitlichte das gemeinsame Vorgehen gegen die liberalen, demokratischen und sozialistischen Kräfte.

Fazit

In der Zeit der Reaktion stellten die Fürsten in ganz Deutschland den konservativen Obrigkeitstaat wieder her und bekämpften die Liberalen, Demokraten, Republikaner und Sozialisten mit repressiven, oft polizeistaatlichen Mitteln. Allerdings modernisierten sie in diesem Zeitraum auch Verwaltung, Gesellschaft und förderten die Wirtschaft.



Der preußisch-österreichische Dualismus

Die Jahrzehnte nach dem Wiener Kongress waren bestimmt vom **Kampf** der beiden deutschen Großmächte **um die Hegemonie**. Preußen übernahm die Forderung des Paulskirchenparlaments nach einem deutschen Nationalstaat, um die „deutsche (Macht)Frage“ für sich zu entscheiden. Es ging dabei von der Prämisse aus, dass es wachsen müsse, um seine Macht zu erweitern. Österreich dagegen war überzeugt, dass es Preußen nicht wachsen lassen durfte, um seine Bedeutung in Deutschland nicht zu verlieren. Im Sommer 1849 schlug die preußische Regierung einen neuen Bund der deutschen Fürsten vor, der zu einem Deutschen Reich führen sollte. Dieser kleindeutsche Bund sollte sich in einer Union mit Österreich verbinden und gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik betreiben. Österreich lehnte diesen Plan kategorisch ab und verlangte stattdessen die Aufnahme Gesamtösterreichs in das Deutsche Reich. Russland schlug sich auf die Seite Österreichs und erzwang die Auf-

gabe des Plans durch die „**Olmutzer Punktation**“ (Punktation: Fixierung einzelner Punkte eines beabsichtigten Vertrags). Preußen musste der Wiederherstellung des Deutschen Bundes von 1815 unter österreichischer Führung zustimmen. Gegen Ende der Fünfzigerjahre spitzte sich der Konflikt zu. Österreich erhielt eine neue Verfassung. Danach wandelte sich Österreich. Eine neue Verfassung wurde entworfen, die sowohl dem deutschen Nationalstaat Rechnung trug, als auch den Selbstständigkeitsbestrebungen der österreichischen Völker. Österreich galt nun als liberal, sein Ansehen in Deutschland wuchs.

Die „Neue Ära“ in Preußen

1858 hatte **Wilhelm I.** die Regentschaft für seinen geisteskranken Bruder Friedrich Wilhelm IV. übernommen. Er versprach eine „**Neue Ära**“. Sie sollte die preußische Monarchie mit dem liberalen Bürgertum aussöhnen und „moralische Eroberungen“ in Deutschland durch eine weise Gesetzgebung

und die Betonung sittlicher Grundwerte (Ehre, Vaterland, Pflichtbewusstsein etc.) machen. Er legte auch eine positive Einstellung gegenüber der oktroyierten Verfassung von 1848 an den Tag. Durch diese Politik gewann Preußen viele liberal und demokratisch gesinnte Deutsche für die kleindeutsche Lösung. Im Juni 1861 entstand in Preußen eine „Deutsche Fortschrittspartei“ als erste moderne deutsche Partei. Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus (Volksvertretung) errang sie bereits im Dez. 1861 die Mehrheit.

Der Heereskonflikt als Machtfrage

Der **Heereskonflikt** (auch: **Verfassungskonflikt**) **beendete die „Neue Ära“**. Dabei ging es von Anfang an nicht um die Notwendigkeit einer umfassenden Heeresreform. Diese wurde auch von den liberalen Abgeordneten akzeptiert. Es ging vielmehr um die Frage, ob das Militär, das entscheidende Machtmittel, auch in Zukunft ausschließlich dem König unterstellt sein sollte oder ob die Abgeordneten ein Mitspracherecht in militärischen Angelegenheiten erhalten sollten. **Im Prinzip ging es um Macht.** Für Wilhelm I. (König seit 1861) hätte

ein Nachgeben in dieser Frage bedeutet, die Volkssovereinheit öffentlich anzuerkennen. Deshalb lehnte er ein Nachgeben kategorisch ab und wollte lieber abdanken. Bismarck konnte ihn davon abbringen. „Es gelang mir“, so schreibt er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, „ihn zu überzeugen, dass es sich für ihn nicht um konservativ oder liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handle und dass die letztere notwendig und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei.“ Wilhelm I. war zunächst skeptisch: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern wird man erst Ihnen [Bismarck] den Kopf abschlagen und etwas später mir.“ [Bismarck antwortete:] „... Sterben müssen wir früher oder später doch, und könnten wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs, und Ew. Majestät, indem Sie Ihre königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eigenen Blute besiegen.“ Wilhelm I. ließ sich überreden und die „Periode der Diktatur“ endete erst mit dem Sieg Preußens über Österreich 1866.



Bismarck über seine Realpolitik

1857: „Ich würde, sobald man mir nachweist, dass es im Interesse einer ... wohl durchdachten preußischen Politik liegt, unsere Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen Truppen feuern sehen.“

1860: „Wir [sollten] uns bei Umwälzungen im Ausland nicht fragen ... was in der Sache ... Rechtes sei, sondern ... unsere Parteinaufnahme danach einrichten, welche Gestaltung des Auslandes die günstigste sei für die Machtstellung und Sicherheit der Krone Preußens.“

1862: „Nicht auf Preußens Liberalismus schaut Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus [Nachsicht entgegenbringen] ... Preußen muss seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon eini-

ge Male verpasst ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen [Wiener Kongress] sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; **nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden** – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, **sondern durch Blut und Eisen.**“

Bismarck über entscheidende innenpolitische Grundlagen

1881: „Ich bin [Königstreuer] in erster Linie, dann Preuße und ein Deutscher. Ich will meinen König, das Königtum verteidigen gegen die Revolution, die offene und die schleichende, und ich will ein gesundes, starkes Deutschland herstellen und hinterlassen.“

„Die Parteien sind mir gleichgültig“

1881: „Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie. In erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit. ... Es gibt **Zeiten, wo man liberal regieren muss, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muss**, es wechselt alles, hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, dass sie fest und sturmfrei dastehe.“

Bismarck über die „deutsche Frage“

1853: „Unsere Politik hat keinen anderen Exerzierplatz als Deutschland ...; für beide [Preußen und Österreich] ist kein Platz nach den Ansprüchen, die Österreich macht; also können wir uns auf Dauer nicht vertragen ..., einer muss weichen oder vom anderen ‚gewichen werden‘, bis dahin müssen wir Gegner sein, das halte ich für eine ... Tatsache.“

1866: „Die Eroberung [von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a.M.] gründet sich auf das Recht der deutschen Nation, zu existieren ... und sich zu einigen, auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Existenz nötige Basis zu liefern.“



Der Deutsch-Dänische Krieg (Febr. – Aug. 1864)

1863 versuchte König Christian IV. das teilweise dänischsprachige Schleswig, das dem dänischen Königshaus in Personalunion verbunden war, dem dänischen Staat einzuverleiben. Auf Initiative des Deutschen Bundes marschierten **preußische und österreichische Truppen** 1864 in Jütland ein und **besiegten Dänemark** bei den Düppeler Schanzen. Das dänische Königshaus verlor seine beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein. Im **Vertrag von Gastein** (1865) beschlossen die beiden deutschen Großmächte die Verwaltung Holsteins durch Österreich und Schleswigs durch Preußen. Diese Entscheidung war jedoch nur provisorisch und ließ die Frage, welchen endgültigen politischen Status die beiden Herzogtümer erhalten sollten, offen.

Die Entscheidung der deutschen Frage

Bismarck wollte beide Herzogtümer zu einem Staat des Deutschen Bundes machen. Daraufhin legte Österreich die Schleswig-Holsteinische Frage dem Bundestag zur Entscheidung vor. Dieser entschied sich, militärisch gegen Preußen vorzugehen. Dies löste den Deutschen Krieg aus, den **Preußen** aufgrund seiner besseren Bewaffnung (Zündnadelgewehr) und Strategie (Transport der Soldaten per Eisenbahn, Umfassungsschlachten) in wenigen Wochen **gewann**. Die Entscheidung brachten die siegreichen Schlachten bei Königgrätz (östlich von Prag, 3. Juli) bzw. gegen die süddeutschen Staaten im so genannten Main-Krieg bei Uttingen (nahe Würzburg, 26. Juli). Damit war die **Deutsche Frage zugunsten Preußens entschieden**.

Das unkonventionelle Ende des Krieges

König Wilhelm I. und die Militärs wollten – wie es üblich war – in der Hauptstadt des besieгten Feindes einmarschieren und Wien einen harten Frieden diktieren. Dagegen wandte sich **Bismarck** und **drängte auf einen schnellen und milden Frieden**, da er ein Eingreifen Frankreichs und Russlands befürchtete. Erst als er mit seinem Rücktritt drohte, lenkte Wilhelm I. ein. Bismarck ließ sich auch von der Überlegung leiten, dass ein harter Friede Revanchegelei ве in Österreich schüren und es zu einem potentiellen Bündnispartner Frankreichs (oder Russlands) machen würde. Preußen akzeptierte einen von Napoleon III. vermittelten **Vorfrieden von Nikolsburg** (26. Juli 1866). Der Krieg wurde durch den **Frieden von Prag** zwischen beiden deutschen Mächten endgültig beendet. Er legte zwar fest, dass Österreich aus der deutschen Politik ausschied, auferlegte ihm aber keine territorialen Verluste oder finanziellen Belastungen.

„Rache für Sadowa“

Der unerwartete **Sieg Preußens veränderte die Kontinentalen Machtverhältnisse**. Napoleon III. hatte mit einem längeren Krieg gerechnet und sich linksrheinische Gebietsgewinne für eine Vermittlerrolle erhofft. Die starke Enttäuschung darüber und der machtpolitische Aufstieg Preußens verschlechterten das preußisch-französische Verhältnis und ließen in Frankreich den Ruf nach „**Rache für Sadowa**“ (Schlachtort nahe Königgrätz) laut werden. Bismarck hielt einen Krieg gegen Frankreich für „unvermeidbar“ und ging davon aus, dass „die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse“ gefördert werden würde.

Der **Norddeutsche Bund** legitimierte die preußische Hegemonie nördlich des Mains. Die **von Bismarck entworfene Verfassung** hatte folgende **Charakteristika**: Bundespräsident ist der König von Preußen, oberstes Organ der Bundesrat der Fürsten. Der Reichstag, allgemein, direkt und geheim gewählt, hat mit dem Bundesrat die Legislative. Der Bundeskanzler wird vom preußischen König ernannt und ist dem Reichstag nicht verantwortlich.



Preußens diplomatische Niederlage

Die von Bismarck geförderte und von Wilhelm I. widerwillig akzeptierte Thronkandidatur sah Frankreich als Versuch, die „Einkreisung“ durch Habsburg (Karl V.) zu wiederholen. Die französische Regierung verschärfe den Konflikt, indem sie die öffentliche Meinung aufwiegelte (Verletzung der „Interessen und Ehre“ Frankreichs). Sie glaubte, durch einen außenpolitischen Erfolg von inneren Schwierigkeiten ablenken zu können. Frankreich akzeptierte die Feststellung Wilhelms I. nicht, dass die Thronkandidatur eine Sache der katholischen Linie der Hohenzollern sei und Preußen nichts angehe. Der **Verzicht** Wilhelms I. auf die spanische Thronkandidatur durch Hohenzollern-Sigmaringen bedeutete eine **diplomatische Niederlage Preußens**.

Bismarck: „Wie stehen die Truppen?“

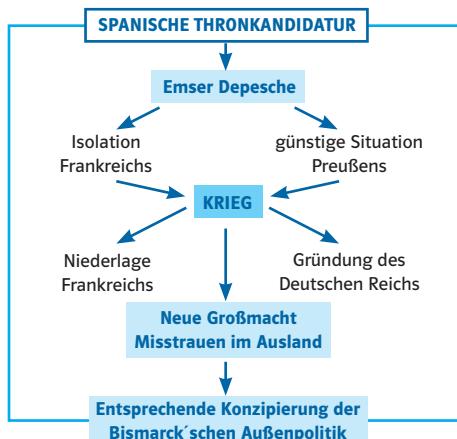
Frankreich wollte Preußens Niederlage noch vergrößern, obwohl die anderen europäischen Mäch-

te das französische Vorgehen als überzogen ansahen und missbilligten. Es forderte von den Hohenzollern den schriftlichen Verzicht auf die spanische Krone für alle Zeit. Bei der Übermittlung dieser Forderung trat der französische Botschafter Graf Benedetti Wilhelm I., der in Bad Ems zur Kur weilte, in unhöflicher und undiplomatischer Weise gegenüber. Als Bismarck davon durch eine Depeche (Telegramm) erfuhr („**Emser Depesche**“), erkannte er die günstige Gelegenheit. Er erkundigte sich bei der preußischen Generalität, wie die Chancen eines Kriegs gegen Frankreich stünden. Er erhielt positive Auskunft und veröffentlichte darauf die Emser Depesche in verkürzter und verschärfter Form. Frankreich war nun in Europa isoliert. Napoleon III. sah die Ehre Frankreichs verletzt und erklärte Preußen den Krieg. Diese Entwicklung hatte Bismarck beabsichtigt, denn nun stand Frankreich als Aggressor da und Preußen konnte einen „gerechten Verteidigungskrieg“ führen.

Krieg als kalkuliertes Mittel der Politik

Für Bismarck war der **Krieg die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“**. Entscheidend war für ihn, dass sich Preußen in einer diplomatisch und militärisch günstigen Situation befand. Deshalb provozierte er 1870 den Krieg. Seine Überlegungen gingen von Anfang an weit über das Kriegsende hinaus und berücksichtigten die neue Rolle Preu-

ßens bzw. Deutschlands im europäischen Machtgefüge. Die militärische Überlegenheit der deutschen Truppen und der schnelle Sieg erstaunten die Weltöffentlichkeit. Bismarck reagierte wie 1866. Er wollte Frankreich nicht demütigen und setzte einen **milden Frieden** durch. Der Gewinn von Elsass-Lothringen war ein Zugeständnis an die Militärs, die eine weitgehende Schwächung Frankreichs gefordert hatten. Das Ausland betrachtete die neue Großmacht Deutschland mit Misstrauen. Darauf reagierte Bismarck mit einer betont friedlichen Außenpolitik und der Feststellung, dass **Deutschland „saturiert“**, d.h. zufrieden gestellt sei.

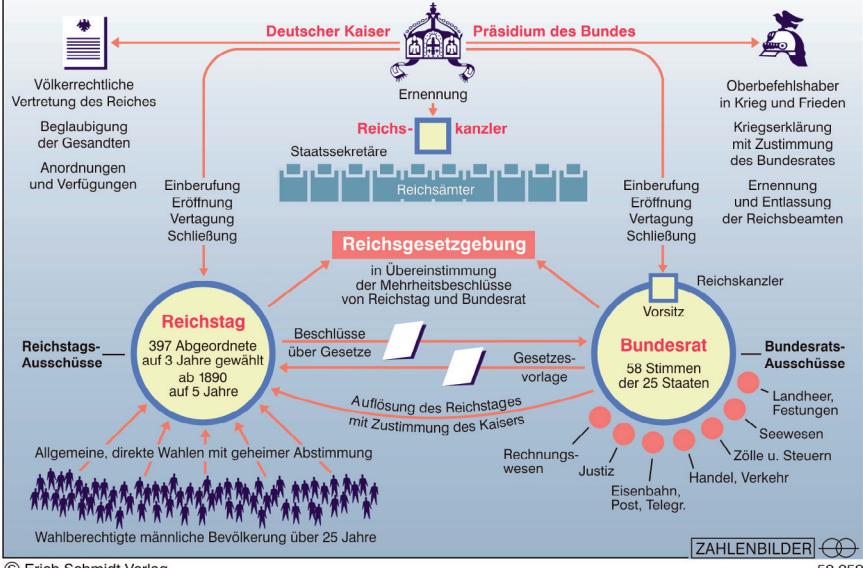


Die Reichsgründung

Bismarck nutzte die patriotische Begeisterung der Deutschen aus und verhandelte noch während des Kriegs mit den süddeutschen Staaten. Deren Beitritt zum Norddeutschen Bund erreichte er durch das Zugeständnis besonderer Rechte („Reservatrechte“) wie z. B. Selbstverwaltung von Post und Bahn etc. Wilhelm I., dem der Titel „deutscher Kaiser“ zu nichtssagend war, überredete er, die Kaiserkrone im Interesse Preußens anzunehmen.



Die Staatsorgane des Deutschen Reiches von 1871



© Erich Schmidt Verlag

50 059

Der Bundesstaat „Deutsches Reich“ bestand aus **25 Einzelstaaten** (4 Königreiche, 6 Großherzogtümer, 5 Herzogtümer, 7 Fürstentümer und den Freien Städten Hamburg, Bremen und Lübeck). Das Deutsche Reich war eine **konstitutionelle Monarchie**. Dies bedeutete, dass der Kaiser innerhalb der Verfassung, an die er sich zu halten hatte, die größte Macht innehatte. Der Souverän waren die 22 Fürsten und die 3 Senate der Freien Städte. Da das Volk an der Reichsgründung und der Konzipierung der Verfassung nicht beteiligt war, hatten die Staaten bzw. die **Fürsten** und Städte ein **eindeutiges Übergewicht**. Es gab keine Gewaltenteilung, sondern eine **Gewaltenverschränkung** (Kaiser, Bundesrat).

Die **Exekutive** bildeten der Kaiser (unkontrollierte politische und militärische Führung) und der von ihm eingesetzte Reichskanzler, der keinerlei Kontrolle der Volksvertretung unterlag.

Der **Bundesrat** war an der Legislative beteiligt und sein Vorsitzender, der auch Reichskanzler war und als Ministerpräsident gleichzeitig Preußen regierte, übte die Exekutive aus.

Die **Bedeutung der Staaten** war sehr unterschiedlich: Preußen (einschließlich Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau und Frankfurt) umfasste ca. 66 % des Staatsgebietes und ca. 60 % der Bevölkerung. Die politische Bedeutung der einzelnen Staaten verdeutlichen ihre Stimmen im Bundesrat: Von insgesamt 58 Stimmen entfielen allein 17 auf Preußen, das damit eine Sperrminorität ausübte; Bayern hatte 6, Sachsen 4, Württemberg 4, Baden 3, Hessen 2, Mecklenburg-Schwerin 2, Braunschweig 2 und alle anderen Staaten je 1 Stimme. Außerdem hatten die Staaten unterschiedliche Reservatrechte für ihren Beitritt zum Bundesstaat erhalten (Bayern z. B. eigene Gesandtschaften, ein Kriegsministerium, die Post- und Bahnhöfe).



Konflikte und Konfliktparteien Katholische Kirche und moderner Staat

Die katholische Kirche hatte durch Aufklärung und Liberalismus an Macht verloren, da die modernen Staaten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts den Ausgleich mit dem liberalen Bürgertum suchten. Deshalb ging der Vatikan dazu über, die katholischen Kräfte im Kampf gegen die „revolutionären“ Ideen (Liberalismus, Sozialismus, Sozialdemokratie) zu bündeln und zu stärken. Dieser Aufgabe diente das 1. Vatikanische Konzil (1869/70). Es legte u.a. die **Unfehlbarkeit des Papstes** in Glaubenssachen als Dogma (Lehrmeinung, deren Wahrheitsgehalt unumstößlich ist) fest. Dieses Dogma stieß auch innerhalb der katholischen Kirche auf Kritik, da viele in ihm einen Rückfall der Kirche ins Mittelalter sahen. Katholische Christen, die die Beschlüsse des Konzils nicht akzeptierten, wurden exkommuniziert, traten aus der von Rom geführten katholischen Kirche aus und gründeten in Deutschland die Altkatholische Kirche.

men aus allen Schichten. Die Zentrumspartei vertrat die Interessen der Katholiken, ihr Hauptziel bestand in der Erhaltung der Selbstständigkeit der katholischen Kirche im überwiegend protestantischen Preußen und im Reich. **Bismarck** befürchtete einen Sammlungseffekt der antipreußischen Elemente (Katholiken, Polen, Welfen, Elsässer), weshalb die **neue Partei** für ihn ein gefährlicher einheits- und **reichsfeindlicher Machtfaktor** war und deshalb energisch bekämpft werden musste.

Die Rolle Bismarcks

Bismarck war ein strikter Verfechter der Trennung von Staat und Kirche. Deshalb verhielt er sich zunächst neutral. Dies änderte sich, als die katholische Kirche Altkatholiken verbot, ihr Amt auszuüben. Davon waren auch Geistliche betroffen, die als Theologieprofessoren, Religionslehrer und Militärgeistliche gleichzeitig auch Staatsdiener waren. Die Kirche forderte deren Entlassung aus dem Staatsdienst. Dies war für Bismarck ein unzulässi-

ger Eingriff in die Hoheitsrechte des preußischen Staates. Sein Ziel war es nun, die **Trennung von Staat und Kirche in Preußen** zu vollziehen und die katholische Kirche dem preußischen Staat unterzuordnen.

Katholische Kirche und Liberalismus

Für die katholische Kirche bedeutete der Liberalismus eine große Gefahr, da er zum Verfall der sittlichen Werte und zu Zuchtlosigkeit führe. Die Liberalen wiederum sahen die katholische Kirche als überholte Institution an, die aus Machtgier versuche, den modernen Zeitgeist aufzuhalten.

Bismarck und das Zentrum

Im Winter 1870 entstand im Preußischen Abgeordnetenhaus, 1871 auch im Reichstag, eine katholische Fraktion, das „**Zentrum**“. Die neue Partei war **rein konfessionell**, ihre Mitglieder und Wähler ka-

ger Eingriff in die Hoheitsrechte des preußischen Staates. Sein Ziel war es nun, die **Trennung von Staat und Kirche in Preußen** zu vollziehen und die katholische Kirche dem preußischen Staat unterzuordnen.

Erklärungsbedürftige Maßnahmen:

- **Kanzelparagraf:** Staatliche Angelegenheiten dürfen nicht in friedensgefährdender Weise von Geistlichen bei ihrer Amtsausübung behandelt werden.
- **Jesuitengesetz:** Verbot des aktivsten katholischen Ordens („Speerspitze des Papstums“)
- **Expatriierungsgesetz:** Es ermöglichte die Ausweisung Geistlicher aus den Staaten.



Die Arbeiterschaft als „vierter Stand“

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die **Gesellschaft** in Deutschland in **drei Stände** gegliedert: in **Adel, Klerus, Bürger und Bauern**. Mit der einsetzenden Industriellen Revolution entstand **mit der Arbeiterschaft** ein „**vierter Stand**“, dessen Mitglieder folgende Wesensmerkmale aufwiesen: Lohnarbeit, Besitzlosigkeit, d.h. kein Eigentum an Grund und Boden bzw. Produktionsmitteln (Maschinen); Abhängigkeit vom Arbeitgeber, fehlende arbeitsrechtliche und soziale Absicherung, schlechte Wohn- und familiäre Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund entstanden die ersten **Arbeitervereinigungen bzw. -parteien**. Ihr **Hauptziel** bestand in der **Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft**. Sie forderten gerechte Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Vorsorge gegen Krankheit, Unfall und Verlust des Arbeitsplatzes, bessere Wohnverhältnisse und politische Gleichheit (gleiches Wahlrecht, Vertretung im Parlament).

Trotz ihres revolutionären Flügels begrüßte die SPD mehrheitlich die nationale Einigung Deutschlands.

Die repressiveren Maßnahmen Bismarcks und sein radikales Vorgehen gegen die politische Vertretung der Arbeiterschaft bekämpfte die SPD mit entsprechenden Methoden: Die Partei wich in die Schweiz aus und entging so dem Versammlungsverbot. Im Reich wurde die politische Arbeit durch neu gegründete Arbeitersportvereine und Arbeitergesangvereine fortgeführt, die offiziell keine Organisationen der SPD waren.

Bismarcks Einstellung zur SPD

Bismarcks Verhältnis zur Arbeiterschaft war gespalten. Einerseits sah er ihre schwierige Lage und hatte durchaus Verständnis für ihre nichtpolitischen Forderungen; andererseits war die **SPD** für ihn eine **internationalistische, republikanische und atheistische Partei** und deshalb gefährlich. Deshalb wollte er die SPD im Keim ersticken. Hierfür wandte er eine Doppelstrategie an, die er so beschrieb:

Struktur, Selbstverständnis und Ziele der SPD

Die **Mitglieder** der SPD waren **überwiegend Arbeiter** und einige wenige, sozial engagierte Bildungsbürger. Die Partei bestand seit ihrer Fusion aus evolutionären Mitgliedern („**Lassalleianer**“) und revolutionären (**Marxisten**). In der Zeit der Sozialstengesetze verstärkte sich das revolutionäre Element, ohne dass es die Oberhand gewinnen konnte.

Die **Forderungen** der SPD (**Sozialismus, Republik und Demokratie**) isolierten die Partei und brachten sie in Gegensatz zu allen anderen Parteien:

- zu den Liberalen wegen der Eigentumsfrage (Enteignung, Verstaatlichung),
- zu den Konservativen und Monarchisten wegen ihrer revolutionären demokratisch-republikanischen Forderungen,
- zu den Nationalen wegen des proletarischen Internationalismus und
- zu den religiös orientierten Parteien wegen des marxistischen Atheismus.

„1. Entgegenkommen gegen die Wünsche der arbeitenden Klasse durch Gesetzgebung und Verwaltung ... , so weit mit den allgemeinen Staatsinteressen verträglich.

2. Hemmung der staatsgefährdenden Agitation durch Verbots- und Strafgesetze“.

Nach den Attentaten auf Wilhelm I. kam zunächst die zweite Variante zum Tragen. Er verteuufte die Sozialdemokraten als „**vaterlandslose Gesellen**“, machte sie zu **Reichsfeinden** und ging mit aller Härte gegen sie vor. Als er feststellen musste, dass seine repressiven Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg hatten, gab er 1883–1889 der Arbeiterschaft die für die damalige Zeit in ganz Europa vorbildlichen **Sozialgesetze** (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung). Damit wollte er die Arbeiterschaft mit dem Staat versöhnen und der **SPD** „den Wind aus den Segeln nehmen“.



Die außenpolitischen Folgen der Reichsgründung

Die Reichsgründung hatte das Deutsche Reich zur stärksten europäischen Militärmacht zu Lande gemacht und dadurch die europäischen Machtverhältnisse entscheidend verändert. Daraus ergaben sich die **Grundlagen der Bismarck'schen Außenpolitik**:

Er musste das Deutsche Reich in Übereinstimmung mit den neuen europäischen Machtverhältnissen in das politische System Europas integrieren. Dabei hatte er drei Faktoren besonders zu berücksichtigen:

- Das **Misstrauen des Auslands** gegenüber der neuen Militärmacht, die ihre Stärke in den Kriegen von 1866 und 1870/71 gezeigt hatte,
- die **geostrategisch ungünstige Lage des Deutschen Reichs** in der Mitte Europas und
- das **Revanchebedürfnis Frankreichs**.

Bismarcks Reichstagsrede vom 11.1.1887

10 Jahre später erläuterte er seine Außenpolitik in einer Reichstagsrede, in der er sich auch an das Ausland wandte, folgendermaßen:

„Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den – was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten; und außerdem, wenn das der Fall wäre, so blicken Sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebenso gut nach dem Auslande wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten sechzehn Jahren ... Ich kann wohl sagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, ... die hat sich insoweit verwirklicht, dass wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Österreich oder mit Russland in Händel zu kommen ... Aber der Schutz, den der Frieden durch diese Verbindung zu Dreien ... gewinnt, ist eben stärker zu Dreien als zu Zweien, und die **Schwierigkeit** der Aufgabe liegt nicht darin, unseren **Frieden** mit Österreich oder Russland zu erhalten, sondern den Frieden **zwischen Österreich und Russland**. Dort liegt die Sache an-

Aus diesen Gründen musste er Bündnisse zwischen den Großmächten ohne Beteiligung des Deutschen Reichs verhindern.

Das Kissinger Diktat

Bismarck weilte 1877 zur Kur in Bad Kissingen. Dort formulierte er sein außenpolitisches Konzept, das so genannte Kissinger Diktat. Darin führte er aus: „Ein französisches Blatt sagte neulich von mir, ich hätte „le cauchemar des coalitions“ [Alpträum der Koalitionen]; diese Art Alp wird für einen deutschen Minister noch lange, und vielleicht immer, ein sehr berechtigter bleiben. Koalitionen gegen uns können auf westmächtlicher Basis mit Zutritt Österreichs sich bilden, gefährlicher vielleicht noch auf russisch-österreichisch-französischer; eine große Intimität zwischen zweien der 3 letztgenannten Mächte würde der dritten unter ihnen jederzeit das Mittel zu einem sehr empfindlichen Drucke auf uns bieten ...“

ders ... Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen ... Diejenigen [Franzosen], die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacré de la revanche [das heilige Feuer der Revanche] zu unterhalten, die Aufgabe, die Gambetta¹ dahin definierte: Ne parlez jamais de la guerre. Mais pensez-y toujours! [Redet niemals über den Krieg, aber denkt immer daran!] – und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation ... Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung als der heutigen Frankreich irgendeinen Grund hat, zu glauben, dass es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher.“

¹Gambetta: französischer Staatsmann; er organisierte ab Oktober 1870 den Krieg gegen Deutschland in den Provinzen, proklamierte nach der französischen Kapitulation die Republik und organisierte den Widerstand des französischen Volksheeres





Vom „Zwingherrn“ der Einheit zum „ehrlichen Makler“

Die Befürchtungen der europäischen Mächte über den zukünftigen außenpolitischen Kurs des Deutschen Reiches versuchte Bismarck mit folgenden Argumenten zu zerstreuen: Deutschland sei satuiert und es betreibe keine Kriegs- und Prestigepolitik, sondern ausschließlich Sicherheitspolitik. Dass Sicherheitspolitik in der gegebenen Situation aktive Bündnispolitik bedeutete, machten Bismarck zwei Krisen deutlich:

Die „**Krieg-in-Sicht-Krise**“ (1875): Frankreich erholtete sich militärisch rasch und Bismarck befürchtete die Revanche für 1870/71. Ein von ihm in der Berliner Zeitung „Die Post“ inspirierter Artikel fragte deshalb: „Ist Krieg in Sicht?“ und deutete einen Präventivkrieg gegen Frankreich an. Großbritannien und Russland reagierten jedoch unerwartet heftig und machten unmissverständlich klar, dass sie eine weitere militärische oder politische Schwächung Frankreichs im Interesse des europäischen Gleichgewichts nicht tolerieren würden. Dies zeigte Bismarck, dass er eine defensive Bündnispolitik betreiben musste, um die beiden Großmächte nicht

zu einer gemeinsamen Front, vielleicht sogar mit Frankreich, gegen das Deutsche Reich zu bringen.

Die **Balkankrise**: 1876 brach auf dem Balkan ein serbisch-türkischer Krieg aus, in den Russland eingriff. Der Russisch-Türkische Krieg endete Anfang März 1878 mit dem Sieg Russlands und dem Frieden von San Stefano (nahe Konstantinopel). Da Großbritannien und Österreich-Ungarn nicht bereit waren, den Machtzuwachs Russlands auf dem Balkan zu akzeptieren, drohte ein Krieg.

Bismarck schlug einen Kongress vor, der im Juni und Juli 1878 in Berlin unter seinem Vorsitz stattfand („Berliner Kongress“). Er trat nach eigenen Worten als „ehrlicher Makler“ auf und erwarb sich großes internationales Ansehen. Da praktisch alle Entscheidungen zu Lasten Russlands gingen, führte der Kongress allerdings zu einer ernsten Verstimmung des Zarenreichs.



Rudolf von Ihering, Rechtswissenschaftler und Liberaler (1.5.1866)

„.... Mit einer solchen Schamlosigkeit, einer solchen grauenhaften [Leichtfertigkeit] ist vielleicht [noch] nie ein Krieg angezettelt worden, wie der, den Bismarck gegenwärtig gegen Österreich zu erheben sucht ...“

Derselbe am 19.8.1866

„Wie habe ich den deutschen Cavour und Garibaldi [die Einiger Italiens] ... herbeigewünscht. Und über Nacht ist er uns erstanden in dem viel geschmähten Bismarck ... Ich beuge mich vor dem Genie eines Bismarck ... Ich gebe für einen solchen Mann der Tat ... hundert Männer der liberalen Gesinnung, der machtlosen Ehrlichkeit.“

Sebastian Haffner (aus dem Londoner Exil, 1940)

„Betrachten Sie das Verhältnis der Deutschen zu Bismarck. Es gleicht nicht dem Verhältnis einer Nation zu einem erfolgreichen Staatsmann ..., son-

dern kann nur von einem theologischen Standpunkt aus erklärt werden. Bismarck ist zum ewigen Stammesgott der Deutschen geworden.“

Bundeskanzler Konrad Adenauer (1956)

„Bismarck war ein großer Außenpolitiker und ein sehr schlechter Innenpolitiker.“

Der Historiker Golo Mann (1966)

„Dem großen Staatsmann alles das anzulasten, was nach ihm verfehlt, verpfuscht und verbrochen wurde, wäre sehr falsch. Ludendorff und Hitler haben Bismarcks Werk nicht fortgesetzt, sie haben es zerstört; von den menschlichen Unterschieden zu schweigen. Hätten sie es aber zerstören können, wenn nicht seine Grundlage ungesund gewesen wäre? Der Ursprung gewalttätig, nicht organisch wie der Ursprung der amerikanischen Union; die Verfassung des neuen Reiches schief, die Gesellschaft zänkisch, die Regierung cäsaristisch, Macht und Erfolg der neue Gott. Wenn nicht Bis-

marck die üble Gewohnheit ins Land gebracht hätte, jeden, der der Obrigkeit Schwierigkeit machte, als „Reichsfeind“ zu verkettern, wenn nicht dem fehlenden inneren Frieden der Kult der Einheit und des „Zwingherrn zur Einheit“ entsprochen hätte; jene Einheit, die man 1914 im Krieg zu finden glaubte, 1933 durch den Kriegsstaat, 1943 durch den Scharfrichter?

Mag es beinahe unerträglich sein, Bismarck und Hitler in einem Satz nennen zu hören, Zusammenhänge bestehen da doch. Max Webers akademische Antrittsrede, in der er von dem neuen, im deutschen Bürgertum ersehnten Cäsar sprach, stellt ein geistiges Bindeglied zwischen beiden dar; nicht minder der „Erfolgsmythos“, der von Bismarck auf den Kaiser, vom Kaiser auf Hindenburg-Ludendorff, von diesen auf den letzten „Zwingherrn zur Einheit“ übersprang. Hier ist Kontinuität trotz allen Wandels, aller Sprünge und Schübe ... Zu lernen gäbe es trotzdem von ihm [Bismarck]. Zum Beispiel: Dass Politik, gerade da, wo sie die schwierigsten, einmaligen und unvergleichlichen Aufgaben zu lösen hat, eine Kunst ist und keine Wissenschaft, am wenigsten eine juristische Wissenschaft. Dass sie die Kunst des Möglichen ist.

Dass sie sich nicht selber weite Sektoren des Möglichen verschließen darf durch Schwüre und Doktrinen. Dass sie die Wirklichkeit, Freunde, Neutrale und Gegner, Machtverhältnisse und Interessen, nehmen muss, wie sie sind. Dass sie da, wo sie nicht zwingen kann, etwas geben muss, wenn sie etwas gewinnen will – do ut des [Gebe, damit du etwas bekommst]. Dass sie nur ernsthaft Nützliches, Wirkliches erstreben muss, nicht Phantome und Prestigespielereien; und Illusionen meiden muss wie die Pest. Dass sie die eigenen Kräfte im Kräftespiel richtig einschätzen muss und nicht verbrauchen darf für Zwecke, die den Aufwand nicht lohnen- „Augenmaß“. Dass sie nicht glauben darf, sie habe das Recht und Gute allein für sich gepachtet, der Gegner aber das Unrecht.“

(Golo Mann: Die erste Teilung. In: Die Zeit vom 1.7.1966)



Definition der Begriffe „Industrielle Revolution“ und „Industrialisierung“

Beide Begriffe werden oft synonym und damit ungenau verwendet. Deshalb ist eine genaue Abgrenzung nötig.

„**Industrielle Revolution**“ bezeichnet die sozio-ökonomische (gesellschaftliche und wirtschaftliche) Veränderung eines Landes, die sich mit großem Tempo in wenigen Jahrzehnten vollzieht. Die Industrielle Revolution hat folgende Charakteristika:

- Maschinelle Massenproduktion in Fabriken
- Fabriksystem mit arbeitsteiliger Produktion
- sprunghafter Anstieg der Produktion
- erstmals Nutzung von Kohle und Eisen in großen Mengen
- Lohnarbeit als Erwerbsform der Arbeiterschaft
- Landflucht und Verstädterung von Industriezentren.

„**Industrialisierung**“ dagegen meint den langen, kontinuierlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess eines Landes.

Der Modellfall England

Die Industrielle Revolution setzte in England bereits in den Siebzigerjahren des 18. Jahrhunderts ein. Günstige Bedingungsfaktoren ermöglichten das Zusammenwirken von Technik, Wirtschaft und Politik. **Initialzündung** und „Motor“ der Industriellen Revolution war zunächst die **Tuch-**, später die **Schwerindustrie**. Beide Bereiche bewirkten zahlreiche wegweisende technische Erfindungen (z.B. mechanischer Webstuhl, Spinnmaschine, Gussstahl, Verfahren zur Veredelung von Roheisen, Dampfmaschine, Eisenbahn).

Die im Vergleich zum Kontinent moderne englische Gesellschaft steuerte

- liberale Wirtschaftstheorien (z.B. Adam Smith) bei,
- eine entwickelte Geldwirtschaft (Banken, Aktiengesellschaften, Börse),
- eine ausgeprägte Erwerbsmentalität (Calvinismus, englische Händlermentalität),
- die Bereitschaft der besitzenden Klasse, Investitionen zu tätigen und
- die Absicherung wirtschaftlichen Unternehmertums durch liberale Wirtschaftsgesetzgebung (Sicherung des Eigentums, Gewerbefreiheit, Corn Laws, Legitimierung der Trade Unions etc.).

Die Bedeutung der Industriellen Revolution

Aufgrund ihrer tief greifenden Auswirkungen (Produktionsverfahren, Arbeitstechniken, Maschinen, Transportmittel, Entstehung des „vierten“ Standes, Entstehung von Parteien und Interessenvertretungen, gesellschaftliche und politische Veränderungen etc.) ist die Industrielle Revolution die **wichtigste Zäsur in der Geschichte der Menschheit seit dem Neolithikum** (= Jungsteinzeit, ca.12. bis 5. Jahrtausend v. Chr.), in dem die Menschen sesshaft wurden, Metalle nutzten und gesellschaftliche Strukturen entwickelten.

Diese rasche sozio-ökonomische Umstrukturierung der Gesellschaft brachte jedoch auch gravierende **soziale, wirtschaftliche und politische Probleme** mit sich und löste die „**soziale Frage**“ aus. Dazu gehören: Rasches Wachstum der Städte, Slums, Entstehung von Ballungsräumen („Black Country“ in Nordwestengland), Massenarmut, Proletarisierung der unteren Volksschicht, schlechte Arbeitsbedingungen (extreme Arbeitszeiten, fehlender Arbeitsschutz, Frauen- und Kinderarbeit), geringe soziale Absicherung der Arbeiterschaft, Vergrößerung der Klassengegensätze, Ruf nach politischer Mitsprache, Entstehung von Interessenvertretungen, Unruhen und gesellschaftliche Konflikte.

Diese Entwicklung brachte aber auch **erste Versuche zur Lösung dieser Probleme** hervor (utopischer, wissenschaftlicher, christlicher Sozialismus; Ausbildung der Arbeiterbewegung; staatliche Sozialpolitik).



Staat und Gesellschaft in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts

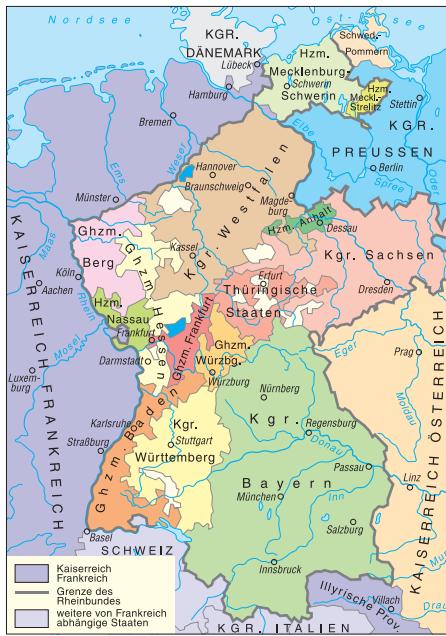
Die blutigen und kräftezehrenden Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts (Dreißigjähriger Krieg, Spanischer Erbfolgekrieg, Schlesische Kriege, Siebenjähriger Krieg) hatten Deutschland wirtschaftlich in einen Zustand der Erschöpfung und Erstarrung versetzt.

Die deutschen Staaten, Österreich und Preußen eingeschlossen, waren arm. Der **Pauperismus** (vor-industrielle Massenarmut) der Dreißiger- und Vierzigerjahre des 19. Jahrhunderts machte das Elend großer Bevölkerungsteile und die enormen sozialen Unterschiede deutlich.

Die führenden Schichten (Fürsten, Adel und Klerus) hatten kein Verständnis für technische Entwicklungen und die neuen geistigen Strömungen ihrer Zeit. Erst die Zeitumstände (Niederlagen in den napoleonischen Kriegen, leere Staatskassen, Bevölkerungsexplosion, Pauperismus) bewirkten **staatliche Initiativen in bescheidenem Umfang**.

Entscheidend für diese Entwicklung war, dass sich die Aufklärung in Deutschland, ganz im Gegensatz zu England und Frankreich, nicht durchgesetzt hatte. Der Adel hatte es vielmehr verstanden, die aus seiner Sicht „gefährlichen“ und „revolutionären“ Ideen abzuschwächen und für seine Zwecke umzuformen.

Was in den westlichen Staaten per Revolution erreungen und verändert worden war, wollte man in Deutschland auf dem Wege der Versöhnung zwischen Fürsten und Landständen in beiderseitigem Einvernehmen erreichen. Deshalb gab es im gesellschaftspolitischen Bereich keine nennenswerten **Veränderungen**. Die deutschen Staaten verharrten im Stadium agrarisch strukturierter Ständestaaten.



Deutschland vor 1789 und nach 1803



Die „Revolution von oben“ in Preußen

Die Niederlage gegen Napoleon bei Jena und Auerstedt (1806) hatte deutlich gemacht, dass sich **Preußen** „auf den Lorbeeren Friedrichs II.“ ausgeruht hatte. Preußen – und dies galt unterschiedlich stark auch für die anderen deutschen Staaten – war im Vergleich zu England und Frankreich **ein rückständiger Staat**. Die alten, feudalen Agrarstrukturen behinderten die Nahrungsmittelproduktion, die Wirtschaft war zerrüttet, der Staat unfähig, die finanziellen Lasten zu tragen, der Mittelstand größtenteils erwerbslos. Die rasch anwachsende Bevölkerung, der Druck des stärker werdenden Bürgertums und die Ideen der Aufklärung zwangen das absolutistische Preußen zu umfassenden **Reformen**. Sie wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts von den Ministern bzw. Staatskanzlern **vom Stein und von Hardenberg** durchgeführt.

verarmten und verloren ihren Besitz. Sie bildeten das Arbeitskräftepotential der beginnenden Industriellen Revolution.

Die Gewerbefreiheit

Die Gewerbefreiheit (von 1807 und 1810) modernisierte Handel und Gewerbe. Sie hob die Zünfte auf und die ständischen Beschränkungen. Nun konnte jedermann, unabhängig von Stand, Rang und fachlicher Ausbildung ein Gewerbe betreiben.

Allerdings bestimmten von nun an Konkurrenz und wirtschaftliches Risiko Handel und Gewerbe. Auch hier gab es positive und **negative Auswirkungen**. Hierzu gehörten die rasch wachsende Zahl der Handwerker und damit eine große Konkurrenz, die Einführung fortschrittlicher Produktionsverfahren sowie Frauen- und Kinderarbeit. Die Gewerbefreiheit machte den Weg frei für Eigeninitiative und Unternehmergeist. Allerdings verstärkte sie die Verelendung der unteren Volksschichten und trug zusammen mit der Bauernbefreiung wesentlich zum Pauperismus (= vorindustrielle Massenarmut) bei (vgl. Gerhart Hauptmanns „Die Weber“).

Die Bauernbefreiung

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts befand sich die überwiegende Mehrheit der **bäuerlichen Bevölkerung in einem feudalistischen Abhängigkeitsverhältnis** vom Großgrundbesitzer. Sie waren Pächter, der Großgrundbesitzer hatte hoheitliche Rechte (Polizeigewalt und die so genannte Patrimonialgerichtsbarkeit), er konnte Hand- und Spanndienste verlangen und ihm standen Naturalleistungen zu. Die Bauern waren schollen-, d. h. ortsgebunden, benötigten eine Heiratsgenehmigung und hatten kaum Bildungsmöglichkeiten.

Die Reform von 1811 befreite die Bauern von der persönlichen Bindung an den Großgrundbesitzer, wandelte Dienst- und Naturalleistungen in Geld- und Sachleistungen um, verlieh den Bauern das Eigentum an Boden, Gebäuden und Inventar, legte die Modalitäten des Eigentumserwerbs fest und hob die Hoheitsrechte der Großgrundbesitzer auf. Die Bauern waren nun frei, hatten aber auch die Risiken zu tragen (Missernten, Seuchen etc.). Viele

Der Deutsche Zollverein

Erste Impulse gingen auch in diesem Bereich von Preußen aus. 1815 fielen dort alle Zollschanzen und Preußen wurde ein einheitliches Zoll- und Marktgebiet. Dieser preußische Zollverband erzwang weitere Zusammenschlüsse. **1828 entstanden drei große Zollvereine**: der preußisch-hessische, der mitteldeutsche und der süddeutsche Zollverein (Bayern und Württemberg). Am **1.1.1834** trat auf Initiative von **Friedrich List** der **Deutsche Zollverein** in Kraft, dem Österreich nicht angehörte. Er ermöglichte eine einheitliche Wirtschaftspolitik nach außen, vergrößerte den deutschen Binnenmarkt, verbesserte die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produkte, bewirkte den Aufschwung der Industriegebiete an Rhein und Ruhr und war eine wichtige Voraussetzung für die politische Einigung Deutschlands.



Die Datierung der Industriellen Revolution

Historiker setzen den **Beginn** der Industriellen Revolution entweder mit **1835 oder mit 1850** an. Für 1835 spricht die Entstehung des „vierten Standes“ (vermögenslose lohnabhängige Arbeiter), Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit, starke Handelsimpulse durch den Deutschen Zollverein, effektiveres Bankenwesen, Ausbau des Verkehrswesens und verkehrsmäßige Erschließung des einheitlichen Wirtschaftsraums.

Gründe für 1850: Erstmals große industrielle Investitionen, spürbare Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, sprunghafte Steigerung der Produktion. Ausreichende Eisenbahnverbindungen existieren erst ab 1850. Als Ende der Industriellen Revolution gilt der Beginn der Gründerkrise (1873).

Die Bedeutung der Schwerindustrie

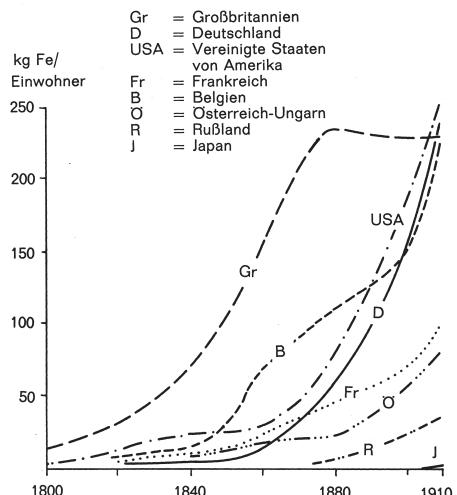
Anders als in England (Textilindustrie) war in Deutschland die Eisenerz erzeugende und **Eisen verarbeitende Industrie** die **Schlüsselindus-**

trie. Ihre Standorte waren Oberschlesien, Sachsen, das rheinisch-westfälische Industriegebiet und das Saarland. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die Eisen- und Stahlproduktion sprunghaft an. Ursachen hierfür waren die schnell wachsende Nachfrage nach Stahlerzeugnissen und technische Verbesserungen bzw. Weiterentwicklungen. Die „jungen“ Wissenschaften Chemie und Metallurgie leisteten hierfür einen großen Beitrag.

Die Krisenanfälligkeit des neuen Wirtschaftssystems

Nach der Reichsgründung entwickelte sich Deutschland zu einem Industriestaat. Diese Entwicklung verlief nicht ohne Rückschläge, vielmehr folgten in steter Regelmäßigkeit auf konjunkturelle Hochphasen Zeiten der Depression. Diese waren gekennzeichnet durch ein jähes Sinken der Preise, Zahlungseinstellungen, Geldmangel, Schließung von Unternehmen, Entlassung von Arbeitern, Arbeitslosigkeit und Not. Die erste Depressionsphase in Deutschland war die Gründerkrise. Die Euphorie des gegen Frankreich gewonnenen Krieges sowie die französischen Reparationen (5 Mrd. Goldfrancs), die zu einem beträchtlichen Teil in die

Roheisenproduktion je Einwohner in verschiedenen Ländern der Erde



(Aus: F.W. Henning: *Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914*. UTB 145. Schöningh)

Schwer- und Bauindustrie investiert wurden, lösten die Gründung zahlreicher Unternehmen und Aktiengesellschaften (deshalb „**Gründerjahre**“) aus. Die Wirtschaft wuchs 1871–1873 stark, aber hektisch an. Viele Investoren ließen sich von spektakulären wirtschaftlichen Anfangserfolgen zu riskanten Aktienspekulationen verleiten.

Im April 1873 begann der „Große Krach“ an der Wiener Börse, der sich rasch auf Europa und die USA auswirkte. Im September 1873 schloss die New Yorker Börse aufgrund der überzogenen Spekulation mit Eisenbahnaktien. Damit hatte sich die Krise zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelt. Im Oktober erlitt die Berliner Börse große Verluste, womit die Krise in Deutschland („**Gründerkrise**“) begann. Bis 1876 gingen 61 Banken, 4 Eisenbahngesellschaften und mehr als 100 Industrieunternehmen in Konkurs. Dies löste einen Verfall der Geldvermögenswerte, einen starken Preissturz und Ernüchterung aus. Der Staat reagierte mit protektionistischen Schutzzöllen für Landwirtschaft und Industrie. In den folgenden Jahren wuchs die Wirtschaft schwächer und stagnierte bis zur Mitte der Achtzigerjahre.



Die Entwicklung der Schwerindustrie

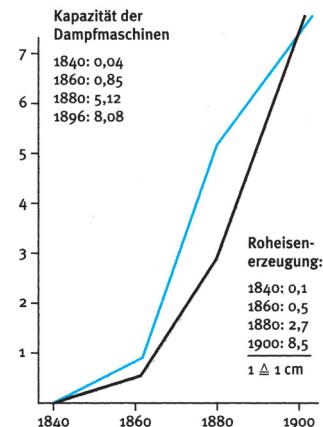
Die Verbesserung der Verhüttungstechnik [Verhüttung: Kommerziell betriebenes Ausschmelzen von Metallen aus Erzen und deren Weiterverarbeitung] steigerte die Produktion von Eisen und Stahl enorm. Zwischen 1890 und 1910 stieg die Zahl der Hochöfen in Deutschland um mehr als 100 %, das Metallgewerbe wuchs zwischen 1873 und 1914 um 210 %, die Produktivität im gleichen Zeitraum gar um 270 %. Ausschlaggebend dafür waren **Erfundenen und Weiterentwicklungen**, die den Produktionsprozess verbesserten: Die (nach Henry Bessemer) benannte Bessemer-Birne (1856) führte dem geschmolzenen Metall Luft zu und entzog gleichzeitig dem Eisen Kohlenstoff. Das Ergebnis war besserer und billigerer Stahl. 1869 verbesserte Wilhelm Siemens diese Technik und erreichte eine höhere Temperatur im Schmelzofen. Nun konnte Alt-eisen beigemischt werden, was den Stahl verbilligte. Einen weiteren Fortschritt brachte das **Thomas-Verfahren** (nach Sidney Thomas, 1879), das die im

Ofen entstehenden Phosphate band und dadurch die Produktion hochwertigen Stahls aus weniger hochwertigen Eisenerzen (z. B. aus Lothringen) ermöglichte. Das Zusammenwirken von Verhüttung und chemischer Industrie machte **Deutschland** um die Jahrhundertwende zum **weltweit bedeutendsten Stahlproduzenten**. Der rasante Aufschwung der Eisen- und Stahlproduktion ermöglichte eine ebenso starke Entwicklung des Maschinenbaus, besonders der Dampfmaschinen.

Die chemische Industrie

Die wissenschaftlichen Grundlagen schuf Justus von Liebig mit seinem 1840 erschienenen Buch „Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie“. Er entwickelte 1842 die ersten chemischen Fabriken, die Superphosphat-Dünger erzeugten. Neben Landwirtschaft und Schwerindustrie profitierte vor allem die Textilindustrie von der Chemie. Die frühe **Anwendung synthetischer Farben** und des Anilins [aus der Indigo-Pflanze chemisch hergestellter blauer Farbstoff] durch Adolf von Baeyer (1880) machten Deutschland in diesem Bereich führend.

Roheisenerzeugung (in Mio. t) und Kapazität aller Dampfmaschinen (in Mio. PS) in Deutschland:



(Aus: H.-M. Blumenthal/M. Schlenker: Stundenblätter Industrielle Revolution und soziale Frage. Klett)

Die Elektroindustrie

1847 baute Werner von Siemens die erste **Telegraphenleitung** von Berlin nach Potsdam. 1872 existierten in Deutschland über 4000 Telegraphenstationen, 1913 bereits mehr als 47000. Zusammen mit Georg Halske baute Siemens in wenigen Jahren die weltweit führende „**Telegraphenbauanstalt Siemens und Halske**“ mit Filialen in London und St. Petersburg auf. Die von Siemens 1856 erfundene **Dynamomaschine**, die mechanische Energie in elektrische umwandelt, machte Strom billig und die damit betriebenen Geräte mit der Dampfmaschine konkurrenzfähig. In diesem Bereich gewann Deutschland bis zum Ende des Jahrhunderts einen deutlichen Vorsprung vor anderen Industrienationen.

Die Autoindustrie

Mit den Erfindungen von Nikolaus Otto (Verbrennungsmotor, 1876), Gottfried Daimler und Wilhelm Maybach (erstes von einem Benzinmotor getriebenes Auto, 1886), Karl Benz (Viertaktmotor, 1886) und Rudolf Diesel (rohölbetriebener Motor, 1897) begann das Automobilzeitalter.



Die Ursachen

- Die soziale Frage hatte vier wesentliche Ursachen:
1. Die Entstehung einer breiten Schicht gewerblicher Lohnarbeiter, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Situation völlig abhängig vom Arbeitgeber waren.
 2. Niedrige Löhne, die aufgrund des Überangebots an Arbeitskräften von den Unternehmern an der Grenze des Existenzminimums gehalten wurden.
 3. Die große Konkurrenz im Handwerk drückte die Einkommen.
 4. Der Wirtschaftsliberalismus verhinderte bis Mitte der Achtzigerjahre ein staatliches Engagement und machte auch privatunternehmerische Lösungsversuche zur Ausnahme.

Der soziale Konflikt

1871 waren allein in Berlin 10600 Personen obdachlos. Das harte Vorgehen der Behörden gegen sie führte im Juli 1872 zu erbitterten Barrikadenkämpfen, die von der Polizei niedergeschlagen wurden.

ter Art“ auf der einen und „ungeheuren Gewinnen ohne jede volkswirtschaftliche Gegenleistung“ auf der anderen Seite. Dieser offen zu Tage tretende Konflikt äußerte sich in harten Fabrikordnungen, Aussperrung und Ausbeutung einerseits und Streiks, Lohnkampf und politischen Forderungen andererseits.

Adel und Bürgertum hielten das Proletariat für unmündige Kinder, denen eine starke Hand Not tue oder sogar für vaterlandsloses (vgl. Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“), sittlich und moralisch gefährdetes oder sogar verkommenes Gesindel. Sorgen machte man sich in diesen Kreisen jedoch nicht, denn das **Bündnis zwischen Adel und Bürgertum** stand fest. Die Monarchie hielt man für unerschütterlich, das Heer sah man als sicheren Garanten der bestehenden Verhältnisse an.

Die Veränderung der Arbeitswelt

Die Industrialisierung brachte eine völlige Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich. Hatte früher der Mensch sich der **Maschine** bedient, so diente er nun ihr. Er war zu ihrem Sklaven geworden. Sie **diktieren das hohe Arbeits tempo** und den meist monotonen Arbeitsrhyth-

Daran zeigte sich deutlich, dass trotz Reichsgründung und wirtschaftlichem Aufschwung die sozialen Konflikte die Gesellschaft in zunehmendem Maße bestimmten. Vor allem der Gegensatz zwischen Arm und Reich wurde immer größer. Ein Zeitgenosse sprach vom „Massenelend furchtbars-



Thomas Theodor Heine, Eine unverschämte Person (1896): „Bitt'schön – wenn der Herr Hund vielleicht nicht alles auffressen kann ...“

BPK/VG Bild-Kunst, Bonn 2007

mus und zwang ihn, sich der Maschine anzupassen. Häufig beklagten die Betroffenen auch, dass die Arbeitsteilung die Arbeit selbst unbefriedigend mache, da sie keine Identifizierung mit dem fertigen Produkt erlaube. Die Unterordnung und die Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse erzwangen harte Fabrikordnungen, die die Fabrikbesitzer nach Gutdünken erließen. Deshalb wurden die **Fabriken** von vielen Arbeitern als „**despotischer Staat im Kleinen**“ angesehen, in dem „Gehorsam als einzige Bürgerpflicht“ galt.

Das Trucksystem

Das Trucksystem verdeutlicht die extreme Abhängigkeit der Arbeiter. Es bedeutet, dass sie ihren Lohn entweder in Waren vom Unternehmer erhalten oder diese von ihm kaufen mussten. Oft waren diese Waren unnötige, billige Produkte von schlechter Qualität oder Lebensmittel, für die sie überteuerte Preise bezahlen mussten. Die Fabrikanten hatten dadurch einen zweiten Gewinn, die Arbeiter konnten keine finanziellen Rücklagen bilden und sich deshalb nicht aus der völligen Abhängigkeit von ihren Brotherrn lösen.



Sozialistische Richtungen

Im 18. und 19. Jh. bildeten sich verschiedene sozialistische Richtungen aus: Die **Frühsocialisten** (= utopische Sozialisten) des 18. und beginnenden 19. Jh. (Fourier, de Saint-Simon, Owen, Proudhon, Blanc, Weitling, Heß), die **revolutionären und evolutionären Sozialisten** (Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Wilhelm Liebknecht; Ferdinand Lassalle) und die **Kathedersozialisten** der Siebzigerjahre des 19. Jh.

Allgemeingültige Prinzipien des Sozialismus

Alle sozialistischen Richtungen gingen bzw. gehen von folgenden Prinzipien aus:

1. Ursache aller materiellen und gesellschaftspolitischen Ungleichheit ist die Industrialisierung, da sie zu Arbeitsteilung, wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung führt;
2. Eine grundlegende Veränderung dieser Verhältnisse ist nur durch wirtschaftliche Gleichheit zu erreichen sowie durch Gemeinschaftsgeist und Solidarität anstelle der Konkurrenz;

für ihn der Klassenkampf, der **per Revolution vom Kapitalismus in den Sozialismus und schließlich in den Kommunismus** führt.

Historischer und Dialektischer Materialismus

Der **Historische Materialismus** beruht auf den Produktionsverhältnissen. Die **treibenden Kräfte** jeder Entwicklung sind die **Produktivkräfte** (Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe, Arbeiter). Sie bestimmen die **Produktionsverhältnisse** (= Besitz an den Produktionsmitteln). Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bilden die **ökonomische Basis**, die zwei (sich feindlich gegenüberstehende) Klassen hervorbringt: Die herrschende Klasse der Besitzenden (= Ausbeuter) schafft sich den ideologischen Überbau und bestimmt so die juristischen und politischen Verhältnisse sowie ideologische Formen (Kunst, Bildung, Religion etc.). Der ideologische Überbau dient ausschließlich der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse und der Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse. Religion ist deshalb nur „Opium für das Volk“.

Das **Prinzip der Dialektik** (= Dialektischer Materialismus) bestimmt den Ablauf der Geschichte: Sie

3. Privateigentum reizt zur Ausbeutung, dient nur der individuellen (= egoistischen) Nutzung;
4. An die Stelle des Privateigentums muss deshalb gemeinsames Eigentum treten, das zum Wohle aller genutzt wird.

Der wissenschaftliche Sozialismus

Er geht auf Marx und Engels zurück und wird als „wissenschaftlich“ bezeichnet, weil beide behaupteten, mit den wissenschaftlichen Methoden (ihrer Zeit) zu arbeiten. Von Marx stammen die wesentlichen Theorien dieser Ideologie, von Engels die philosophische Umsetzung der Marx'schen Erkenntnisse. Für Marx bestand das eigentliche **Ziel** der menschlichen Evolution in der **Selbstverwirklichung des Menschen**, also in der Freiheit, sich selbst bestimmen zu können. Die Hindernisse auf dem Weg zu diesem Ziel sah er in den ungleichen Besitzverhältnissen. Deshalb strebte er eine **sozialistische Gesellschaftsordnung** an, da sich der Mensch nur in ihr verwirklichen könne. Das Mittel zur Erreichung dieser Gesellschaftsordnung war

ist geprägt von der permanenten Auseinandersetzung zwischen der herrschenden Klasse (= These) und der unterdrückten Klasse (= Antithese), also zwischen Kapitalisten und Proletariern. Per Revolution vollzieht sich der Übergang zur nächst höheren Gesellschaftsform (= Synthese). Diese Entwicklung verlaufe nach bestimmten Prinzipien (= **Determinismus der Geschichte**) wie eine Rolltreppe ohne Unterbrechung nach oben (= **Rolltreppenbegriff der Geschichte**) und ende zwangsläufig im Kommunismus. Erste Stufe ist die Erhebung des Proletariats und die Expropriation (= Enteignung) der Bourgeoisie (besitzenden Klasse); dann tritt an die Stelle der bürgerlichen die klassenlose Gesellschaft. In der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Kommunismus, im Sozialismus, gibt es durchaus noch Überreste der bürgerlichen Gesellschaft (z. B. Parteien, Parlament, Staat), die aber im Zuge der fortschrittlichen Entwicklung abgebaut werden. Die Herrschaftsform dieser Phase ist die **Diktatur des Proletariats**. Im Kommunismus, der Endstufe, gibt es keine Ungleichheit mehr, weshalb der Staat nicht mehr nötig ist und abstirbt.



Die soziale Frage bei Marx

Marx geht bei der Erstellung seiner revolutionären Lehre von den Gesellschaftsverhältnissen seiner Zeit aus. Die negativen Auswirkungen der Industriellen Revolution lernte er in England aus nächster Nähe kennen. Diese Erlebnisse und Erkenntnisse, die er im ersten Band des „Kapitals“ verarbeitete, bilden die Ausgangsposition seiner Lehre. Die soziale Frage charakterisierte er durch folgende Theorien:

- **Entfremdungstheorie:** Vierfache Entfremdung des Arbeiters: vom Produkt der Arbeit (wegen Arbeitsteilung), von der (sinnvollen) Arbeit selbst, von der menschlichen Natur (Abhängigkeit vom Unternehmer und/oder der Maschine), vom Mitmenschen.
- **Mehrwerttheorie:** Die Differenz zwischen dem Wert der erarbeiteten Ware und der Bezahlung des Arbeiters (=Mehrwert) „stiehlt“ der Kapitalist und bereichert sich dadurch.

- **Akkumulationstheorie:** Dieser Mehrwert führt zur Konzentration des Kapitals in den Händen weniger.
- **Verelendungstheorie:** Vom Unternehmer aus Profitgier durchgeführte Mechanisierung und Rationalisierung führt zur wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse.
- **Konzentrationstheorie:** Kleine Unternehmer können der Konkurrenz nicht standhalten, gehen in größeren auf.
- **Krisentheorie:** Diese Entwicklung löst zyklische Wirtschaftskrisen aus (ca. alle 10 Jahre).
- **Zusammenbruchstheorie:** Diese Krisen bewirken den wachsenden Gegensatz zwischen den Kapitalisten und Proletariern. Diese werden per Revolution enteignet, der Sozialismus („Diktatur des Proletariats“) beginnt und leitet zum Kommunismus über.

Die Einstellung der Kirchen zur sozialen Frage

Lange Zeit unternahmen die Amtskirchen **keine Versuche zur Lösung der sozialen Frage**. Für diese im Gegensatz zu ihrer christlichen Grundeinstellung stehenden Haltung gibt es mehrere **Gründe**:

- Die seit der Aufklärung bestehende Trennung von Staat und Kirche;
- das konservative Selbstverständnis der Kirchen erschwerte ein frühes Engagement, da es die Gefahr mit sich gebracht hätte, zu sehr in die Nähe der Sozialisten, Kommunisten und sonstiger kirchen- bzw. staatsfeindlicher Randgruppen zu geraten;
- die Industrialisierung trug nach kirchlicher Ansicht zur Verwilderung der Sitten und zur Zügellosigkeit der Masse bei. Sie wurde als negative Begleiterscheinung mit Abneigung und Misstrauen betrachtet, zumal sie die grundlegenden gesellschaftlichen Werte bedrohte.

Deshalb gingen kirchliche **Lösungsversuche bis zu Beginn der Achtzigerjahre von einzelnen Personen** aus, die sich aus christlich-humanitären Erwägungen und aus Furcht vor einer geistigen und sittlichen Verwilderung der Menschen engagier-

ten. Die Amtskirchen betrachteten dieses Engagement mit Skepsis oder erschwerten es sogar. Erst das staatliche Eingreifen zu Beginn der Achtzigerjahre bewirkte ein Umdenken. Die **Sozialenzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII.** aus dem Jahre **1891** [Enzyklika: Rundschreiben des Papstes an alle Bischöfe eines Gebietes und damit an alle dortigen Katholiken] dokumentiert das späte offizielle Engagement der Kirchen. Für den Papst war die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse und musste deshalb nach den Grundsätzen der Religion gelöst werden. Dies bedeutete friedliche Zusammenarbeit der am Wirtschaftsleben Beteiligten zum Wohle des Ganzen. Hierfür ermahnte der Papst die Arbeiterschaft zu gewissenhafter Arbeit und zu jeglichem Verzicht auf Klassenkampf. Von den Unternehmern forderte er die Achtung der Würde der Arbeiter, akzeptable Arbeitsbedingungen, gerechten Lohn und die Akzeptanz von Gewerkschaften.



„Der Kurs bleibt der alte und nun Voll dampf voraus!“

Seit 1862 hatte **Bismarck** in Preußen und seit 1871 im Deutschen Reich eine **unangefochtene Machtstellung** inne. Sie hatte zwei Ursachen: Wilhelm I. war kein tatkräftiger, machtbewusster Herrscher, weshalb er auf ein persönliches Regieren verzichtete und er vertraute deshalb seinem Kanzler völlig. Deshalb konnte Bismarck seine Epoche politisch maßgeblich prägen und bestimmen. Am 9. März 1888 starb Wilhelm I., einundneunzig Jahre alt. Ihm folgte sein schwerkranker Sohn Friedrich III., der liberal eingestellt war. Seine Herrschaft dauerte (bis zum 15. Juni) nur 99 Tage. Nachfolger wurde sein 29-jähriger, ungenügend auf das Amt vorbereiteter Sohn Wilhelm II. Ohne Übergang folgte also auf die erste Generation die dritte. Dies wirkte sich zusammen mit der persönlichen Problematik des jungen Kaisers in der Folgezeit negativ aus.

Nach dem Amtsantritt Wilhelms II. kam es schnell zu wachsenden **Spannungen zwischen** dem jungen, ungestümen und impulsiven **Kaiser** und dem 73-jährigen vorsichtigen, taktierenden **Kanzler**. Sie entzündeten sich an der sozialen Frage. Wilhelm II. wollte ein sozialer Kaiser sein und die Sozialversicherung durch einen großzügigen Arbeiterschutz ergänzen. Bismarck dagegen wollte eine Verschärfung des Sozialistengesetzes und eine Neuorganisation des Reichs durch einen Staatsstreich, was wiederum Wilhelm II. ablehnte. Entscheidend war jedoch, dass Wilhelm II. sein eigener Kanzler sein und die politische Macht nicht mit einem anderen teilen wollte („Einer nur ist Herr im Reich; und keinen anderen dulde Ich!“). Deshalb verlangte er am **17.3.1890 den Rücktritt Bismarcks**, den dieser am folgenden Tag einreichte.

Im Gegensatz zu seiner Ankündigung, den Kurs beibehalten zu wollen, betrieb Wilhelm II. einen **grundlegenden Wandel der deutschen Politik** in Inhalt und Methode.

„.... und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen“



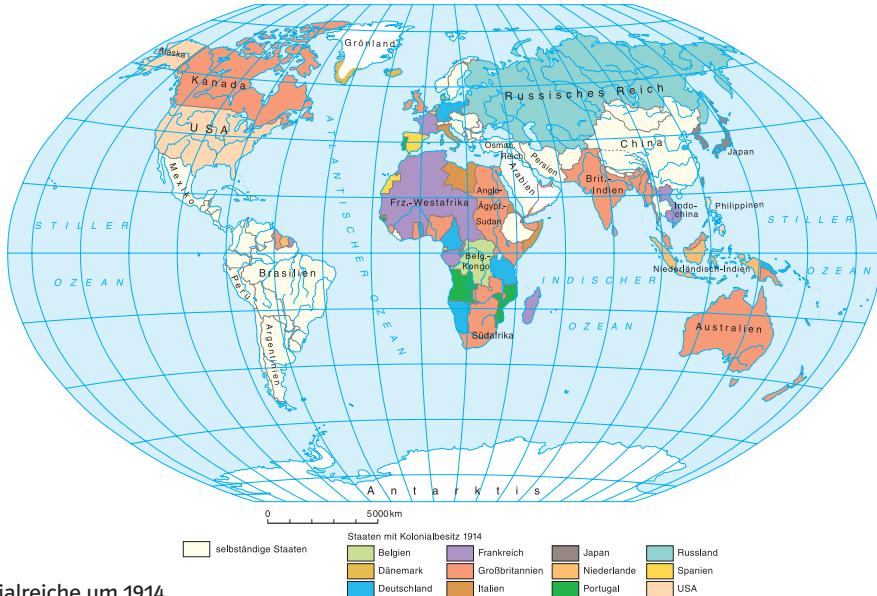
Prof. Dr. Hilke Günther-Arndt

Wilhelm II. mit Familie

Wilhelm II. hatte von Geburt an einen verkrüppelten Arm. Dieses „Defizit“ überspielte er durch lautstarkes, militärisches Auftreten. Er hatte einen lebhaften, aber unausgeglichenen Geist, war allem Neuen gegenüber aufgeschlossen, fortschrittsoptimistisch, von der Entwicklung der modernen Technik und Industrie begeistert.

Dennoch blieb er in seinem politischen Denken **reaktionär**. Reichstag, Parteien und andere verfassungsmäßige Institutionen lehnte der antisemitisch eingestellte Kaiser rundweg ab. In einem Brief an seinen Cousin, Zar Nikolaus II. schrieb er 1895: „Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehe kann, bald reif, samt und sonders gehängt zu werden.“ Wilhelm war einerseits der gefeierte Kaiser des imperialistischen, nationalistischen Großbürgertums; andererseits weckten seine Sprunghaftigkeit, seine Takt- und Maßlosigkeit in öffentlichen Äußerungen, sein unverhohler Militarismus und seine unverhüllte Weltmachtpolitik **Misstrauen im Ausland**. Der Historiker Golo Mann charakterisiert Wilhelm II. folgendermaßen: „In der Seele Wilhelms bekämpften sich die Einflüsse, die Traditionen, die Träume; Englisches [er war der Enkel der englischen Königin Victoria] und Preußisches, Liberalismus und Absolutismus, Friedensliebe und Waffengepränge, Kaiserromantik und moderner Industriegeist.“





Kolonialreiche um 1914

Der „klassische“ Imperialismus

Bereits in der Antike und in der frühen Neuzeit hatten Reichsbildungen (Persisches Reich, Alexanderreich, Römisches Reich, Osmanisches Reich, Kolonialreiche Spaniens, Portugals, Englands, Frankreichs und der Niederlande) imperialistische Züge. Die Epoche des „klassischen“ Imperialismus begann um 1880. Nationalistisches, rassisch-biologisches und machtpolitisches Denken prägte die öffentliche Meinung mit Formeln wie „white man's burden“ (die Zivilisierung „primitiver“ Völker sei die mühevolle Aufgabe der weißen Rasse), „mission civilitatrice“ (zivilisatorische Sendung), „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“, „manifest destiny“ (= offensichtliche Vorherbestimmung der USA, den weniger entwickelten Völkern und Ländern die Errungenschaften des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges zu bringen). Verstärkt wurden diese Einstellungen durch die Industrialisierung, die starke innenpolitische Spannungen hervorrief, und durch den starken wirtschaftlichen Konkurrenzdruck untereinander. Das britische Protektorat („Schutzherrschaft“) über Ägypten (1882) löste einen Wettlauf der europäischen Mächte (mit Ausnahme Österreich-Ungarns)

um die Aufteilung der Welt aus. Die Berliner Afrika-konferenz von 1884/85 legitimierte den imperialistischen Erwerb von Kolonien. Zunächst konkurrierten in Afrika Großbritannien und Frankreich. 1898 standen sich bei Faschoda (im Sudan) britische und französische Truppen kampfbereit gegenüber. Die **Faschodakrise** führte zur vertraglichen Regelung des britischen und französischen Kolonialbesitzes in Nordafrika und war der Ausgangspunkt einer Annäherung beider Mächte, an deren Ende die Entente cordiale (1905) stand. Die nach 1890 beginnende imperialistische Politik der „verspäteten Nationalstaaten“ Deutschland und Italien verschärfe die Konkurrenzsituation (Burenkrieg, Marokkokrisen). Ursprünglich hatte der Imperialismus die Konflikte der europäischen Großmächte an die Peripherie abgeleitet. Mit der Ausweitung der kolonialen Herrschaft Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Russlands, der USA und Japans in den asiatischen und pazifischen Raum schlugen die dabei entstehenden **Konflikte** verstärkt auf Europa zurück und trugen wesentlich zur Atmosphäre des **Ersten Weltkriegs** bei.



Der Zerfall des Bismarck'schen Bündnissystems

1890 verlängerte die Führung des Deutschen Reichs den Rückversicherungsvertrag nicht, obwohl Russland dies wünschte. Stattdessen gab es eine gleichzeitige Annäherung des Deutschen Reichs an Großbritannien. Anfang Juli 1890 schlossen beide Länder den **Helgoland-Sansibar-Vertrag**, der das bisher englische Helgoland Deutschland zusprach im Tausch gegen koloniale Besitzungen in Afrika. Auf diesen außenpolitischen Kurswechsel reagierte **Russland** mit einer **Annäherung an Frankreich**. 1892 schlossen beide eine Militärkonvention, die 1893/94 zu einem Bündnisvertrag ausgebaut wurde. Damit endete die politische Isolierung Frankreichs, die das Kernstück der Außenpolitik Bismarcks gewesen war. Der russisch-französische Zweibund richtete sich gegen den Dreibund und sah den Bündnisfall vor bei einem Angriff einer Dreibund-Macht auf Russland oder Frankreich. Den im Kriegsfalle wahrscheinlichen Zweifrontenkrieg betrachtete die deutsche Führung als ein

(lösbares) militärstrategisches Problem. Dies bedeutete die **Auflösung des von Bismarck geprägten europäischen Bündnisgeflechts**. Es zerfiel in den folgenden Jahren in ein **dualistisches Bündnissystem** (Dreibund contra Entente cordiale bzw. Triple Entente).

Deutschlands „Platz an der Sonne“

In den Achtzigerjahren wurden die Forderungen nationalistischer und militaristischer Vereine und Verbände (z.B. Alddeutscher Verband, Deutscher Flottenverein) und der Öffentlichkeit nach einer deutschen Kolonial- und Weltmachtpolitik immer stärker. 1897 forderte der spätere Reichskanzler von Bülow im Reichstag einen „Platz an der Sonne“ für Deutschland. **Wilhelm II.** gab nicht nur die bisherige Außenpolitik auf, sondern betrieb von Anfang an eine **deutsche Weltmachtpolitik**. Bei dem Stapellauf eines Schlachtschiffes verkündete er im Jahre 1900 diesen Anspruch öffentlich: „Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber

der Ozean beweist auch, dass auf ihm in der Ferne, jenseits von ihm, ohne Deutschland und ohne den Deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.“

Problematisch war das sehr **ungeschickte** außenpolitische **Auftreten Wilhelms II.** 1896 gratulierte er dem Präsidenten der südafrikanischen Burenrepublik Transvaal, „Ohm“ Krüger, zur erfolgreichen Abwehr eines britischen Überfalls (**Krüger-Depesch**e).

Im Sommer 1900 verabschiedete er das Expeditionskorps, das den chinesischen Boxeraufstand (Freiheitsbewegung gegen die imperialistischen Mächte) niederschlagen sollte mit der „**Hunnenrede**“. Darin forderte er die Soldaten auf, wie die Hunnen zu kämpfen („Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!“). In Großbritannien prägte diese Rede den Begriff „the huns“ (= die Hunnen!) für die Deutschen und spielte in der alliierten Propaganda des Ersten Weltkriegs eine große Rolle.

1908 erklärte er gegenüber der englischen Zeitung **Daily Telegraph**, als Freund Englands gehöre er in Deutschland zu einer Minderheit. Während des Burenkriegs (von 1895) habe er England gute Rat-

schläge gegeben; mit seinem Feldzugsplan hätte die Niederlage vermieden werden können.

Die deutsche Flottenpolitik

Der Flottenbau verschlechterte das deutsch-britische Verhältnis. Durch eine starke Kriegsflotte sollte ein Konflikt mit dem Deutschen Reich für jeden Gegner zu einem Risiko werden (**Risikoflotte**). Deshalb sollte die deutsche Flotte waffentechnisch sogar der britischen überlegen sein. Damit begann ein **Rüstungswettlauf** zwischen beiden Ländern. Trotzdem bot Großbritannien dem Deutschen Reich mehrmals Absprachen an, machte sie aber davon abhängig, dass der deutsche Flottenbau die Überlegenheit der britischen nicht gefährden dürfe. Dieser deutsche **Konfrontationskurs** trieb Großbritannien 1904 in die Entente cordiale und 1907 in die Triple Entente. Den letzten Einigungsversuch unternahm der britische Kriegsminister Haldane 1912. Wilhelm II. lehnte es jedoch strikt ab, über „seine Flotte“ überhaupt zu verhandeln. Vielmehr glaubte Berlin derartige Absprachen durch seine Flottenpolitik erzwingen zu können.



Die „Julikrise“

Auslöser des Ersten Weltkriegs ist die **Ermordung** des österreichischen Thronfolgers **Franz Ferdinand** und seiner Frau in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (28. 6. 1914) durch den bosnischen Studenten Gavrilo Princip, einem Mitglied der serbischen Untergrundorganisation „Schwarze Hand“. Eine direkte Beteiligung der serbischen Regierung wurde nicht deutlich. Dieser Mord **löste die „Julikrise“ aus**. Sie war geprägt von Drohgebärden, halbherzigen diplomatischen Vermittlungsversuchen und eklatanten Fehleinschätzungen. In der Folgezeit wurden Kaiser Franz Joseph und die österreichische Regierung von Wilhelm II. unter Druck gesetzt. Er wollte eine „Abrechnung“ mit Serbien und einen militärischen Leistungsnachweis des Bündnispartners. Am 23. 7. richtete Österreich-Ungarn ein mit der deutschen Regierung abgesprochenes Ultimatum an Serbien, das dieses überraschenderweise im Wesentlichen annahm. Dennoch erklärte Österreich-Ungarn Serbien am 28.7. den Krieg. Daraufhin machte Russland am 30.7. mobil. Nun, im

Großbritannien: Verhinderung einer deutschen Weltmachtstellung durch Beendigung der deutschen Seemacht und Wegnahme der Kolonien.

Russland: Zugang zum Mittelmeer durch Gewinnung der Dardanellen, Gewinnung Ostpreußens und Galiziens (Südosten Polens) und Zusammenfassung aller Slawen in einem vom Russland geführten panslawistischen Reich.

Die Kriegsschuldfrage

Franz Joseph und die Mehrheit der österreichisch-ungarischen Politiker, bei denen der Thronfolger nicht sehr beliebt war, wollten zunächst keinen Krieg. Erst der „**Blankoscheck**“ Wilhelms II. vom 5. Juli (bedingungslose Bündnistreue des Deutschen Reichs auch für den Fall eines militärischen Eingreifens Russlands) und dessen zunehmender Druck brachten eine Veränderung. Wilhelm II. hielt Russland für nicht kriegsbereit und glaubte, dass Großbritannien nicht in einen kontinentalen Krieg eingreifen würde. Obwohl das Deutsche Reich einen großen europäischen Krieg sicher nicht wollte, trifft **Wilhelm II.**, seinen Kanzler Bethmann-Hollaweg und führende Militärs die **Hauptschuld**. Eine **Teilschuld** unterschiedlichen Ausmaßes haben

Angesicht des drohenden Krieges, versuchte Wilhelm II. Russland per Ultimatum zur Zurücknahme der Mobilmachung zu bewegen. Da das Zarenreich darauf nicht reagierte, war der Krieg unvermeidlich.

Die Kriegsziele

Alle Großmächte hatten koloniale und europäische Ziele, die sich nur militärisch erreichen ließen.

Das Deutsche Reich: Hegemonie auf dem Kontinent, Vergrößerung des Kolonialbesitzes, Beseitigung der englischen Vorherrschaft zwischen Gibraltar und Indien und ein Sonderfriede mit Russland, um den Rücken gegen die verbündeten Westmächte freizubekommen.

Österreich-Ungarn: Erhaltung des Vielvölkerstaates und Sicherung des Großmachtstatus in Südosteuropa durch die Ausschaltung Russlands als Konkurrenz mächt auf dem Balkan.

Frankreich: Rückgewinnung der kontinentalen Hegemonie; Revanche für 1870/71, Annexion des Saarlands und sichere Ostgrenzen.

alle Beteiligten: Österreich-Ungarn ließ sich vom Deutschen Reich unter Druck setzen, Serbien unternahm nichts gegen die Attentäter vom 28. Juni, Russland befürchtete einen erneuten außenpolitischen Prestige verlust (nach 1905) und wollte innere Probleme (Revolution) nach außen verlagern. Großbritannien nutzte seine Stärke nicht und wirkte nicht mäßigend auf Russland ein. Frankreich benutzte die Entente als Druckmittel gegen Deutschland und stachelte Russland gegen das Deutsche Reich auf.

Der deutsche Historiker Fritz Fischer: „Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.“



Der Erste Weltkrieg als totaler Krieg

General Ludendorff, der zusammen mit Hindenburg seit Sommer 1916 die 3. Oberste Heeresleitung (OHL) führte, bezeichnete den Ersten Weltkrieg als „totalen“ Krieg. Eine militärische Auseinandersetzung ist ein totaler Krieg, wenn es sich nicht nur um einen Zusammenprall feindlicher Heere, sondern ganzer Völker handelt und wenn dieser Krieg mit allen, auch **mit extremsten Mitteln** und unter **Missachtung des Kriegsrechts** geführt wird. Der totale Krieg umfasst alle Lebensbereiche, versetzt die gesamte Gesellschaft eines Staates in einen Kriegszustand, mobilisiert alle wirtschaftlichen, militärischen und geistigen Kräfte und richtet sie auf den Krieg aus. Er wird auch bewusst gegen die Zivilbevölkerung und gegen zivile Einrichtungen des Gegners geführt.

Ziel des totalen Krieges ist nicht – wie beim „normalen“ Krieg – die Besiegung, sondern die Vernichtung des „Tod-“ oder „Erzfeindes“. So sahen den Ersten Weltkrieg von Anfang an die beteiligten Groß-

Indien, China, Siam, die Philippinen und weitere kleine Länder.

Bei Kriegsende befanden sich 25 Staaten sowie deren Kolonien mit insgesamt 1,35 Mrd. Menschen (ca. 75 % der damaligen Weltbevölkerung) im Kriegszustand. In Europa blieben nur Dänemark, Norwegen, Schweden, die Niederlande, Albanien, Spanien und die Schweiz neutral. Die **Mittelmächte** waren von Anfang an in einer **militärisch-strategisch schlechteren Position**. Sie hatten deutlich weniger Soldaten (Mittelmächte bei Kriegsausbruch ca. 8 Mio; Alliierte 1914: ca. 11,5), ihnen fehlten kriegswichtige Rohstoffe (Erze, Buntmetalle), die britische Blockade der deutschen Küsten verhinderte den Import kriegswichtiger Güter aus überseeischen Gebieten und die Mittelmächte mussten einen strategisch ungünstigen Zweifrontenkrieg führen.

Das Epochenjahr 1917

1953 bezeichnete der deutsche Historiker Hans Rothfels das Jahr 1917 als „Epochenjahr“ der Weltgeschichte, da mit ihm eine neue Epoche, die der jüngsten Geschichte, der Zeitgeschichte, beginne. Die universalhistorische Bedeutung dieses Jahres

mächte. Der französische Botschafter in St. Petersburg sagte bei Kriegsausbruch: „Der jetzige Krieg gehört nicht zu denjenigen, die durch einen politischen Vertrag beendet werden ... Es ist ein Krieg auf Leben und Tod, in welchem jeder Kämpfende seine nationale Existenz aufs Spiel setzt.“

Die verfeindeten Mächte

Im Ersten Weltkrieg standen sich zwei feindliche Blöcke gegenüber:

Die **Mittelmächte** (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien seit 1915) und die **Alliierten** (Großbritannien, Frankreich, Russland, Serbien). Auf deren Seite traten Japan, Italien (1915), Portugal und Rumänien (1916), Griechenland und die USA (1917) sowie zahlreiche alliierte bzw. assoziierte Länder in den Krieg ein. Zu ihnen gehörten z.B. Kanada, Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union, Portugal, Arabien, Französisch-Westafrika, Libyen, Sudan, Ägypten, Brasilien, Peru, Bolivien, Ecuador, Panama, Kuba, El Salvador, (Britisch-)

ergibt sich daraus, dass sich mit dem **Kriegseintritt der USA** und der **russischen Oktoberrevolution** die **bipolare Weltordnung** entwickelte. Zwei neue, konträre politische Visionen lösten das offensichtlich gescheiterte Gleichgewichtsmodell des „alten Europa“ ab: Wilsons liberalkapitalistisches Demokratiemodell („... make the world safe for democracy“) und Lenins Vorstellung von der sozialistischen Weltrevolution. Beide Modelle erhoben einen weltweiten Gültigkeitsanspruch und erzielten eine erhebliche Propagandawirkung. Sie teilten in letzter Konsequenz die Welt in ein östliches und westliches Lager. Dieser extreme ideologisch-politische Gegensatz beeinflusste wesentlich die europäische Außenpolitik und die innenpolitischen Verhältnisse zahlreicher europäischer Staaten in der Zwischenkriegszeit. Zwischen 1941/42 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde dieser Gegensatz von dem gemeinsamen Ziel der Besiegung des nationalsozialistischen Deutschlands überdeckt. Nach 1945 entwickelte er sich rasch zum Ost-West-Konflikt und bestimmte die europäische und die Weltpolitik bis zum Zerfall der UdSSR 1990/91 maßgeblich.



Der Erste Weltkrieg beendet das „lange“ 19. Jahrhundert

Mit dem Ersten Weltkrieg ging auch eine Epoche zu Ende, nämlich das „**lange 19. Jahrhundert**“. Es wird in der Geschichtsschreibung auch das „bürgerliche“ Jahrhundert genannt, obwohl es mit dem politischen Aufstieg des Bürgertums in der Französischen Revolution begann und erst 1918 endete. Für den Charakter einer Epochenzäsur gibt es folgende Belege: Der Krieg, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, wie der US-Diplomat George Kennan ihn nannte, beendete den optimistischen Fortschrittglauben, der das 19. Jahrhundert geprägt hatte; die republikanische Staatsform löste die Monarchie ab, das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem das konstitutionelle. Europa verlor seine globale Führungsrolle an die USA und damit einen Großteil seiner bisherigen weltpolitischen Bedeutung.

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher charakterisiert die Bedeutung des Ersten Weltkriegs folgendermaßen:

Ist der Erste Weltkrieg der Beginn des zweiten Dreißigjährigen Kriegs?

Der Erste Weltkrieg wirkte sich fatal auf die weitere Geschichte Europas aus. Deshalb wird die Zeit zwischen 1914 und 1945 von manchem Historiker auch als der „zweite Dreißigjährige Krieg“ oder als „Katastrophenzeit“ der deutschen Geschichte bezeichnet. Die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage lautet: Welche Bedingungsfaktoren verliehen der Zeit von **1914 bis 1945** so viel **Kontinuität**, dass eine derartige Charakterisierung gerechtfertigt ist? Der Krieg schuf eine Fülle von Spannungen, ungelösten Problemen und Konflikten, die die Zwischenkriegszeit in fast allen europäischen Staaten, wenn auch unterschiedlich stark beeinflussten:

- Der Kreuzzugscharakter des Kriegs brachte Friedensverträge hervor, die die Ablehnung der besiegten Staaten, vor allem Deutschlands, provozierten, die in hohem Maße emotionalisierten und die zahlreiche Konfliktbereiche (Kriegsschuld, Reparationen, territoriale Verluste etc.) sich trugen. Die daraus resultierende **Revisionspolitik** bestimmte die Innen-, Außen- und (bis 1935 geheime) Rüstungspolitik maßgeblich.

„**Der Krieg** bedeutete Höhepunkt und Umschlag, Ende der wichtigsten Tendenzen des 19. Jahrhunderts; erst er **vollendete die Jahrhundertwende**. Die seit den großen Revolutionen der Neuzeit angebahnten innenpolitischen und zwischenstaatlichen Entwicklungen fanden in einem riesigen, erschütternden Zusammenstoß ihren schärfsten Ausdruck und ihre Entladung, freilich auch den Durchbruch in neue, intensivere Verwirklichungen. Zuspitzung und Ausgang des Ersten Weltkrieges markierten einen tiefen Einschnitt, einen **Bruch mit der Vergangenheit**, und setzten den **Neuanfang** einer Entwicklung von Strukturen und Systemen, die definitiv über die bisherige Geschichte hinausführen. Revolutionen neuen Typs mündeten in Diktaturen neuen Typs, die mit neuen Mitteln der Herrschaftstechnik als totalitär begründet wurden. Zuerst fielen die Monarchen von Gottes Gnaden. Der Sieg der Demokratie schien unaufhaltsam, ein Zurück in die Vorkriegszeit unmöglich.“

(Karl Dietrich Bracher: *Europa in der Krise: I. Ullstein, Frankfurt/M./Propyläen, Berlin 1979, S. 31)*

- Das traumatische Erleben des Kriegs führte in fast allen europäischen Ländern zu extremen linken und rechten Ideologien und dadurch zu einer **Radikalisierung** von Rechts- und Linksgruppierungen (Faschismus, Nationalsozialismus, Sozialismus/Kommunismus).
- **Autoritäre und totalitäre Herrschaftsformen** entstanden, die **Krise der Demokratie** erfasste nicht nur die 1918/19 geschaffenen Demokratien, sondern auch die gewachsenen.
- Daraus resultierte eine generelle Radikalisierung der Politik und eine **Vergiftung der innenpolitischen Atmosphäre**, die wiederum negative Auswirkungen auf das Verhältnis der europäischen Staaten hatte.
- Aus diesen Gründen ist der **Zweite Weltkrieg ohne den Ersten schwer denkbar** und die Charakterisierung dieser Zeit erscheint trotz ruhigerer Phasen als gerechtfertigt.



Der Waffenstillstand

Bis in den Spätsommer 1918 hinein ließ die OHL wieder besseres Wissen die Bevölkerung im Glauben an ein siegreiches Ende des Krieges. Im **September** kam die **radikale Wende**: Die OHL forderte von der Regierung im Vertrauen auf die Friedenspolitik Wilsons (Kongress-Rede vom 2.4.1917, 14-Punkte-Programm vom 8.1.1918) nun schnellstens einen Waffenstillstand. In einer Note [offizielles politisches Schreiben] vom 23.10.1918 teilte Wilson jedoch mit, dass die USA nur mit Vertretern des deutschen Volkes, aber keinesfalls mit „den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands“ verhandeln würden. Daraufhin änderte die **OHL** ihren Kurs radikal und **proklamierte** den **heroischen**, wenngleich sinnlosen **Widerstand** bis zum Untergang.

Als die Anfang Oktober zur „**Machtübernahme befohlenen**“ Parteien bzw. deren Regierung Max von Baden diesen Kurs ablehnten, stahl sich Ludendorff durch seinen Rücktritt aus der Verantwor-

erklärte dem ins Hauptquartier nach Spa (Belgien) geschickten preußischen Innenminister Drews: „... nun werde ich Ihnen sagen, wie das Chaos [nach meinem Rücktritt] aussieht. Ich danke ab. Alle Dynastien stürzen nach, das Heer hat keinen Führer, die Front löst sich auf und flutet über den Rhein. Die Untreuen rotten sich zusammen, hängen, morden, plündern, und die Feinde helfen ihnen dabei. Und darum: Ich denke gar nicht daran, abzudanken. Der König von Preußen darf Deutschland nicht untreu werden. Ich denke gar nicht daran, **wegen der paar hundert Juden und der tausend Arbeiter den Thron zu verlassen.**“

Der Starrsinn und die Unfähigkeit Wilhelms, die Realität zu erkennen, haben die Republik bewirkt. Seine rechtzeitige Abdankung hätte die Erhaltung der Monarchie in ihrer modernen, parlamentarisch-demokratischen Form ermöglicht. Nach der Nachricht von der Ablehnung des Kaisers ließ Max von Baden eigenmächtig über das Wolff'sche Telegraphen-Bureau in Berlin um 12.30 Uhr die Nachricht von der **Abdankung des Kaisers** verkünden: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen dem Throne zu entsagen ...“ Unmittelbar danach trat

tung. Seinen Mitarbeitern gegenüber erklärte er: „Die [Politiker der neuen Regierung] sollen nun den Frieden schließen, der geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.“

Am **11. November** unterzeichnete Matthias Erzberger als Vertreter der Regierung den **Waffenstillstand**. Da sich die innenpolitischen Veränderungen seit 1916 hinter den Kulissen abgespielt und die Politiker der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei) die Rolle der Militärs nicht deutlich gemacht hatten, wurden die Parteien der **Weimarer Koalition** und die **Demokratie** mit dem **Makel des verlorenen Krieges** und des Versailler Vertrages belastet und von vielen Deutschen deshalb abgelehnt.

Das Ende der Monarchie

Um eine Radikalisierung der revolutionären Stimmung zu verhindern, forderte Reichskanzler Max von Baden Wilhelm II. auf, zurückzutreten. Der Kaiser

Max von Baden zurück. Wilhelm II. ging ins Exil nach Doorn (Holland).

Der Anfang der Republik

Um die Mittagszeit des 9. November befanden sich revolutionäre Arbeitermassen auf dem Marsch ins Berliner Regierungsviertel, um die Herrschaft der Regierung und der Parteien, die als Repräsentanten des alten Systems betrachtet wurden, zu beenden.

Um der radikalierten Arbeiterschaft um Karl Liebknecht zuvorzukommen, verkündete Philipp Scheidemann (SPD) ohne Absprache mit seiner Parteiführung und sehr zu deren Ärger um 14 Uhr das Ende der Monarchie: „Das Alte und Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die **deutsche Republik!**“

Zwei Stunden später rief Liebknecht die „**freie sozialistische Republik**“ aus und verkündete die neue Marschroute des revolutionären Teils der SPD mit der Parole: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.“



Der Name „Weimarer Republik“

Hauptstadt und politisches Zentrum des Deutschen Reichs war Berlin. Daran änderte sich auch nach dem Ende der Monarchie nichts. Ende 1918 und Anfang 1919 wurden die Verhältnisse in **Berlin chaotisch** (Matrosen-, Spartakusaufstand). Deshalb wichen die am 19.1.1919 gewählten Mitglieder der Verfassunggebenden Nationalversammlung in das ruhige **Weimar** aus. Dies wurde mit dem „Geist Weimars“ (Goethe, Schiller) begründet.

Die chronologische Struktur der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik ist nicht offiziell gegründet und beendet worden. Die Übergänge vom Kaiserreich und zum Dritten Reich waren fließend. Es gibt deshalb für Beginn und Ende der Weimarer Republik eine Reihe von Daten, jedoch keine eindeutige Datierung. Ihren Beginn kann man ansetzen mit dem 28. Oktober 1918 (der Reichstag beschließt, dass die Regierung vom Vertrauen des Reichstags abhängig ist = Parlamentarisierung),

mit dem 9. November 1918 (Abdankung des Kaisers, Ende der Monarchie, Ausrufung der Republik), mit dem 6. Februar (Zusammentreten der Nationalversammlung zu Weimar) oder mit dem 11. August 1919 (Unterzeichnung der neuen Verfassung durch Reichspräsident Ebert).

Auch für das Ende der ersten deutschen Republik gibt es mehrere Datierungen: 27. März 1930 (Scheitern der letzten parlamentarischen Reichsregierung, Beginn der Präsidialregierungen); 30. Mai 1932 (Sturz des letzten Reichskanzlers, der zwar keine parlamentarische Mehrheit besaß, aber wenigstens keine Mehrheit gegen sich hatte); 30. Januar 1933 (Ernennung Hitlers zum Reichskanzler); 28. Februar 1933 (die Reichstagsbrandverordnung hebt die Grundrechte „bis auf weiteres“, de facto bis zum Untergang des NS-Regimes auf); 14. Juli 1933 (Verbot aller Parteien außer der NSDAP); 2. August 1934 (Hitler vereinigt die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers und ist damit Diktator). Als **entscheidende Daten** gelten der **9. November 1918** und der **30. Januar 1933**.

Die Weimarer Republik lässt sich in drei Phasen mit spezifischen Charakteristika einteilen:

9.11.1918–1923	1924–1929	1929–30.1.1933
Etablierung der Republik, permanente Bedrohung durch Aufstände, Putschversuche, Räterepubliken, Ruhrkampf, Separatismus, Inflation	Ruhige innere Entwicklung, große außenpolitische Erfolge (Rapallo, Locarno, Mitglied im Völkerbund); prägender Einfluss G. Stresemanns	Weltwirtschaftskrise, erstarkender Rechts- und Linksradikalismus, Auflösung des parlamentarischen Systems, Präsidialkabinette, bürgerkriegsähnliche Verhältnisse

Die „Novemberrevolution“: „Größte aller Revolutionen“ oder „Zufallsprodukt“?

Die Ereignisse des 9. November wurden von den Zeitgenossen unterschiedlich gesehen. Der Berliner Journalist Theodor Wolff bezeichnete sie am folgenden Tag als „die größte aller Revolutionen“. Mit mehr zeitlicher und emotionaler Distanz kam der spätere Außenminister Walther Rathenau 1919 zu einer gegensätzlichen Einschätzung. Er nannte sie ein „Zufallsprodukt“, eine „Revolution aus Versehen“. Der Historiker Hans Herzfeld charakterisierte

sie 1966 als „eine der Not entsprungene Wendung, nicht eine freien und eigenen Impulsen der Nation gehorchende Umwälzung“. Tatsächlich war die „Novemberrevolution“ keine Revolution im klassischen Sinne. Entscheidend ist, dass es trotz der (nicht beabsichtigten) Abschaffung der Monarchie zu keinen tief greifenden gesellschaftspolitischen Veränderungen kam. Die antidebakalitischen und antirepublikanischen Säulen des Kaiserreichs (Militär, Verwaltung, Justiz) konnten ihre Bedeutung auch in der Republik erhalten.



Die zerrissene Gesellschaft

Die gesellschaftspolitische Entwicklung im Kaiserreich und vor allem der Erste Weltkrieg prägten die Gesellschaft der Weimarer Republik. Ihre **Zerrissenheit**, die sich in der großen Parteienlandschaft und den zahllosen politischen Gruppierungen dokumentierte, hatte eine Reihe von **Ursachen**:

- Die Weimarer Republik war von Anfang an mit dem Makel des verlorenen Krieges und der **Dolchstoßlegende** (s. KK 39) belastet. Diese schob der „Heimat“, besonders den Parteien, die sich seit 1916 für eine Beendigung des Krieges ausgesprochen hatten (SPD, USPD, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei, seit Ende 1918 Deutsche Demokratische Partei, DDP), die Schuld an der Niederlage zu.
- **Republik und Demokratie** waren nicht gewachsen, sondern praktisch über Nacht gekommen. Noch dazu waren sie von außen, in erster Linie von den USA, im Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen **erzwungen** worden; sie galten

vielen Deutschen, die überwiegend immer noch monarchisch eingestellt waren, als „undeutsch“.

- Die Wirren der Anfangszeit (Aufstände, das Vorgehen der provisorischen Regierung des Rats der Volksbeauftragten – seit 27.12.1918 reines MSPD-Gremium – mit Hilfe von Polizei und Militär gegen Matrosen, Spartakusbund und Räterepubliken) verkleinerte die Parteibasis der MSPD und verschärfe die **Konflikte innerhalb der Arbeiterschaft**.
- Die linksaußen stehenden Parteien und Gruppierungen der Arbeiterschaft fühlten sich von der MSPD verraten, da sie von einer Revolution größere Gewinne für die breite Masse erwartet hatten.
- Der Schock der unerwartet **harten Friedensbedingungen** vergrößerte die politische Kluft zwischen denen, die weiterhin den demokratischen Staat trugen und denen, die enttäuscht, verbittert und bereit waren, den neuen Staat zu bekämpfen und zu besiegen.

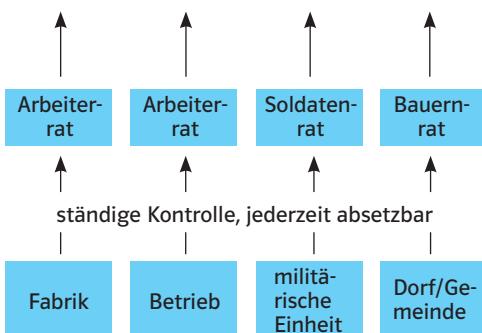
Das Rätesystem

In der Theorie des Rätesystems werden wichtige Entscheidungen von der politischen Basis getroffen. Sie wählen auch ihre Räte, die wiederum die Räte der nächsthöheren Ebene wählen. Dadurch ergibt sich eine **hierarchische Struktur**, an deren Spitze ein Zentralrat steht. Alle Räte tagen öffentlich und haben in ihrem Bereich legislative, exekutive und judikative Macht (**Gewaltenkonzentration**), die von Volkskommissaren ausgeübt wird. In der politischen Praxis entartet das Rätesystem. Es setzt einen hohen Grad an politischer Mitarbeit aller voraus. Dies, die Machtzentration und die nicht durchführbare Kontrolle übergeordneter Räte durch die Basis führen dazu, dass in der Regel nur eine kleine Gruppe von Berufsfunktionären bestimmt. Das Rätesystem ist in der kommunistischen Theorie das Regierungssystem, das in **der Revolutions- und Übergangsphase** vom Kapitalismus zum Sozialismus die Diktatur des Proletariats sichern soll.

Zentraler Arbeiter-/Bauernrat als oberstes Regierungs- und Rechtsprechungsorgan

umfassende Befugnis

Überörtliche Arbeiter-/Soldaten-/Bauernräte



Fabrik

Betrieb

militärische Einheit

Dorf/Gemeinde

Arbeiterrat

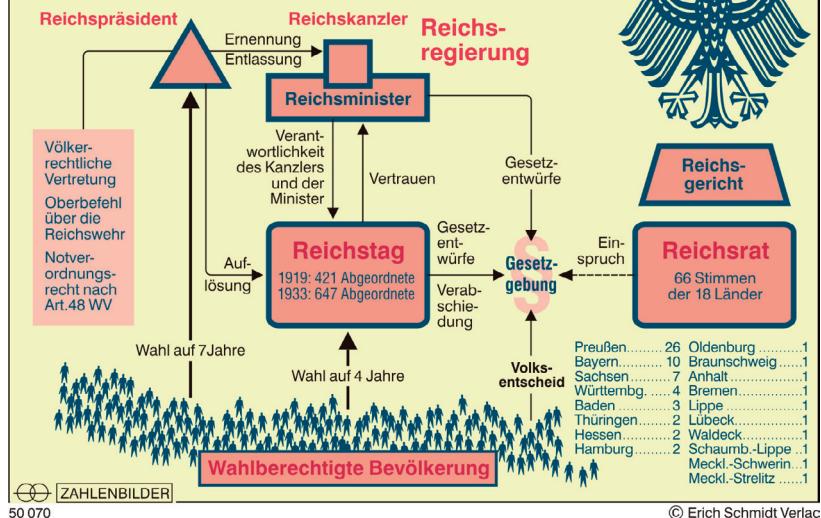
Arbeiterrat

Soldatenrat

Bauernrat



Die Verfassung der Weimarer Republik



© Erich Schmidt Verlag

Die wesentlichen Bereiche und Bestimmungen der Weimarer Verfassung

Das **Volk** ist der Souverän, dessen Willen der Reichstag verkörpert; es wählt den Reichstag und den Reichspräsidenten und hat durch Volksentscheide (Plebiszite) Mitwirkung an der Legislative. Außerordentlich große Bedeutung im politischen Prozess.

Reich und Länder: Aus Staaten werden Länder (= Verlust an Souveränität); Reichsrecht bricht Landesrecht; Länder sind über den Reichsrat schwach an Legislative beteiligt (er besitzt nur suspensives, d.h. aufschiebendes Veto).

Reichspräsident: Höchster Repräsentant des Staates, an Gesetzgebung durch Artikel 48 (Notstand) beteiligt; kann den Reichstag auflösen, ernennt und entlässt die Regierung, hat den militärischen Oberbefehl und wird vom Volk direkt (und beliebig oft) für 7 Jahre gewählt. Die wichtigste Kompetenz gab ihm der Notstandsparagraf 48 bei einem außerordentlichen Notstand, den er selbst verkündete, nämlich die so genannte Diktaturgewalt. Sie beinhaltete das bewaffnete Vorgehen gegen ein unbotmäßiges Land (Reichsexekution), und den Er-

lass von Notverordnungen zur „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Er ist aufgrund seiner überragenden Machtfülle ein „Ersatzkaiser“.

Wahlrecht: Allgemein, gleich, geheim, direkt; reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklauseln, begünstigt kleine und kleinste Parteien, macht Koalitions- und Regierungsbildung kompliziert und Koalitionsregierungen labil.

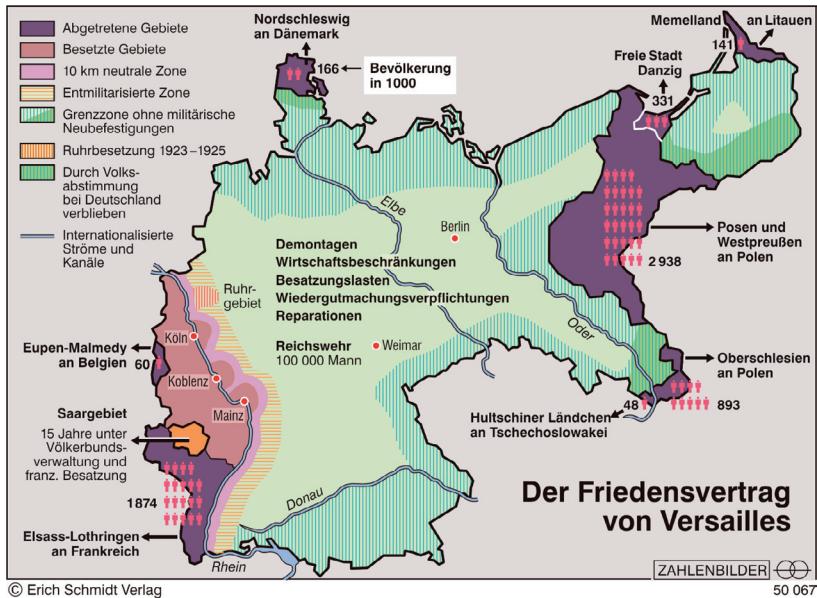
Reichstag: Zentrales Organ; hat (in normalen Zeiten) die Gesetzesinitiative und damit den überwiegenden Teil der Legislative; kontrolliert die Regierung (einfaches Misstrauensvotum), entscheidet über Krieg und Frieden.

Reichsrat: Ländervertreten; geringe Beteiligung an der Legislative; insgesamt schwach.

Reichsregierung: Doppelt abhängig (Reichstag und Reichspräsident).

Grundrechte: Schwächer als heute; Weimar: Grundrechte nach Maßgabe der Gesetze, Bundesrepublik: Gesetze nach Maßgabe der Grundrechte.





© Erich Schmidt Verlag

Die Annahme des Vertrags

Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands wurden die deutschen Illusionen bezüglich eines milden Wilson-Friedens rasch zerstört. Gegen den am 7.5.1919 überreichten Vertrag (440 Artikel) protestierte die Regierung Scheidemann (SPD) heftig. Die Alliierten reagierten mit einem Ultimatum: Annahme oder sofortige Besetzung. Das Gefühl betrogen, geknechtet zu werden, bestimmte die Beurteilung des Vertrags durch die Deutschen, die den „Schmach-“ oder „Karthagofrieden“ (völlige Zerstörung Karthagos 146 v.Chr. durch Rom) einhellig ablehnten. Kanzler Scheidemann trat am 20. 6. zurück, die nachfolgende Regierung Bauer (SPD) nahm den Vertrag zähneknirschend an.

Die Dolchstoßlegende

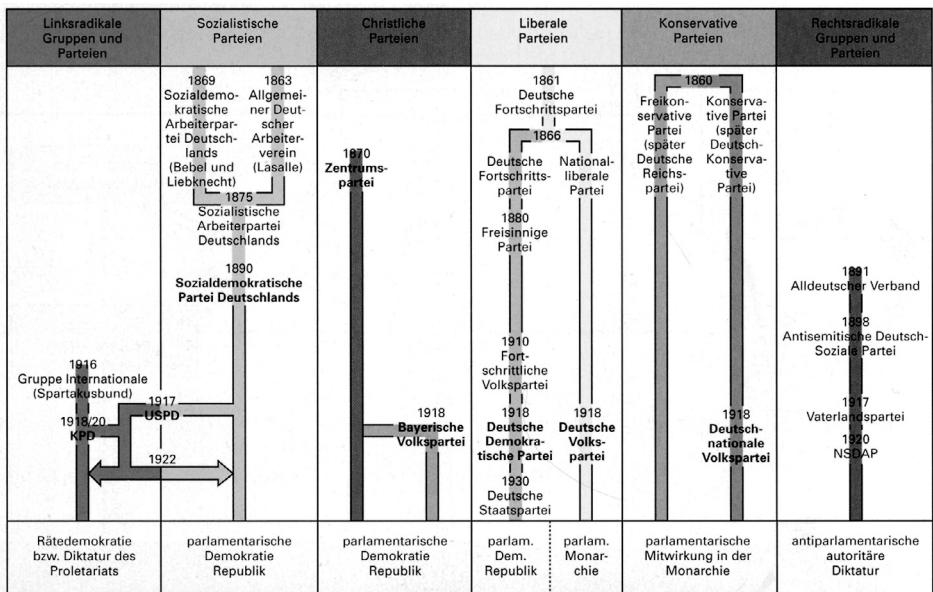
Sie wurde von Hindenburg in die Welt gesetzt. Er behauptete, ein englischer General habe ihm erklärt, das **deutsche Heer sei von hinten** [in diesem Falle: von der Heimat] **erdolcht worden**. Damit wies er indirekt die Schuld den Parteien zu, die einen Verständigungsfrieden gefordert hatten. Für die Masse des Volkes war die Dolchstoßlegende

plausibel: Bei Kriegsende standen keine fremden Truppen auf deutschem Boden, der Krieg war im Osten siegreich beendet worden. Die Dolchstoßlegende hatte eine **ungeheure propagandistische Wirkung**, da die Schuld am verlorenen Krieg und am Versailler Vertrag Sündenböcken, den demokratischen Parteien, den „feigen Pazifisten“ oder „Novemberverbrechern“ zugeschoben werden konnte.

Die Beurteilung des Vertrags

Er wurde von allen Parteien und der Bevölkerung einhellig als **ungerecht, überhart und fehlerhaft** angesehen. Zusammen mit der Dolchstoßlegende wurde er zum entscheidenden propagandistischen Kampfmittel der Rechten gegen den demokratischen Staat. **Heutzutage** ist die **Beurteilung** vor dem Hintergrund von 1945 **gemäßiger**, da er vergleichsweise geringe territoriale Verluste gebracht, nicht zur Besetzung geführt und Deutschland die Chance gelassen hatte, wieder eine Großmacht zu werden.





Entwicklung und politische Grundeinstellung der wichtigsten Parteien

Paramilitärische Organisationen

Die politische Zerrissenheit der Weimarer Republik zeigte sich auch an den zahlreichen Bünden, Verbänden und Geheimorganisationen. Sie verstanden sich bewusst als **Gegenkräfte zu den Parteien**. Alle paramilitärischen Organisationen hatten (mit einer Ausnahme) **zwei Ziele**: Überwindung des ungeliebten, verachteten Parteienstaats und Errichtung eines völlig anderen gesellschaftspolitischen Systems (klassenlose Gesellschaft im marxistischen Sinne oder militärisch-autoritären Staat).

Das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold** war die paramilitärische Organisation der staatstragenden Parteien und Gruppierungen. 1931 vereinigte es sich mit der SPD, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), dem Allgemeinen Deutschen Angestelltenbund (Afa-Bund) und dem Arbeiter Turn- und Sportbund (ATSB) zur Eisernen Front.

Der **Stahlhelm „Bund der unbesiegten heimgekehrten Frontsoldaten“** stand der DNVP nahe, wurde zum Sammelbecken des militanten Nationalismus der bürgerlichen Rechtsparteien. Er schloss sich im Oktober 1931 mit DNVP, NSDAP, vaterländischen Verbänden und prominenten Einzelpersönlichkeiten zur Harzburger Front zusammen.

Der **Rote Frontkämpferbund** war die linksradikale Kampforganisation der KPD.

Die **Sturmabteilung (SA)** bestimmte als Schlägertruppe der NSDAP in der Endphase Weimars (1932: 400000 Mitglieder) zunehmend das Straßenbild. Ihre Ziele versuchte sie mit Straßen- und Saalschlachten, Terror und nackter Gewalt durchzusetzen.

Freikorps

Militärische Freiwilligenverbände ehemaliger Berufssoldaten unter der Führung ehemaliger hoher Offiziere. Die streng antirepublikanischen Freikorps schützten bis zu ihrem Verbot 1920 deutsche Grenzgebiete im Osten und wurden auch von der Regierung gegen linksradikale Aufstände eingesetzt.

Tarn- und Geheimorganisationen

Sie entstanden nach dem Verbot der Freikorps. Die extremsten, z. B. die Organisation Consul, führten einen regelrechten Krieg gegen die „Judenrepublik“. Auf ihr Konto gehen zahlreiche **politische Attentate** und **Morde**.



Frankreichs „Politik der produktiven Pfänder“

Die Londoner Konferenz der Alliierten setzte 1921 die Reparationszahlungen Deutschlands auf astronomische 132 Mrd. Goldmark fest. Dies verschlimmerte die ohnehin schon vergiftete innenpolitische Atmosphäre Weimars. Kanzler Cuno (parteilos) leitete eine Abkehr von der „Erfüllungspolitik“ ein. Der französische Ministerpräsident Poincaré reagierte darauf mit der Drohung, „**produktive Pfänder**“ (Bergwerke, Industrieanlagen etc.) zu nehmen. Frankreich drängte auf die Besetzung des Ruhrgebiets, da es bei der Versailler Konferenz sein Hauptziel, den Rhein als Grenze, nicht erreicht hatte. Großbritannien lehnte die Besetzung des Ruhrgebiets ab, die USA engagierten sich zu dieser Zeit in Europa nicht. Frankreich schaltete die alliierte Reparationskommission ein. Diese verurteilte gegen den britischen Widerstand Deutschland wegen eines geringen Rückstands bei Holz- und Kohlelieferungen. Dies gab Frankreich eine formalistische Berechtigung, am 11. Januar 1923 zusammen mit Belgien das Ruhrgebiet zu besetzen.

Bayern – „Ordnungszelle des Reichs“

Bayern war das **Zentrum der antidemokratischen, rechtslastigen und rechtsradikalen Gruppierungen**. Sie riefen zum Kampf gegen die „Erfüllungspolitiker“ und „Ruhrverräter“ auf, zum „Marsch nach Berlin“ und zum „Sturm auf die Republik“. Typische Parolen waren: „Durch Bayern zum Reich!“ und „Das christliche, nationale Bayern gegen das verjudete, marxistische Berlin“. Die Spannungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung wuchsen, die Reichswehr weigerte sich einmal mehr, in Bayern gegen Rechts vorzugehen. Gleichzeitig ging sie Ende Oktober im Auftrag des Reichspräsidenten Ebert gegen links-lastige SPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen massiv vor. In Bayern fanden sich von Kahr (bayerischer Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten), von Lossow (Landeskommandant der Reichswehr) und von Seisser (Chef des bayerischen Landespolizei) mit dem Ziel zu-

„Mit euch [den „treuen rheinisch-westfälischen Brüdern“] **erheben wir Protest vor der Welt...“:**

Den Einmarsch beantwortete Cuno mit einem pathetischen Protest und rief zum **passiven Widerstand** auf. **Frankreich** reagierte mit harten Maßnahmen: Belagerungszustand, Ausweisung von ca. 180 000 Politikern und Beamten, die den passiven Widerstand mittrugen: Beschlagnahmung der Reichsbankfilialen und der öffentlichen Kassen; Errichtung einer Zollgrenze zum restlichen Deutschland, Passzwang. Diese Maßnahmen wurden von nationalistischen Rechtskreisen mit gewaltsamen Gegenmaßnahmen beantwortet und eskalierten in einem „Sabotagekrieg“, der 137 Deutschen das Leben kostete. Im Sommer 1923 zeigte sich die verheerende Wirkung des Ruhrkampfes auf die wirtschaftliche und finanzielle Situation. Cuno stürzte, sein Nachfolger Stresemann (DVP) beendete den Ruhrkampf.

sammen, die Republik zu stürzen.

Hitler zwang sie am Abend des 8. November, nachdem seine SA eine Gedenkversammlung (9.11.1918, Ende der Monarchie) gestürmt hatte, seinen und Ludendorffs Putschplan zu unterstützen. Sie erklärten in einer gemeinsamen „**Proklamation an das Deutsche Volk**“, die „Regierung der Novemberverbrecher in Berlin“ für ab-, eine „**provisorische Nationalregierung**“ bestehend aus Ludendorff, Hitler, Lossow und Seisser für eingesetzt. Hitlers Vorhaben und sein **Marsch zur Münchner Feldherrnhalle** am Morgen des 9.11., mit dem er die Münchner Bevölkerung auf seine Seite ziehen wollte, scheiterten, da Seisser und Lossow sich gegen Hitler stellten. Dieser wurde von wohlwollenden Richtern zur Mindeststrafe von 5 Jahren Festungshaft (wegen Hochverrats) verurteilt. In den 9 Monaten, die er in Landsberg/Lech „in angenehmer Atmosphäre“ absitzen musste, schrieb er das nationalsozialistische Standardwerk „Mein Kampf“.



Der Kampf um die Reparationsbedingungen

Die Alliierten maßen den **Reparationen** größte Bedeutung bei, da es dabei um **kompakte nationale Interessen** ging. Deshalb kam es in diesem Bereich zu großen Verzögerungen, mühsamen **Kompromissen** und massivem **Streit zwischen den Siegern** selbst. Um seine Lieblingsidee, den Völkerbund zu retten, machte z. B. der US-Präsident Woodrow Wilson vor allem Frankreich Zugeständnisse. Aus diesem Grunde setzte sich Frankreich mit seinen Maximalforderungen zunächst durch und schraubte die Reparationen in unerfüllbare Höhen. Entscheidend war für Frankreich weniger die exakte Höhe der unerfüllbaren Forderungen, sondern die Tatsache, dass es nun eine rechtliche Grundlage hatte, nahezu beliebig gegen Deutschland vorzugehen. Da zu Versailles über die Höhe der Reparationen keine Einigung erzielt werden konnte, wurde eine Reparationskommission unter französischem Vorsitz eingerichtet, die die von Deutschland zu zahlenden Reparationen bis 1.5.1921 festlegen sollte.

Foch in der Annahme, dass sie zu einem Zusammenbruch Deutschlands und zu einer dauerhaften Festsetzung der französischen Grenze am Rhein führen wird.“

Die **britische Reparationspolitik** wurde von der Erkenntnis bestimmt, dass sich der sehr harte Versailler Vertrag nicht werde durchführen lassen, dass man Deutschland Zugeständnisse machen müsse. Deshalb wurde die britische Reparationspolitik von zwei Zielen bestimmt. Erstens: Vermeidung einer Bolschewisierung Deutschlands; zweitens: Ein wirtschaftlich stabiles Deutschland sollte die Westmächte bei dem Wiederaufbau der UdSSR unterstützen, um auf diese Weise eine größere Einflussnahme auf den bolschewistischen Staat zu erreichen.

Der Dawes-Plan

Erstmals verhandelte auf amerikanischen Druck 1924 eine **Sachverständigenkommission** unter Leitung des amerikanischen Wirtschaftsexperten Charles Dawes. Das **Hauptziel** der Kommission bestand darin, die Verpflichtungen Deutschlands

Der Wandel der alliierten Reparationspolitik

Die **USA**, die sich nach dem Versailler Vertrag für einige Jahre weitgehend aus der europäischen Politik zurückgezogen hatten, setzten seit 1924 die Akzente der Reparationspolitik. Sie wollten eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft als Voraussetzung für Reparationszahlungen und ihren Beitrag zu einem stabileren Nachkriegseuropa. Die französischen und britischen Vorstellungen in der Reparationsfrage waren zu dieser Zeit sehr gegensätzlich: **Frankreich** wollte mit hohen Reparationen die weitgehende Schwächung Deutschlands erreichen und die Ostgrenze durch Gebietsbesetzungen bei Nichterfüllung der Reparationen doch noch an den Rhein vorschieben. Dies stellte der britische Botschafter in Berlin, Viscount d'Abernon, Ende April 1921 unumwunden fest: „Die Besetzung der Ruhr wird von gewissen Kreisen in Frankreich gefordert: von der Poincaré-Gruppe, und zwar teils aus politischen Gründen, teils zur Sicherstellung der Zahlungen, und von der Partei des Marschall

von dessen wirtschaftlicher Leistungskraft abhängig zu machen. Deshalb wurden neben den verbesserten Zahlungsmodalitäten u.a. folgende **Bestimmungen** getroffen: Die deutsche Wirtschaft muss als Voraussetzung für die Reparationen wieder hergestellt werden, Sanktionen können nicht mehr von einer Nation verhängt werden; Deutschland erhält zum wirtschaftlichen Aufbau einen US-Kredit von 800 Mio. Goldmark.

Der Young-Plan

Am Young-Plan (nach dem amerikanischen Vorsitzenden Owen Young), nahmen die Deutschen (unter der Leitung des Finanzexperten Hjalmar Schacht) erstmalig gleichberechtigt teil. Er brachte **weitere Verbesserungen**. Trotzdem geißelten die **Rechtskreise** den Plan, der den Zahlungszeitraum auf 59 Jahre festlegte, als „Abhängigkeit der Kinder und Kindeskinder durch das Joch der **Young-Sklaverei**“. Hitler und Hugenberg (DNVP) initiierten ein Volksbegehren gegen den Plan und die ihn tragenden Politiker, das jedoch scheiterte.



Die Bedingungsfaktoren der deutschen Außenpolitik

Die **Außenpolitik** der Weimarer Republik weist trotz Rapallo- und Berliner Vertrag eine **außerordentliche Kontinuität** auf. Dies bewirkten folgende Faktoren: 1. Das übergeordnete Ziel aller Regierungen zwischen 1919 und 1933 bestand in der Revision des Versailler Vertrags. 2. Hierfür waren zu berücksichtigen: Die Isolierung Deutschlands durch den Versailler Vertrag, die Feindschaft Frankreichs und dessen extremes Sicherheitsbedürfnis; das Festhalten Großbritanniens an seiner balance-of-power-Politik sowie der ideologisch-politische Gegensatz zwischen der UdSSR und den Westmächten. Das übergeordnete **Ziel der Revision des Versailler Vertrags** konnte auf zwei Wegen erreicht werden: 1. Durch die Gewinnung eines oder mehrerer Bündnispartner zur Durchbrechung der außenpolitischen Isolation bzw. 2. durch die Aussöhnung mit Großbritannien und Frankreich, dem dafür ausreichende Sicherheitsgarantien gegeben werden mussten.

Grenzen unterschiedlicher Qualität

Der Westpakt gab Frankreich und Belgien dadurch eine außerordentlich hohe Sicherheit, dass Großbritannien und Italien als Garantiemächte auftraten. Die Schiedsverträge mit Polen und der CSR beinhalteten keine Garantie der Ostgrenzen. Sie sollten zudem keine Anwendung finden auf „Streitfragen, die aus Tatsachen entsprungen sind, die zeitlich vor diesem Abkommen liegen ...“. Dieser **zeitliche Vorbehalt** bedeutete, dass Deutschland sich eine Revision der Ostgrenzen offen gehalten hatte.

Aufnahme und Bedeutung des Vertrags

Im **Ausland** wurde der Vertrag **mit Begeisterung aufgenommen**, da er ein europäisches Kernproblem entschärfte und den Frieden sicherer machte. In **Deutschland** wurde er nahezu **rundweg abgelehnt**. Nur wenige verstanden Stresemanns Taktik. Die Rechten geißelten den Vertrag als „zweites Versailles“, als „Verrat deutscher Interessen“. Der Vertrag brachte Deutschland kurzfristige politische Gewinne, jedoch keine wirkliche, dauerhafte Veränderung.

Deutschland und die UdSSR

Beide Staaten befanden sich 1922 in derselben Situation: **außenpolitisch isoliert, innenpolitisch instabil**. Beide versprachen sich von einem Vertrag politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nutzen (Durchbrechung der außenpolitischen Isolation, technische Hilfe für die rückständige UdSSR, geheime deutsche Aufrüstung auf sowjetischem Boden). Der Vertrag verärgerte die Westmächte sehr. Sie hatten eine internationale Konferenz zu Genua einberufen mit dem Ziel, durch massive Wirtschaftshilfe politischen Einfluss auf die UdSSR ausüben zu können. Die Vertragspartner hatten bereits vor der Konferenz den Vertrag vereinbart, mit dem sie in Rapallo (Vorort von Genua) an die Öffentlichkeit traten. Damit war die Konferenz gescheitert, bevor sie begonnen hatte.

Die Beurteilung Stresemanns

Seine vorrangigen Ziele erreichte Stresemann nicht. Nur die Verbesserung der Reparationsbedingungen (Dawes-, Young-Plan) war ein kleiner Erfolg. Im Völkerbund übernahm der hoch angesehene Stresemann, der 1926 für seine Locarnopolitik den Friedensnobelpreis erhielt, die Rolle des ehrlichen Maklers und steigerte das Ansehen Deutschlands beträchtlich.

Stresemann wurde und wird **kontrovers beurteilt**. Im Ausland galt er als europäischer Staatsmann, in Deutschland verfolgten ihn die Rechten mit leidenschaftlichem Hass. Auch heute noch gilt er vielen als „Vertreter des europäischen Gedankens“ als „deutscher Staatsmann europäischen Formats“. Tatsächlich war **Stresemann weder Demokrat noch Europapolitiker aus Überzeugung**. Er war und blieb **Revisionspolitiker**. Von seinen Vorgängern und Nachfolgern unterschieden ihn lediglich die Mittel und Methoden seiner revisionistischen Politik.



Die Abschwächung des Radikalismus

Die Reichstagswahl vom Mai 1924 war vom Krisenjahr 1923 geprägt: Mit Ausnahme des Zentrums erlitten alle Parteien, die bisher Regierungsverantwortung mitgetragen hatten, Verluste. Die KPD wurde zur Massenpartei und die äußersten Rechten waren die eindeutigen Wahlsieger.

Reichstagswahlen (der wichtigsten Parteien in %):				
	1920	1924	1924	1928
KPD	2,1	12,6	9,0	10,6
USPD	17,9	0,8	0,3	0,1
SPD	21,7	20,5	26,0	29,8
DDP	8,3	5,7	6,3	4,9
Z	13,6	13,4	13,7	12,1
BVP	4,4	3,2	3,7	3,1
DVP	13,9	9,2	10,1	8,7
DNVP	15,1	19,5	20,5	14,2
NSDAP	-	6,5	3,0	2,6

die Regierung unter Ausschluss der SPD bilden. Paradox war, dass mit der DNVP nun ausgerechnet die Partei zur Erhaltung der Demokratie gebraucht wurde, die die Demokratie von Anfang an abgelehnt hatte.

- Alle Regierungen dieser Zeit besaßen **keine oder** eine sehr **unsichere Mehrheit** und einige Male konnten nur **Minderheitskabinette** regieren.
- Die parteipolitische **Koalitionsbreite verhinderte** notwendige **Gesetze** oder machte sie zu unbefriedigenden Kompromissen.
- Der **parlamentarische Normalfall** (dauerhafte Mehrheitsregierung, klare Minderheitsopposition) **trat nicht ein**.

Ebert und Hindenburg

Am 28.2.1925 starb Friedrich Ebert, der als der **entscheidende Mann der ersten Jahre** (SPD-Vorsitzender, Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, erster Reichspräsident) den jungen Staat und die Demokratie geprägt hatte. Für die Rechtskreise war er eine Symbolfigur des verhassten Systems. Mehr als einhundertfünfzig Mal musste er sich gerichtlich gegen Verleumdungen zur Wehr setzen.

Mit der Konsolidierung der Wirtschaft und der Verbesserung des Lebensstandards setzte noch im Jahre **1924** eine spürbare **Stabilisierung der politischen Verhältnisse** ein. In den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 und von 1928 verloren deshalb die rechtsextremen Parteien und die KPD deutlich, die SPD konnte stark zulegen. Zum ersten Mal beteiligte sich die DNVP anderthalb Jahre an der Regierung (Luther, 1925), die sich als „überparteiliches Kabinett“ bezeichnete.

Die Schwäche des Parlamentarismus

Trotz der relativen Stabilität im Parlament traten die Nachteile der Verfassung und die daraus erwachsenen innenpolitischen **Probleme** deutlich zu Tage:

- Das **Wahlsystem** (s. KK 38) machte große Koalitionen nötig, deren Flügelparteien nur mühsam miteinander arbeiteten und meist eigene Ziele verfolgten. Da die Kluft zwischen SPD und DNVP zu groß war, konnte im Dezember 1924 nur eine **bürgerliche Rechtskoalition** (Z, DDP, DVP, DNVP)

Stresemann erkannte mit Recht, dass das deutsche Volk keinen Präsidenten mit Zylinderhut, sondern einen mit Uniform und einer Menge Orden haben wollte.

Im ersten Wahlgang erreichte kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit. Deshalb wurde der Reichspräsident in einem zweiten Wahlgang mit relativer Mehrheit gewählt. Die Weimarer Koalition einigte sich auf den ehemaligen Kanzler Marx (Z). Die **Rechtsparteien** erreichten die Kandidatur des 77-jährigen Feldmarschalls **Hindenburg**, der sich durchsetzte. Sein Wahlleiter stellte später fest, seine 14 Mio. Wähler hatten nicht den Menschen Hindenburg gewählt, sondern den Hindenburg der Legende, das patriarchalische Vorbild, dem man mystische Rettungskräfte zuschrieb. Mit seiner Wahl war die entscheidende Position im Staat mit einem Mann besetzt, dem der **neue Staat wesensfremd und unverständlich war**. Parteien hielt er für gänzlich überflüssig. Seine Ziele bestanden in der Wiedergewinnung der alten Große Deutschlands und in der Restaurierung des Kaiserreichs.



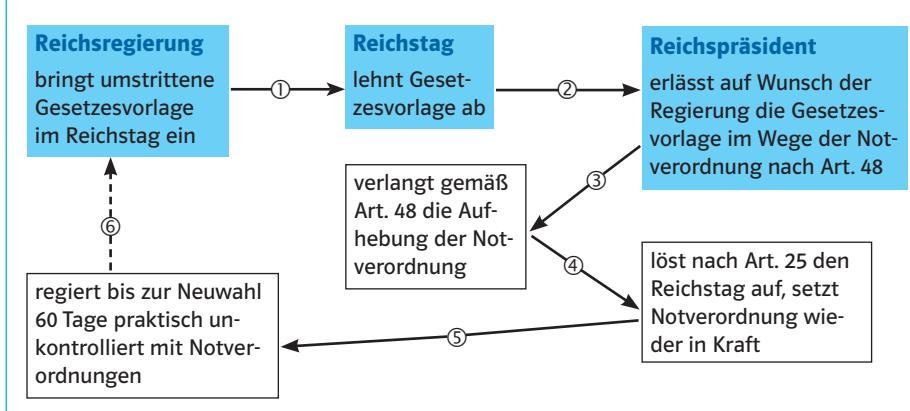
Die Weltwirtschaftskrise

Sie begann als Krise der industriellen Überproduktion und der hemmungslosen Börsenspekulation in den USA. Am **24.10.1929**, dem „Black Thursday“ – in Deutschland wegen der Zeitverschiebung „Schwarzer Freitag“ genannt – brach die New Yorker Börse zusammen. Dies hatte weit reichende Folgen: Eine sich rasch ausdehnende Absatzkrise, Konkurse, sprunghaft ansteigende Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Abstieg. Sie griff im folgenden Jahr auf Europa über. Produktion, Beschäftigung, Löhne und Preise sanken auch in Deutschland rapid und bewirkten ein wachsendes Heer von Arbeitslosen. Die Weltwirtschaftskrise erschütterte vor allem das labile Gefüge der jungen Demokratien, betraf aber das Deutsche Reich nach den USA am stärksten.

Sehr schnell wurde deutlich, dass die relative Stabilität der deutschen Wirtschaft auf Pump beruht hatte. Vor allem die Umwandlung der kurzfristigen amerikanischen Kredite durch die Banken in langfristige rächte sich jetzt. Nun fehlte in **Deutschland** jeglicher finanzieller Rückhalt. Die unmittelbaren **Folgen** waren mangelnde Liquidität **und** der Zusammenbruch vieler Banken. Diese Entwicklung hatte massive **Auswirkungen**: Produktionsrückgang, Kurzarbeit, Entlassungen, Konkurse, Firmenzusammenbrüche und schnell wachsende Arbeitslosigkeit bis zu mehr als 6 Mio. Arbeitslose 1932/33. Große Teile der Bevölkerung gerieten in Not und Existenzangst, die Steuereinnahmen verringerten sich drastisch bei gleichzeitig stark anwachsenden staatlichen Soziallasten.

Machtmechanismus der Präsidialregierungen

Die Präsidialregierungen beruhten auf der (letztlich verfassungswidrigen) Kombination der Art. 48 und 25 der Weimarer Verfassung. Durch Androhung und gegebenenfalls Anwendung beider Artikel wurde das Parlament als Entscheidungszentrum ausgeschaltet.



Brünings außen- und wirtschaftspolitische Konzeption

Für ihn dominierte, wie für alle seine Vorgänger, die **Außenpolitik**, die vier **übergeordnete Ziele** hatte: Die Demonstrierung der deutschen Zahlungsfähigkeit als entscheidende Voraussetzung für die Beendigung der Reparationen, die Streichung der Reparationen, die militärische Gleichberechtigung und der machtpolitische Wiederaufstieg Deutschlands.

Die beiden ersten Ziele glaubte der Finanzfachmann Brüning durch die Gesundung des Staatshaushalts und die Vermeidung einer Inflation zu erreichen, die allerdings angesichts der wirtschaftlichen Lage eher unwahrscheinlich war. Seine **wirtschaftspolitischen Maßnahmen**, die völlig **außenpolitischen Erwägungen untergeordnet** waren, verstärkten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die Not von Millionen Deutschen.

Die Reichstagswahl vom September 1930

Das Ergebnis dieser Reichstagswahl wurde maßgeblich von der Weltwirtschaftskrise, den wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnissen Weimars sowie dem Appell der radikalen Parteien an bisherige Nichtwähler beeinflusst. Es war eine **Katastrophe des Parlamentarismus**, ein „Triumph der Verantwortungslosen“. Die **NSDAP** konnte die Anzahl ihrer Reichstagssitze **von 12 (1928) auf 107** fast verneinfachen. Der Historiker Karl Dietrich Bracher: „In einem Aufstand der politischen Dummheit, war ein politisch interesseloser Bevölkerungsteil mobilisiert worden, nur um der stärksten Agitation anheimzufallen. ... War das **Parlament** seit 1928 weit gehend funktionsunwillig gewesen, so war es jetzt eindeutig **funktionsunfähig**. Parlamentarismus und Demokratie waren damit am Ende.“

Brünings Sturz

Offizieller Anlass wurde sein „Siedlungsbolschewismus“, d.h. die angebliche Benachteiligung ostelbischer Großgrundbesitzer. Das Reich hatte ihnen, nicht zuletzt wegen ihrer engen Verbindung zu Hindenburg, großzügige finanzielle Hilfe gewährt. Diese machte Brüning nun abhängig von der Sanierbarkeit und Rentabilität ihrer Güter. Die ostelbischen Großgrundbesitzer protestierten daher heftig bei Hindenburg, dem sie zu seinem 80. Geburtstag (1927) das preußische Gut Neudeck geschenkt hatten. Der entscheidende **Entlassungsgrund** war ein anderer: Dem Reichspräsidenten war **Brüning nicht rechts genug**, er hätte gerne eine enge Zusammenarbeit Brünings mit der DNVP und der NSDAP gesehen. Die Frage Brünings, ob Hindenburg den Rücktritt der gesamten Regierung wünsche, beantwortete dieser folgendermaßen: „Jawohl. Diese Regierung muss weg, weil sie unpopulär ist.“

Brüning im Urteil der Zeitgeschichte

Seit dem Erscheinen seiner Memoiren (Dez. 1970) ist **Brüning** noch umstrittener als vorher. Fest steht jedenfalls, dass er ein nüchterner Bürokrat war, der sich der **Demokratie nicht verpflichtet** fühlte. Vielmehr plante er die Wiedereinführung der Monarchie. Im Herbst 1931 erklärte Brüning, er „sei bis heute, ohne an die Verfassung zu rühren, in anderthalb Jahren so weit gekommen, dass ich die Machtbefugnisse des Parlaments ... auf den Stand der Bismarckschen Zeit zurückgeführt, aber gleichzeitig ihm, dem Staatsoberhaupt, eine größere tatsächliche Machtfülle geschaffen habe, als sie der Kaiser früher je besaß.“ Auf diesem Wege, so betonte Brüning, wolle er weitergehen. Die Not von Millionen Menschen verschlimmerte er durch seine Wirtschaftspolitik aus außenpolitischen Gründen und zeigte dabei eine erschreckende Gleichgültigkeit. Karl Dietrich Bracher charakterisiert ihn folgendermaßen: „Brüning war nicht, wie auf dem Umschlag seiner Memoiren zu lesen ist, der letzte Kanzler der Weimarer Republik, er war der **erste Kanzler im Prozess dieser Auflösung der deutschen Demokratie**.“



Franz von Papen (1879–1969)

Papen stammte aus einer rheinisch-westfälischen Adelsfamilie, wurde Berufsoffizier und lernte dabei Kurt von Schleicher und Oskar von Hindenburg (Sohn des Reichspräsidenten) kennen; Militärattaché in Washington, dort 1915 wegen Spionage ausgewiesen; danach Dienst an der Westfront und in der Türkei; nach dem Ersten Weltkrieg Hinterbänker der Zentrums-Partei im preußischen Abgeordnetenhaus. Nach Ansicht seiner Freunde „ein anständiger Kerl, nicht sehr klug.“ Papen, der bisher parteipolitisch wenig in Erscheinung getreten war, wurde nicht allzu hoch eingeschätzt. Als Schleicher darauf einmal mit der Feststellung angesprochen wurde: „Der **Papen** ist doch kein Kopf“, antwortete er: „Das soll er ja auch nicht sein, **aber** er ist ein **Hut**.“ Ausschlaggebend war, dass er gut in die Pläne Schleichers passte.

fehlenden gesetzlichen Berechtigung ein **Staatsstreich**. Die Regierung Braun rief den Staatsgerichtshof in Leipzig an, der Recht verbog und eine merkwürdige Entscheidung traf: Die Absetzung der Regierung Braun sei nicht rechtens gewesen, das Vorgehen Papens gegen Preußen sei jedoch in „einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ mit der Verfassung vereinbar. Als Folge durfte die Regierung Braun zwar das Land im Reichsrat vertreten, die Macht blieb jedoch in den Händen der Reichsregierung.

Die Reichstagswahlen vom Juli und November 1932

Beide Wahlkämpfe waren geprägt von der wirtschaftlichen Misere, der Massenarbeitslosigkeit und dem Gezänk der Parteien und politischen Gruppierungen. Die **Juli-Wahl** wurde zu einer katastrophalen Niederlage der staatsbejahenden und ein **triumphaler Gewinn der antidemokratischen Parteien**, die zusammen über 60% aller Stimmen erhielten. Allein die beiden extremsten, KPD und NSDAP, hatten zusammen ca. 52%. Nun führte kein Weg mehr an der NSDAP bzw. Hitler vorbei. Die Re-

Der juristische Aspekt des Preußenschlags

In Preußen hatte die bisherige Regierungskoalition aus SPD, Z und DDP bei den Landtagswahlen (von April 1932) nicht mehr die Mehrheit erreicht. Als Gerüchte von einer SPD-KPD-Regierung aufkamen, erreichte Papen Hindenburgs Unterstützung gegen das „rote Bündnis“. Als Begründung diente ihm der „Altonaer Blutsonntag“: Kommunisten versuchten am 17. Juli 1932 einen als Provokation empfundenen Werbemarsch der NSDAP in Altona (nahe Hamburg) mit Waffengewalt zu verhindern. Dagegen setzte wiederum die Polizei Waffengewalt ein. Die Schießerei kostete 18 Menschen das Leben, 285 wurden verletzt. Der „Altonaer Blutsonntag“ war für Papen ein willkommener Anlass für die **nachhaltige Veränderung der Machtverhältnisse**. Per Art. 48 wurde die Regierung Braun (SPD) mit der fadenscheinigen Begründung abgesetzt, sie habe ihre Pflichten gegenüber dem Reich verletzt. Die Regierung übernahm Papen als Reichskommissar. Dieses Vorgehen war aufgrund der

gierungsbeteiligung der NSDAP scheiterte jedoch, da Hitler kategorisch die Kanzlerschaft forderte. Auch die **zweite Reichstagswahl** fand in einer bürgerkriegsähnlichen Atmosphäre statt, obwohl Papen am 9.8.1932 durch eine Notverordnung gegen den politischen Terror, vor allem den der SA und des Roten Frontkämpferbundes vorgegangen war. Die **NSDAP verlor** aufgrund ihres radikalen Auftritts ca. 2 Mio Wähler, die **KPD** erzielte ihr bestes Ergebnis und war **der große Wahlgewinner**. An den politischen Verhältnissen änderte sich nichts.

Die Reichstagswahlen

	31.7.1932	6.11.1932
KPD	14,5	16,9
SPD	21,6	20,4
DDP	1,0	1,0
Z	12,5	11,9
BVP	3,2	3,1
DVP	1,2	1,9
DNVP	5,9	8,3
NSDAP	37,3	33,1



Hitler wird Deutscher

Die Kandidatur Hitlers war nur durch die Hintertür möglich geworden. Der NSDAP-Führer war auf eigenen Antrag 1925 aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen und damit staatenlos geworden. Um Reichspräsident zu werden, musste er Deutscher sein. Deshalb wurde er mit Hilfe von Parteifreunden am 26.2.1932 formal zum „Reichspräsidenten“ in Braunschweig ernannt, womit automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft verbunden war.

Die Kamarilla

Seit Beginn der Dreißigerjahre erhielt die „**Kamarilla**“, eine Art Schattenkabinett um Hindenburg, immer größeren Einfluss auf den „alten Herrn“ und **bestimmte die politischen Geschicke Deutschlands** wesentlich. Zu diesen einflussreichen Beratern Hindenburgs gehörten sein Sohn Oskar als persönlicher Adjutant, Staatssekretär Meißner, der Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium

Anfang Juli 1932 erklärte Hindenburg dem amerikanischen Botschafter, die parteipolitische Lage habe sich so zugespitzt, dass man bereits von einem latenten Bürgerkrieg sprechen könne. Wenige Wochen später charakterisierte Goebbels die Lage zutreffend, als er im Reichstag sagte, man müsse „vor der ganzen Nation“ feststellen, dass Deutschland vor dem Bürgerkrieg stehe, dass „mehr gesagt, der **Bürgerkrieg latent in Deutschland** bereits **vorhanden** ist.“

In der aufgeheizten Zeit der Reichstagswahlkämpfe eskalierten die gewalttätigen Auseinandersetzungen und Deutschland wurde ein großes Heerlager militanter Verbände. Die vergiftete innenpolitische Atmosphäre entlud sich im Sommer 1932 in zahlreichen brutalen Straßenkämpfen militanter rechter und linker Gruppen, in Mord und Totschlag.

General Kurt von Schleicher und Interessenvertreter ostelbischer Großgrundbesitzer.

Der Bürgerkrieg in Permanenz

Mit der eklatanten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage seit 1930 verschärften sich die gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen und prägten zunehmend die innere Situation Weimars. Die Regierungen bzw. der Reichspräsident versuchten mit zahlreichen Notstandsgesetzen die wachsende politische Gewalt einzudämmen. Die maßgeblichen Politiker sahen jedoch die Verursacher im linken politischen Spektrum. Da sie meist dazu tendierten, die eigentliche Gefahr, nämlich die Nationalsozialisten, in die politische Verantwortung einzubinden und dadurch abzunutzen, änderte sich an den innenpolitischen Verhältnissen nichts. Um die **Jahreswende 1931/32** waren die **bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse** fast schon zur normalen Erscheinung des politischen Lebens in Berlin und anderen Großstädten geworden.

Die politischen Gewalttaten des Sommers 1932 gehörten neben den durch die Wirtschaftskrise verursachten Alltagsentbehrungen zu den Schlüsselerlebnissen der Zeitgenossen. Das politische Bewusstsein wurde beherrscht vom Gedanken einer in Bürgerkriegssituationen zerfallenden Nation.

Desorientierungskrise und latenter Bürgerkrieg bestimmten die Endphase Weimars. Fast täglich waren die Menschen mit bürgerkriegsähnlichen Situationen konfrontiert. Die SPD-Zeitung „Vorwärts“ sprach in einem Kommentar am 11.7.1932 von einem „Bürgerkrieg in Permanenz“. Er wurde in extremer Weise nach dem 30. Januar 1933 von den Nationalsozialisten weitergeführt gegen politische Gegner, Andersdenkende, „Rassefremde“ und Minderheiten.



Unterschiedliche politische Perspektiven und Standorte

Die Ursachen und Gründe, die den Untergang Weimars bewirkten, sind zahlreich: Ihre **Gewichtung hängt vom** jeweiligen politischen und historischen **Standort des Beurteilenden ab**. Das Urteil der Weimarer Zeitgenossen wurde häufig von der Absicht bestimmt, von der Frage nach Schuld und Versagen abzulenken. So lautete für den preußischen Ministerpräsidenten Braun die Antwort la pidar: „Versailles und Moskau“, womit er die Sieger und die KPD meinte. Die Kommunisten wiederum sahen die Ursache des Untergangs in einer Verschwörung von Industriemagnaten, Börsenfürsten, ostelbischen Junkern und Militärs. Arthur Rosenberg („Die Geschichte der deutschen Republik“. Karlsbad, 1935) sah das Scheitern bereits in der unerlassenen sozialen Revolution 1918/19 angelegt, während andere die strukturellen Fehler der Weimarer Verfassung, besonders das reine Verhält-

niswahlrecht als Hauptübel nennen. Angelsächsische Historiker betonen vor allem die längerfristigen Aspekte und weisen auf den undemokratischen deutschen Volkscharakter „seit Luthers Zeiten“ hin oder sehen alles Unheil im preußischen Militarismus.

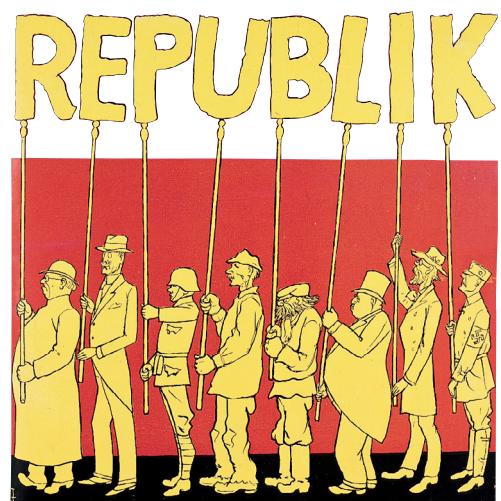
Die heutige Geschichtsschreibung

Sie beurteilt den Untergang Weimars als **Ergebnis eines „sehr komplexen Ursachengeflechts“**. Die Antwort auf die Frage, woran Weimar letztendlich gescheitert ist, lasse sich „nicht mit letzter wissenschaftlicher Präzision“ geben. Sie hänge von der „Nuancierung“ bzw. „Gewichtung“ der verschiedenen Komponenten ab. Der Historiker Eberhard Kolb warnt vor „monokausalen Erklärungsversuchen, in denen der Aufstieg des Nationalsozialismus und die Machtübertragung an Hitler auf eine einzige oder allein ausschlaggebende Ursache zurückgeführt wird.“

Der Historiker Hagen Schulze fasste die Erklärungsproblematik 1982 folgendermaßen zusammen: „Woran ist Weimar also gescheitert? Die Antwort lässt sich nicht mit letzter Präzision geben, aber einiges lässt sich doch ausmachen: die **wichtigsten Gründe liegen auf dem Felde der Mentalitäten, der Einstellungen und des Denkens**. In der Mitte des Ursachenbündels finden sich eine Bevölkerungsmehrheit, die das politische System von Weimar auf die Dauer nicht zu akzeptieren bereit war, sowie Parteien und Verbände, die sich den Anforderungen des Parlamentarismus nicht gewachsen zeigten.“

(Hagen Schulze: *Weimar. Deutschland 1917–1933. Severin und Siedler, Berlin 1982, S. 425)*

Als Ursachen für diese Defekte nennt der Historiker Auswirkungen der preußisch-deutschen Geschichte, die problematischen Entstehungsbedingungen Weimars und seine außenpolitischen Belastungen.



T. T. Heine (1927). „Sie tragen die Buchstaben der Firma – aber wer trägt den Geist?“



Was bedeutet „Faschismus“?

„Fasces“ (= Rutenbündel mit Richtbeil) waren im römischen Staat Zeichen der Amtsgewalt hoher Beamter. Sie symbolisierten das Recht zu züchtigen und die Todesstrafe zu verhängen. Im 19. Jahrhundert bezeichnete das italienische Wort „fascio“ (Plural: fasci) eine außerparlamentarische Organisationsform mit meist revolutionärem Charakter. 1922 machte Benito Mussolini die „fasci“ zum offiziellen Staatssymbol des faschistischen Italien.

Faschismus im engeren Sinne bezeichnet das diktatorische Herrschaftssystem Mussolinis von 1922 bis 1943. **Faschismus im weiteren Sinne** meint extrem nationalistische und nach dem Führerprinzip organisierte Bewegungen mit autoritärem Aufbau, antiliberaler, antidemokratischer und antimarxistischer Ideologie bis 1945 (danach: Neofaschismus). Der Begriff „Faschismus“ ist nicht eindeutig. In Südosteuropa (z. B. in Rumänien) hatte er im Gegensatz zu Deutschland stark christliche Elemente;

auch der Antisemitismus ist kein allgemeines Charakteristikum: In Deutschland war er extrem ausgeprägt, in Italien praktisch nicht vorhanden. Vor allem lässt sich der Nationalsozialismus (als Spielart des Faschismus) aufgrund seiner extremen Rassen- und Vernichtungspolitik weder mit dem italienischen Faschismus noch mit anderen gemäßigt faschistischen Bewegungen (z. B. in Spanien) vergleichen. Die Historiker unterscheiden deshalb zwischen autoritären Herrschaftsformen (Diktaturen mit faschistischen Elementen) und totalitären Herrschaftsformen (Faschismus, Nationalsozialismus, Bolschewismus).

Träger und Sympathisanten

Die Anhänger faschistischer Bewegungen kamen im Wesentlichen aus zwei Bevölkerungsgruppen: den ehemaligen Berufs- und Frontsoldaten und dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mittelstand. Beide Gruppen hatte der verlorene Krieg

und der als ungerecht empfundene Friede besonders hart getroffen und deshalb empfänglich gemacht für die antikapitalistische und antisozialistische Einstellung faschistischer Parteien.

Neben diesen beiden Gruppen wandten sich auch Teile des konservativen und liberalen Besitzbürgertums, des Militärs und der Kirche (z. B. in Spanien, Portugal, Rumänien und Österreich) sowie Industrielle und Großagrarier dem Faschismus zu. Sie alle sahen die „bolschewistische Gefahr“ als Bedrohung ihrer materiellen und geistigen Lebensgrundlagen und der nationalen Interessen ihrer Völker an. Den Faschismus hielten sie angesichts der politischen Rahmenbedingungen für die einzige mögliche Alternative und erhofften sich von ihm die Rettung vor dem nationalen Untergang.

Der italienische Faschismus

Mit seiner 1921 gegründeten „Partito Nazionale Fascista“ (Nationalfaschistische Partei) erstrebt Benito Mussolini ein völlig neues Herrschaftssystem, das „sistema totalitario“. 1922 riss er die Macht an sich und baute sie systematisch aus. 1925 errich-

tete er durch einen im Nachhinein legalisierten Staatsstreich die **faschistische Diktatur**. Er ging brutal gegen Liberalismus, Demokratie und Sozialismus vor, die er als „Krebsgeschwüre“ bezeichnete. Sein vorrangiges **außenpolitisches Ziel** war die Durchsetzung der „nationalen Lebensinteressen“ **Italiens**, weshalb Außenpolitik für ihn Imperialismus bedeutete. Italien müsse, so seine Forderung, im Gebiet des Mittelmeeres, das er „Mare Nostro“ (= Unser Meer) nannte, die ihm gebührende Vormachtstellung erringen und Großmacht werden. Der italienische Faschismus wurde zum Vorbild für ähnliche Bewegungen in fast allen europäischen Ländern. Die faschistischen Bewegungen und Parteien erreichten unterschiedliche Bedeutung. In Italien und Deutschland übernahmen extreme, in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Spanien und Portugal z. B. vergleichsweise gemäßigte faschistische Bewegungen die Macht.



Warum „Drittes Reich?“

Mit der Wahl des Frankenherzogs Konrad zum König 911 entstand das „Reich der Deutschen“ („Regnum Teutonicum“). In der Folgezeit entwickelte es sich zum **Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation**: Mit der Kaiserkrönung Ottos I. 962 wurde das „Römische Reich“ wieder aufgenommen. Ab 1157 wurde es als „Heilig“ bezeichnet. Im 16. Jahrhundert kam der Zusatz „Deutscher Nation“ auf. Dieses **1. Deutsche Reich endete** im Jahre **1806**, als Kaiser Franz II. wegen der Hinwendung deutscher Fürsten zu Napoleon bzw. Frankreich (Rheinbund) die Kaiserkrone niederlegte und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation für beendet erklärte. Das **zweite Deutsche Reich** („Kaiserreich“) war eine Schöpfung Bismarcks. Es **entstand am 18.1.1871** in Versailles und **endete am 9.11.1918**. Mit dem Amtsantritt Hitlers am **30.1.1933 begann das „Dritte Reich“**, „das Tausendjährige Reich“ (NS-Propagandabegriff), das **bis zum 8.5.1945** dauerte.

alisten sahen die Lage anders. Für sie begann die neue heroische Zeit, das „Dritte Reich“.

Die Beurteilung des 30.1.1933

Viele Zeitgenossen erkannten die Bedeutung dieses Tages nicht. Sie glaubten, die radikalen Aussagen und Ziele des Oppositionspolitikers nicht auf den Staatsmann Hitler anwenden zu dürfen. Man nahm an, dass die Würde des Amtes automatisch die Mäßigung mit sich bringen werde, die man von Hitler als Oppositionspolitiker nicht verlangt hatte. Die **Reaktionen waren unterschiedlich**. Für Hitler begann nun „die größte germanische Rassenrevolution der Weltgeschichte“, für Goebbels die „deutsche Revolution“. Hugenberg dämmerte es am folgenden Tag, dass er sich in ein „Bündnis mit dem Teufel“ eingelassen hatte. Hitlers ehemaliger Verbündeter Ludendorff kritisierte Hindenburg, da dieser Deutschland „einem der größten Demagogen aller Zeiten“ ausgeliefert habe, der das Reich in den Abgrund stürzen und der Nation unfassbares Elend bringen werde. Fest steht aus heutiger Sicht, dass der 30. Januar 1933 die tiefste Zäsur (Einschnitt) in der neueren deutschen Geschichte war.

Die Ernennung Hitlers

Am 27.1.1933 hatte Hindenburg einem hohen Militär gegenüber die Kanzlerschaft Hitlers empört zurückgewiesen: „Sie werden mir doch nicht zutrauen, dass ich diesen [...] Gefreiten zum Reichskanzler berufe.“ In den nächsten zwei Tagen ließ er sich von Papen überreden und ernannte Hitler am 30.1. Hindenburg, Papen und Hugenberg (einflussreicher Führer der DNVP) glaubten Hitler „eingearahmt“ zu haben. Auf den ersten Blick sah dies tatsächlich so aus: Die NSDAP war nur mit drei Mann im Kabinett vertreten (Hitler, Göring, Fricke), Hitler durfte nur mit Papen (Vizekanzler, Reichskommissar für Preußen) bei Hindenburg erscheinen und Hitler war ebenso wie seine Vorgänger völlig vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig. Im Brustton der Überzeugung erklärte **Papen** deshalb Warnern: „Sie irren sich, wir haben ihn uns engagiert. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.“ Die Nationalsozi-

War die „Machtergreifung“ legal?

Die Ernennung Hitlers wurde von der NS-Propaganda als „Machtergreifung“ bezeichnet. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, dass eine dynamische Partei bzw. deren Führer die ihnen zustehende Macht ergriffen hätten. **Richtig** ist dagegen der Begriff „**Machtüberlassung**“. Rein **formaljuristisch**, nach dem Buchstaben der Verfassung, war die Ernennung Hitlers (nach Art. 53) **legal**. Geht man vom **Geist der demokratischen Verfassung** aus, so war es sicherlich **nicht legal**, jemanden zum Reichskanzler zu machen, der als oberstes Ziel immer wieder die Ausschaltung der Verfassung und die völlige Umgestaltung des politischen Systems verkündet hatte.



Die Ausgangsposition der NSDAP

Aus Sicht der NS-Führung gab es nach dem 30. Januar **vier vordringliche Aufgaben**, von deren Lösung die Verwirklichung der langfristigen Ziele abhing:

1. **Erringung, Ausbau und Stabilisierung der Macht** durch Ausschaltung bzw. Beseitigung der Organisationen und Institutionen, die der Ausübung der totalitären Macht im Wege standen.
2. **Erweiterung der Macht** gegenüber den außerparlamentarischen Koalitionspartnern, auf die man noch angewiesen war, durch die systematische Besetzung von Schlüsselpositionen mit NSDAP-Leuten.
3. **Schaffung gleicher Interessenlagen** für die „entscheidenden Kräfte des deutschen Volkes“: NSDAP, Reichswehr, Schwerindustrie.
4. **Herbeiführung eines politisch-psychologischen Klimawechsels** und als dessen Endziel die von der Masse des Volkes getragene oder wenigstens akzeptierte „nationale Erhebung“.

Wie erreichte Hitler die Zweidrittelmehrheit?

Die Abgeordneten der KPD waren verhaftet oder untergetaucht, die SPD musste als ablehnende Partei einkalkuliert werden. Hitler brauchte also die Zustimmung des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei (bis 1930: DDP). Es gelang ihm, die Mittelparteien von der Lauterkeit seines Vorhabens und der Unabwendbarkeit der Dinge zu überzeugen. Die **Zugesständnisse**, die er den Parteien im politischen und kirchlichen Bereich machte, gaben den Ausschlag. Weitere Faktoren kamen hinzu: **Angst** vor dem NS-Terror, die Befürchtung, dass Hitler seine Maßnahmen ohnehin durchsetzen werde, sowie die Hoffnung, dass man ihn durch gewisse Zugeständnisse von einer völligen Willkürherrschaft abhalten könne. Dies waren allerdings vage Hoffnungen. Dass gegenüber einem totalitären Regime, einem skrupellosen Politiker wie Hitler keinerlei Mitbestimmung, keinerlei Kontrolle, sondern nur Unterwerfung oder Widerstand möglich war, hätten die Parteien trotz ihrer fehlenden Erfahrung wissen müssen.

Der Tag von Potsdam

Als am 21. März der neue Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche (Grabstätte Friedrichs II. von Preußen) feierlich eröffnet wurde, tauschten Hitler und der greise Hindenburg einen Händedruck aus. Die NS-Presse und alle national gesinnten Zeitungen bewerteten diesen Händedruck als die „symbolische Versöhnung des neuen Deutschlands mit dem alten Preußen“. Deutschland und das Ausland sahen darin die **Wandlung Hitlers vom Trommler zum Staatsmann**. Vor allem auf die bürgerlichen Parteien machte diese Szene großen Eindruck. Mit diesem Staatsakt war eine äußerst werbewirksame **Verbindung von Friedrich II. über Hindenburg als Repräsentant des Kaiserreichs zu Hitler** hergestellt.



AKG

Die Abstimmung

Hitler begründete seine Gesetzesvorlage: Die Regierung müsse Handlungsfreiheit für wichtige Maßnahmen haben, es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, wenn sie sich von Fall zu Fall die Genehmigung von Reichstag und Reichsrat „erhandeln“ oder „erbitten“ müsste; die Autorität der Regierung würde darunter leiden, Instabilität eintreten. Abschließend setzte er die Abgeordneten massiv unter Druck: „Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden und Krieg.“ Die **SPD lehnte als einzige Partei das Gesetz ab**, da NSDAP und DNVP eine stabile Mehrheit hätten, die Kontrolle des Volkes völlig ausgeschaltet würde und das Gesetz „Ideen, die ewig und unzerstörbar sind“, vernichten würde. Während außerhalb der Kroll-Oper in Berlin, wo der Reichstag provisorisch tagte, die SA durch Sprechchöre („Wir wollen das Gesetz, sonst Mord und Totschlag!“) und rabiates Auftreten die Abgeordneten einschüchterte, entschieden sich am 23.3.1933 444 Abgeordnete für, 94 Abgeordnete der SPD gegen das Gesetz, das am Folgetag in Kraft trat.



Erwerb und Sicherung der Macht durch Ausschaltung

Auf der Grundlage der Reichstagsbrandverordnung und des Ermächtigungsgesetzes schaltete die NSDAP ihre politischen Gegner in kurzer Zeit mit folgenden **Maßnahmen** aus:

- **Zerschlagung der Gewerkschaften** (2. Mai) durch deren Verbot. An ihre Stelle trat die von der NSDAP gelenkte Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwangswise vereinte. Ihre Aufgabe bestand in der propagandistischen und praktischen Umsetzung der NS-Wirtschaftspolitik.
- **Verbot der SPD** (22. Juni), Beschlagnahmung des Parteivermögens, Verfolgung und Inhaftierung von SPD-Politikern und SPD-Funktionären.
- Von der NSDAP **erzwungene Selbstauflösung der restlichen Parteien** (27. Juni bis 5. Juli). Diese gaben aus Angst und Resignation endgültig auf.
- Das „**Gesetz gegen die Neubildung von Parteien**“ (14. Juli) erlaubte als einzige Partei die NSDAP. Da-

mit war das Deutsche Reich ein Einparteienstaat.

- Der „**Röhm-Putsch**“: Der Führer der SA, Ernst Röhm, wollte diese am Aufstieg der NSDAP beteiligen. Er forderte soziale Verbesserungen für die Mitglieder. Da er auch die Verschmelzung der Reichswehr und der SA zu einem Volksheer anstrebe, sah Hitler in ihm eine Bedrohung. Er ließ ihn und die Führungsspitze der SA mithilfe der SS (Schutzstaffel) in Bad Wiessee ermorden (30. Juni, 1. und 2. Juli 1934). Die SA verlor dadurch ihre Bedeutung an die SS, die direkt Hitler unterstellt wurde. Sein rechtswidriges Vorgehen rechtfertigte Hitler mit der Gefahr, die von dem angeblichen Röhm-Putsch ausgegangen sei. Er habe als des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr schnell und konsequent handeln müssen. Damit eignete er sich auch die Judikative an und hatte nun alle drei Gewalten in seiner Hand. Der **Übergang von der Demokratie zur Diktatur war abgeschlossen**, die Willkür des Diktators von nun an Gesetz.

Erwerb und Ausbau der Macht durch Gleichschaltung

Parallel zur Ausschaltung vollzog Hitler die **Gleichschaltung** der folgenden Institutionen mit der NSDAP:

- **Die Länder:** Ende März 1933 wurde das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März auf alle Länder- und Kommunalvertretungen übertragen. In der Folgezeit wurden die Kompetenzen der Länderregierungen permanent eingeschränkt, die Länder aufgelöst und ihre Hoheitsrechte an das Reich übertragen. Im Februar 1934 wurde der Reichsrat aufgelöst.
- **Die Beamenschaft:** Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums“ (14. Juli 1933) „säuberte“ die Beamenschaft im Sinne der NSDAP.
- **Justiz:** Sondererlasse und Sondergerichte veränderten die Rechtsgrundlagen entscheidend. Die Justiz wurde zum Werkzeug des Führers gemacht.
- **Polizei:** In wichtigen Bereichen mussten Kompetenzen an neu gegründete Parteinstitutionen abgegeben werden. Die Geheime Staatspolizei

(Gestapo) und der Sicherheitsdienst der SS (SD) gingen gegen Oppositionelle skrupellos vor. Sie waren nicht an normale Vorschriften gebunden.

- **Reichswehr:** Sie wurde seit dem 2. August 1934 nicht mehr auf die Verfassung, sondern auf Hitler vereidigt. Dies band sie stark an den Führer.
- Mitglieder bestimmter **Berufe** wurden durch Berufsverbände gleichgeschaltet (z.B. NS-Rechtswahrerbund, NS-Lehrerbund, NS-Ärztebund usw.), in die sie sich integrieren mussten.
- **Rundfunk, Presse, Kultur, Erziehung:** Die Goebbels unterstellte Reichskultkammer kontrollierte das „gesunde Volksempfinden“, grenzte „undeutsche Elemente“ aus und organisierte die Erziehung der Jugend.
- Das Ende der „nationalen Revolution“: Am 2. August 1934 starb Hindenburg. Per Gesetz vereigte **Hitler** die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Er führte nun den Titel „**Führer und Reichskanzler**“. Damit erklärte er die „nationale Revolution“ für beendet.



Hitler: Ideologe oder Opportunist?

In der Fachliteratur war es lange umstritten, ob Hitler eine Ideologie hatte. Oft wurde er als reiner Opportunist angesehen, dem ein langfristiges Programm und eine klare Weltanschauung (=Ideologie) fehlte. Dieser Eindruck konnte entstehen, da die einzige anerkannte und unumstrittene Grundlage des Nationalsozialismus, nämlich Hitlers „Mein Kampf“, ein schwer verdauliches Gewirr aus subjektiven Gedanken, Ideen und oft kuriosen Belegen und Behauptungen ist.

In den Sechzigerjahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass **Hitlers Gedankenwelt** trotz aller Beschränkungen eine Ideologie bildet. Sie entstand und entwickelte sich zwischen 1919 und 1924 und war **1925 voll ausgebildet**. Wahr passte Hitler in der Folgezeit seine Mittel und Methoden besonders in der Außenpolitik des Öfteren der jeweiligen politischen Lage an, doch bedeutete dies zu keiner Zeit, dass er die Grundlagen seiner Weltanschauung (Rassen- und Lebensraumgedanke) aufgegeben oder auch nur relativiert hätte.

der arischen Rasse permanent bedrohe, sei seine Vernichtung „natürlich“.

- **Elitedenken:** Nach Hitler ist das deutsche Volk, das an der Spitze der arischen Rasse stehe, ein Herrenvolk; Unterteilung in „Mensch“ und „Untermensch“ wird mit verzerrten und verfälschten philosophischen Lehren (z. B. von Nietzsche) „belegt“.
- **Gewaltprinzip:** Ausgehend von der Darwin'schen Lehre wird das Recht des Stärkeren (= Wertvolleren) als „natürliches“ Mittel der Auslese (Selektion) gesehen. Der Kampf ums Dasein bestimme das Leben der Völker; der Krieg sei ein normales Mittel der Selektion auf dieser Ebene; das Gewaltprinzip führt zur Ausschaltung des auf Naturrecht und Verfassung basierenden Rechtsempfindens und Rechtsdenkens.

- **Nationalismus:** Die nationalistische Denkweise geht einher mit der Abwertung anderer Nationen (=Chauvinismus). Sie stellt Begriffe wie „Volks-“, „Lebens-“ und „Schicksalsgemeinschaft“ in den Mittelpunkt. Mit dem „Germanischen Reich Deutscher Nation“ werde der National-

Die Elemente der NS-Ideologie

- **Sozial- oder Geschichtsdarwinismus:** Hitler überträgt die Lehre von Charles Darwin, dass sich in der Tierwelt nur der Stärkste durchsetzt („survival of the fittest“), ohne Berücksichtigung menschlicher Fähigkeiten und Verhaltensnormen auf den Menschen und verfälscht sie dadurch.
- **Rassenlehre:** Die Menschheit wird in höhere und niedere Rassen eingeteilt. An der Spitze stehe die arische bzw. deutsch-germanische (nordische) Rasse mit ihren spezifischen Charakteristika Schönheit, hoher Wuchs, blaue Augen, blonde Haare, Tapferkeit, edle Gesinnung. Zwischen den Rassen existiere ein permanenter Kampf. Unterwerfung und Vernichtung der „minderwertigen“ Rasse seien „natürlich“. Die wesentliche Aufgabe des Staates sei die Reinerhaltung der Rasse.
- **Antisemitismus:** Zuspitzung der NS-Rassenlehre. Da das „minderwertige Judentum“ die Reinheit

sozialismus die deutsche Nation zu ihrer vorherbestimmten Vollendung (=Weltmacht) führen.

- **Imperialismus:** Erhaltung und Ausbau der Macht durch Eroberung und Unterwerfung seien für ein starkes Volk, eine starke Rasse „legal“. Hauptziel der imperialistischen Politik eines Staates sei es, seinem Volk den notwendigen Lebensraum zu erkämpfen und zu sichern.
- **Militarismus:** Er richtete sich nicht nur nach außen, sondern war auch im Inneren das bestimmende Strukturprinzip.
- **Sozialismus** hat nichts mit dem marxistischen Sozialismus zu tun. Er geht vom lateinischen Wort „socius“ (Bundesgenosse, Verbündeter) aus und hat die einheitliche Volksgemeinschaft zum Ziel.



Monokratie oder Polykratie?

Im Rückblick erweckt das Dritte Reich **zunächst** den **Eindruck eines** rational und perfekt durchorganisierten, **monolithischen** (= aus einem Stück; eine untrennbare Einheit bildend) **Systems** totalitärer Herrschaft. Eine genauere Betrachtung der Machtverteilung und Machtausübung auf allen Ebenen unterhalb des Führers macht jedoch deutlich, dass es sich keineswegs um ein totalitäres System im strengen Sinne des Wortes handelte. Zwar erweckt die in Hitler personifizierte Einheit von Staat und Partei durchaus diesen Anschein, doch waren beide Bereiche viel weniger miteinander verzahnt, als dies bis 1989/90 in den Ostblockstaaten der Fall war, wo es zwischen beiden Bereichen und innerhalb der Partei weder Kompetenzüberschneidungen noch Konkurrenz gab. Da im **Dritten Reich** die Existenz und die **Kompetenzvielfalt** miteinander **konkurrierender Staats- und Parteiämter** unübersehbar ist, spricht die heutige Forschung von einer das „Gefüge des Dritten

Reichs kennzeichnenden **Ambivalenz** [hier: Gegen-einander] von monokratischen und polykreatischen Elementen, die ihre Orientierung stets und ausschließlich in der Persönlichkeit und Politik Hitlers fanden.“

Dieses Gegen- und Nebeneinander von Ämtern, Institutionen, Persönlichkeiten und Machtfunktionen wurde **von Hitler bewusst geschaffen**, da sich nach seiner Meinung die Schlüsselfunktion eines Diktators in erster Linie auf derartige konkurrierende Machtgruppen stützte. Diese bewusste Schwächung der Funktionsfähigkeit des Staates ermöglichte es ihm, seine persönliche Allmacht und Unersetzunglichkeit und seine überragende Stellung als Führer, Programmatiker und Integrationsfigur immer wieder deutlich zu machen.

Erziehung, Kultur- und Außenpolitik als Belege polykreatischer Elemente

Auf dem Sektor der Erziehung und der Kultur konkurrierten miteinander das von Goebbels geführte „Ministerium für Propaganda und Volksaufklärung“, das Erziehungsministerium, der „Beauftragte des Führers für die Überwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ und das „Schulungsamt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP“. Außenpolitik wurde von folgenden Ämtern bzw. Stellen betrieben: Vom Außenministerium, dem Außenpolitischen Amt, den Auslandsorganisationen der NSDAP, dem „Volksbund für das Deutsche im Ausland“ und der „Volksdeutschen Mittelstelle“ (seit 1938).

Sonderbeauftragte und Sondervollmachten

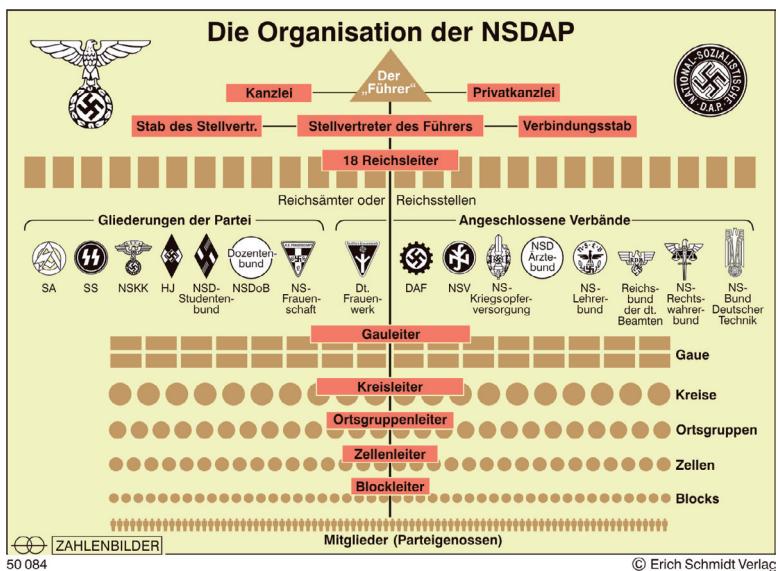
Sie waren ebenfalls Elemente der bewussten Polykratie. Zu ihnen gehörten z. B.: Der „Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen“, der „Reichskommissar für den Arbeitsdienst“, der „Jugendführer des Deutschen Reichs“, der „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“.

Hermann **Göring** hatte aufgrund zahlreicher Funktionen eine große Machtfülle. Er war preußischer Ministerpräsident, Innenminister, Reichskommissar für die Luftfahrt, Reichsluftfahrtminister, Reichsjäger- und Reichsforstmeister sowie Beauftragter des Vierjahresplans. Außerdem betrieb er als enger Vertrauter Hitlers NS-Bündnispolitik. Martin **Bormann**, Reichsleiter der NSDAP und damit Hitlers Sekretär, war aufgrund des engen Kontakts zu Hitler eine „graue Eminenz“.

Diese Kompetenz- und Konkurrenzvielfalt kritisierte Goebbels 1943 folgendermaßen: „Wir leben in einem Staatswesen, in dem die Kompetenzen sehr unklar verteilt sind. Daraus entwickeln sich die meisten Zwistigkeiten unter den führenden Personen wie unter den führenden Behörden ... Die Folge ist eine völlige Direktionslosigkeit in der deutschen Innenpolitik.“



Die vertikale Erfassung der Bevölkerung



Hitler über Beeinflussung und Erziehung (1938)

„Diese Jugend, die lernt ja nichts anders als deutsch denken, deutsch handeln! Und wenn diese Knaben mit 10 Jahren in unsere Organisation hineinkommen ... dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre ... Dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK [Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps] usw. Und wenn sie dort zwei Jahre oder eineinhalb Jahre sind und noch nicht ganz Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder 6 und 7 Monate geschliffen. ... Und was dann nach 6 und 7 Monaten noch an Klassenbewusstsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre, und wenn sie nach zwei, drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS usw., und dann werden sie nicht mehr frei ihr ganzes Leben.“

(In: Werner Loch/Alfonso Hoffmann: Stundenvorbereitung. Der Nationalsozialismus in Unterrichtsbildern, Frankoniushaus, Limburg 1977, S. 84)

Mittel und Methoden der Indoktrination

Die Reichskulturkammer unter Joseph Goebbels schaltete Medien, Kunst, Literatur und Musik gleich und kontrollierte sie. Sie entschied, was „deutsche“ oder „entartete“ Kunst war. Sie überwachte die „völkisch gesunde“ Einstellung, schrieb den Journalisten praktisch vor, über was und wie sie zu schreiben hatten. Als Faustregel galt, was Goebbels so beschrieb: „Was dem Nationalsozialismus dient, ist gut und muss gefördert werden, was ihm schadet, ist schlecht und muss beseitigt werden.“ Kunst und Literatur behandelten vornehmlich völkische Themen („Blut-und-Boden-Literatur“). Die Architektur trug riesige Prachtbauten bei, die die Omnipotenz (Allmacht) des Regimes demonstrierten sollten. Kundgebungen, Massenveranstaltungen und Reden hatten drei Ziele: Dokumentation der Macht und Größe Deutschlands, Demonstration der Einheit von Volk und Partei und die Integration des Einzelnen in die Volksgemeinschaft.



Die Erschließung neuer Geldquellen

Das zentrale Problem der NS-Wirtschaft bestand darin, ausreichend Geld zum raschen Aufbau der Industrie, speziell der Rüstungsindustrie, zu beschaffen, ohne eine Inflation in Gang zu setzen und das Eingreifen der Siegermächte zu provozieren. Dieses Problem wurde von **Hjalmar Schacht**, der Zentralfigur der nationalsozialistischen Wirtschaft, bereits 1934 mit Hilfe der **Mefo-Wechsel** in typischer Art und Weise gelöst. Die Reichsbank, die Reichswehr und vier große Rüstungskonzerne (Krupp, Siemens, Rheinmetall und Deutsche Werke), die zusammen ca. 75% der Rüstungswirtschaft kontrollierten, gründeten die Scheinfirma „**Metallurgische Forschungs-GmbH**“ (**Mefo**). Über sie ließen die Rüstungsaufträge, die mit Mefo-Wechseln bezahlt wurden. Diese wiederum sollten nach fünf Jahren bei der Reichsbank, die ihren Wert garantierte, eingelöst werden. Sie konnten jedoch auch nach einer mehrmonatigen Sperrfrist sofort bei der Reichsbank eingelöst werden. Dies geschah je-

doch praktisch nicht, da diese Zahlungsmittel nahezu ausschließlich an Firmen gingen, die vom rüstungstechnisch bedingten Aufschwung direkt profitierten und es deshalb vermieden, Skepsis gegenüber derartigen Praktiken zu zeigen. Auf diese Weise wurde bis April 1938, als die Mefo-Wechsel durch andere kurzfristige Papiere ersetzt wurden, eine **Nebenwährung** von ca. 12 Mrd. Reichsmark geschaffen. Sie wurde vor allem für Erprobung und Produktion in Schlüsselindustrien (Eisen-, Stahlzeugung, Auto-, Flugzeug- und Maschinenbau) investiert, ohne dass sie den normalen Finanzhaushalt belastete. Diese Investitionen waren nicht nur die Voraussetzung für die militärische Wiedererstarkung, sie schufen auch Arbeitsplätze und trugen dadurch zur wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung bei. Allerdings profitierte die NS-Wirtschaft sehr stark davon, dass Hitler die Macht übernommen hatte, als diese nahezu auf dem wirtschaftlichen Tiefpunkt angelangt war und statistisch signifikante Veränderungen deshalb rasch zu erzielen waren.

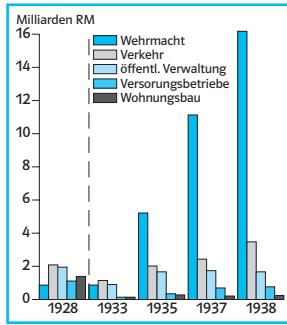
Der Vierjahresplan von 1936

In seiner geheimen Denkschrift dazu führte Hitler aus: „Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! ... Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Aufrüstung und vor allem in der geistigen Erziehung zur ersten [d. h. zur bes-

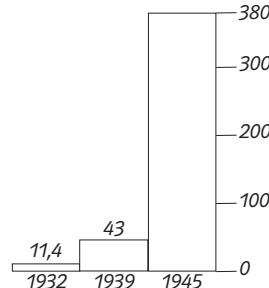
ten] Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein.“ Am Ende seiner Denkschrift nannte er die beiden Aufgaben, die der Vierjahresplan erfüllen müsse: Die deutsche Wehrmacht müsse in 4 Jahren einsatzbereit und die deutsche Wirtschaft kriegsfähig sein. Göring erklärte in einer Ministerbesprechung Anfang September 1936: „Alle Maßnahmen haben so zu erfolgen, als ob wir uns im Stadium der drohenden Kriegsgefahr befinden.“

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland (in Mio.):

	Jan.	Juli
1927		1,00
1928	1,86	1,01
1929	2,85	1,25
1930	3,22	2,76
1931	4,89	3,99
1932	6,04	5,39
1933	6,01	4,46
1934	3,77	2,42
1935	2,55	1,61
1936	2,04	1,05
1937	1,30	0,56



Öffentliche Investitionen im Deutschen Reich (in Milliarden RM)



Staatsverschuldung des Deutschen Reiches (in Mrd. RM)



Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Außenpolitik

Die Außenpolitik der Weimarer Republik, gleichgültig von welchen Politikern und Parteien sie bestimmt wurde, sah ihr wesentliches Ziel darin, durch Revision eine „Entschärfung“ oder gar eine völlige Aufhebung des Versailler Vertrages zu erreichen. Diese kontinuierlich verfolgte Politik geht von Rapallo (1922) über Locarno (1925), den Eintritt in den Völkerbund (1926), den deutsch-sowjetischen Vertrag (1926), den Forderungen der Kanzler Brüning, Papen und Schleicher bis hin zu Hitler. Aus diesem Grunde muss für Zeitgenossen und auch für ausländische Beobachter die **Kontinuität das hervorstechendste Charakteristikum der deutschen Außenpolitik von 1918 bis 1939** gewesen sein.

Aus heutiger Sicht erweist sich diese Kontinuität der politischen Forderungen, territorialen und machtpolitischen Zielen als unbestreitbar. Der Historiker K. Hildebrand stellte 1973 fest: „Hitlers

nalen Gründen oder weil der Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ vermieden werden sollte.

Hitlers äußerenpolitischer Stufenplan

Hitler ging in seiner Außenpolitik von der Maxime aus, dass Deutschland entweder eine Weltmacht oder gar nicht sein werde. Den Aufstieg zur Weltmacht wollte er in folgenden Stufen realisieren:

1. **Erringung der Macht** im Inneren und ihre Stabilisierung als Voraussetzung für eine machtbewusste Außenpolitik
2. **Hegemonie in Zentraleuropa** durch ein Kontinentalimperium mit einem festen machtpolitischen und „wehrwirtschaftlichen“ Rückhalt im „europäischen Ostraum“. Goebbels forderte 1943 die möglichst schnelle „Liquidierung“ des europäischen „Kleinstaatengerümpels“ (Tagebuch-Eintragung vom 8.5.). Ziel des Krieges sei ein einheitliches Europa, das das Deutsche Reich beherrschen werde. „Von da ab ist praktisch der Weg zu einer Weltherrschaft vorgezeichnet. Wer Europa besitzt, der wird damit die Führung der Welt an sich reißen.“
3. Danach **Gewinnung eines kolonialen „Ergänzungsraums“ in Afrika** bei gleichzeitigem Auf-

„Programm‘ aber integrierte prinzipiell alle seit Bismarcks Tagen in der deutschen Gesellschaft vorhandenen politischen Forderungen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten und sozialpsychologischen Erwartungen.“ Betrachtet man jedoch speziell die **Mittel und Methoden der NS-Außenpolitik** ist ein **Bruch** festzustellen. Hitlers Lebensraumpolitik kalkulierte den Krieg bzw. (wie er ihn umschrieb) das „Brechen von Widerstand unter Risiko“ als feste Größe, als „normales politisches Mittel“ von Anfang an ein und betonte ideologisch dessen Auselesecharakter im Bereich der Völker und Nationen. **Hitler** forcierte die Eskalation politischer Verhältnisse bewusst und **plante und realisierte den Krieg systematisch**. Deshalb muss der **30.1.1933** heute unter dem Aspekt der außenpolitischen Mittel und Methoden als **Zäsur** betrachtet werden, auch wenn die Neuartigkeit, die Radikalität dieser Politik von den in- und ausländischen Zeitgenossen nicht erkannt werden konnte und in den Fünfzigerjahren nicht offen gelegt wurde, entweder aus emotio-

bau einer starken Flotte. Hegemonie und Kolonien sollten Deutschland zur Weltmacht neben den USA, Großbritannien und Japan machen.

4. Für die folgende Generation erwartete Hitler einen **Entscheidungskampf** um die Weltherrschaft zwischen den beiden bedeutendsten Weltmächten, den **USA und Deutschland**. Hierfür sollte die Neutralität Japans durch das Zugeständnis einer östlichen Interessensphäre und nach Möglichkeit ein Bündnis mit dem „germanischen“ Großbritannien erreicht werden.

Das Scheitern des Stufenplans

Dieser Stufenplan Hitlers, der in seiner Entwicklung bis 1925 völlig abgeschlossen war und von da an nicht mehr verändert wurde, stellte eine **völli-ge Abkehr von allem bisher Dagewesenen** dar. In dieser Konzeption spielte Großbritannien die entscheidende Rolle. Mit dessen Kriegseintritt, den Hitlers bis zuletzt als unwahrscheinlich angesehen hatte, und mit dem Kriegseintritt der USA war das Programm nicht mehr wie geplant durchzuführen und damit zum Scheitern verurteilt.



Das Hoßbach-Protokoll

Anfang September 1936 führte Göring in einer Kabinettsitzung aus: „Sie [die geheime Denkschrift] geht von dem Grundgedanken aus, dass die Auseinandersetzung mit Russland unvermeidbar ist.“ Am **5.11.1937** erläuterte Hitler der Wehrmachts spitze seine außenpolitischen Vorstellungen, über die Oberst **Hoßbach** ein **Protokoll** anfertigte: Ziel sei die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung; somit handele es sich um das Problem landwirtschaftlich nutzbaren Raums. Jede Raum erweiterung sei nur durch das **Brechen von Wider stand** und **unter Risiko** möglich. Da sich der Rüstungsvorsprung des Deutschen Reichs gegenüber den Westmächten nach **1943/45** verringere, sei dies der **äußerste Zeitpunkt für den Kriegsbeginn**. Ein früherer sei gegeben, wenn Frankreich in eine innenpolitische Krise oder gar in eine militärische Auseinandersetzung gerate.

Der „Anschluss“ Österreichs

Nach einem missglückten Putschversuch (1934) der österreichischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) vereinbarten Österreich und das Deutsche Reich 1936 die Regierungsbeteiligung der DNSAP. Als dies nicht geschah, verschärfe Hitler den Druck. Am 12.2.1938 drohte er dem österreichischen Kanzler Schuschnigg unverhüllt mit militärischen Maßnahmen. Dieser gab nach, wollte die Unabhängigkeit Österreichs aber durch eine Volksabstimmung erhalten. Sie sollte das Bekenntnis zu einem „freien und deutschen, unabhängigen und sozialen, christlichen und eignigen Österreich“ zum Ergebnis haben. Dies betrachtete Hitler als „Verrat“. Unter Androhung militärischer Maßnahmen erzwang er die Übergabe der Regierung an den Innenminister Seyß-Inquart (DNSAP). Auf dessen „Bitte“ hin marschierten am 12.3.1938 deutsche Truppen ein.

Das Münchener Abkommen

Die nationalsozialistische Sudetendeutsche Partei unter ihrem Vorsitzenden Konrad Henlein stellte immer höhere Forderungen an die tschechoslowakische Regierung und wurde dabei von der NSDAP Presse unterstützt. Im Sommer 1939 kam es zu Kriegsdrohungen auf beiden Seiten. **Mussolini initiierte die Viermächtekonferenz. In München** beschlossen Daladier (französischer Ministerpräsident), Chamberlain (britischer Premierminister) sowie Hitler und Mussolini am **29.9.1938** ohne Beteiligung der Tschechoslowakei die **Abtretung des Sudetenlands an das Deutsche Reich**. Mit diesem Abkommen, das der **Höhepunkt der britischen Appeasementpolitik (= Beschwichtigungspolitik)** war, glaubten die Westmächte den Frieden gerettet zu haben.

„Die Erledigung der Restschechei“

Unmittelbar nach dem Münchener Abkommen wies Hitler die Wehrmacht an, die „tschechische Frage“ endgültig zu lösen. Im Frühjahr 1939 ging er zu unverhüllten militärischen Drohungen gegenüber Prag über. Deshalb legte am **15.3.1939** der

tschechoslowakische Staatspräsident Hacha „das Schicksal des tschechischen Volkes vertrauensvoll in die Hände Hitlers“. Am folgenden Tag besetzten deutsche Truppen die CSR. Böhmen und Mähren wurden als „Protektorat“ (= Schutzgebiet) an das Deutsche Reich angegliedert, die Slowakei wurde ein deutscher Satellitenstaat.

Der Hitler-Stalin-Pakt

(Auch: Molotow-Ribbentrop-Pakt). Hitler brauchte die UdSSR, um bei der „Lösung der polnischen Frage“ einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Als sich die Verhandlungen hinzogen, da Stalin auch von den Westmächten umworben wurde, die inzwischen ihre Appeasementpolitik aufgegeben und den Bestand Polens garantiert hatten, forcierte Hitler die Verhandlungen. In einem **geheimen Zusatzprotokoll** zum Nichtangriffspakt legten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären in Polen und Osteuropa „für den Fall eines Krieges“ fest. Der Hitler-Stalin-Pakt besiegelte das Schicksal Polens und trug wesentlich zum Ausbruch des Krieges bei.



Die „Entfesselung“ des Zweiten Weltkrieges

Der Krieg gegen Polen begann mit einem vorgefälschten Überfall polnischer Soldaten auf den deutschen Radiosender Gleiwitz am 1.9.1939 ohne Kriegserklärung. Aufgrund dieser zielgerichteten Auslösung des Krieges durch das Deutsche Reich verwendet die Fachliteratur den Begriff „Entfesselung“, der die Kriegsschuldfrage unmissverständlich klärt. Am 3. September stellte die britische Regierung ein auf zwei Stunden befristetes Ultimatum, die deutschen Truppen zurückzuziehen. Noch am selben Tag erklärten die Westmächte dem Deutschen Reich den Krieg.

Der Westfeldzug

Am 24.5.1940 gab **Hitlers Haltebefehl** den Westmächten die Möglichkeit, ca. 340 000 Soldaten aus dem Kessel von Dünkirchen zurückzuziehen. Hitler traf diese unverständliche Maßnahme, die ein **kapitaler taktischer Fehler war**, wohl, um das „germanische“ Großbritannien doch noch zu einer Ko-

mes), **militärische** (Zerstörung der Hoffnung Englands auf eventuelle sowjetische Hilfe; Befreiung Japans vom sowjetischen Druck und Bindung der USA durch Japan im Pazifik) und **ideologisch-politische** (Ausrottung der „jüdisch-bolschewistischen“ Führungsschicht der UdSSR, der Juden in Ost- und Mitteleuropa; Unterwerfung, Versklavung der slawischen Bevölkerung).

Der Charakter des Ostfeldzugs

Der Ostfeldzug ist mit dem Krieg im Westen nicht vergleichbar. Während dieser ein „Normalkrieg“ war, war der Ostfeldzug von Anfang an ein **rassenideologischer grausamer Vernichtungs- und Ver-sklavungskrieg**. Daran hatte vor allem die SS durch die von ihr errichteten und betriebenen Massenvernichtungslager sowie durch ihr brutales Vorgehen gegen die polnische und sowjetische Zivilbevölkerung entscheidenden Anteil. Beide Seiten hielten sich von Anfang nicht an die bisher gültigen Regeln des Krieges, weshalb Partisanentätigkeit und grausame Vergeltungsmaßnahmen den Charakter des Ostfeldzugs maßgeblich bestimmten.

lition gegen den Bolschewismus zu bewegen. Der unerwartet schnelle **Sieg gegen Frankreich** hatte eine Reihe von **Auswirkungen**: Hitlers Prestige wuchs noch mehr („größter Feldherr aller Zeiten“), er befand sich auf dem Höhepunkt seiner Macht und die Vormachtstellung des Deutschen Reichs auf dem Kontinent schien unerschütterlich. Die Generalität geriet gegenüber dem „genialen Feldherrn“ Hitler immer mehr ins Hintertreffen. Der Führer überschätzte immer mehr die eigenen Fähigkeiten und unterschätzte die Kampfbereitschaft Großbritanniens.

Warum überfiel Hitler die UdSSR?

Am **21.6.1941** erfolgte auf Befehl Hitlers (ohne Kriegserklärung) der Überfall auf die UdSSR („**Unternehmen Barbarossa**“). Für die unerzwungene Eröffnung des Zweifrontenkriegs gibt es **wirtschaftliche Motive** Hitlers (rumänisches Erdöl, „Kornkammer Ukraine“, sowjetische Rohstoffquellen, Verwirklichung des Lebensraumprogramms)

Die Verschwörungstheorien um Pearl Harbor

Der japanische Angriff auf Pearl Harbor bewirkte den Kriegseintritt der USA. Heute wird von Historikern vielfach angenommen, dass Präsident Roosevelt die Auseinandersetzung mit Japan um die Hegemonie im pazifischen Raum bewusst angestrebt hat. Oft wird auch mit gewichtigen Belegen behauptet, dass der Überfall für die amerikanische Führung nicht überraschend gewesen sein kann. Jedenfalls erwies sich der Überfall als idealer Stimmungsmacher für einen von Roosevelt geplanten amerikanischen Kriegseintritt. War vor Pearl Harbor die große Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung der Meinung, die USA sollten sich aus „den europäischen Händeln“ heraushalten, so war der Krieg gegen Japan nach dem 7.12.1941 eine „Sache der nationalen Ehre“.



Der nationalsozialistische Terror in Deutschland

Der **Terror** in Deutschland, den in erster Linie Gestapo, SA und SS ausübten, **betrifft politische Gegner, Juden und Minderheiten**. Sie wurden als „artfremd“, als „Schmarotzer“, „Parasiten“ oder „Volksschädlinge“ angesehen, inhaftiert, unmenschlich behandelt und/oder ermordet. Haftgründe waren Opposition, Widerstand, rassistische Gründe (Juden, Sinti, Roma), „sittliche“ (z. B. Homosexualität), religiöse (z. B. Zeugen Jehovas), gesundheitliche (Behinderte, psychisch Kranke), „Renitenz“, „Unerziehbarkeit“, „Kriminalität“, „Arbeitsverweigerung“, „Arbeitsbummelei“, Sabotage, Verweigerung des HJ- oder BdM-Dienstes, Zugehörigkeit zu verbotenen oder missliebigen Jugendorganisationen („Swing-Jugend“, „Edelweiß-Piraten“, „Wandervögel“ oder konfessionelle Jugendgruppen). Für die Inhaftierung wurden (seit 1933) **Konzentrationslager** errichtet. Sie waren in **Deutschland Sonderlager** für alle, die sich nicht in den NS-Staat einfügten oder aus rassistischen, ethnischen oder individuellen Gründen.

Die **Nürnberger Gesetze** (16.9.1935) schufen die pseudorechtliche Grundlage der zielgerichteten Judenverfolgung: Das Reichsbürgergesetz bestimmte, dass nur Reichsbürger (= „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“) die vollen politischen Rechte besitzen. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot die Eheschließung und den Geschlechtsverkehr zwischen Juden und deutschen Staatsbürgern. Bereits bestehende Ehen mussten aufgelöst werden. Der Unrechtscharakter dieser Gesetze (und damit des Dritten Reichs) ergibt sich auch daraus, dass sie „Strafbestände“ rückwirkend bestraften.

Die **systematische Einengung des Lebens- und Freiheitsraums** der Juden begann 1938. Sie ist gekennzeichnet durch Berufs-, Besitz-, Aufenthalts- und Nutzungsverbote sowie durch diskriminierende Maßnahmen (zusätzliche Zwangsnamen „Sarah“ oder „Israel“, Kennzeichnung von Ausweisen und Pässen durch ein „J“). Ein erster Höhepunkt

den nicht zur NS-Ideologie passten. Im Osten Europas waren diese Lager **Massenvernichtungslager**. Personen konnten ohne Rechtsgrundlage in ein KZ eingewiesen werden. Dort waren sie bedingungslos der Gewalt der SS, der Gestapo oder Aufsichtsführender Schwerkrimineller ausgeliefert. Prügelstrafen, Erschlagen, Erhängen und grausamste Folterungen gehörten zu den alltäglichen Methoden der „Behandlung“.

Die Judenverfolgung

Sie lässt sich je nach Intensität in **vier** sich überlappende **Phasen** einteilen:

Hetze und Terror bestimmten das Leben der Juden in den ersten Jahren des Dritten Reichs. Es gab vereinzelte Maßnahmen und Aktionen gegen jüdische Kaufhäuser, Geschäfte und Personen. Sie umfassten neben der Entlassung als Beamte Boykottaufrufe, Drohungen sowie die Diskriminierung und Ausgrenzung jüdischer Künstler, Gelehrten und Literaten.

war die von Goebbels inszenierte „Reichskristallnacht“ (NS-Begriff, korrekt: Reichspogromnacht): Bei den antijüdischen Ausschreitungen wurden am 9./10. November 1938 Synagogen und jüdische Geschäfte zerstört, Juden misshandelt und ermordet. In der Folgezeit wurde die Gettoisierung der Juden systematisch betrieben und 1941 ihre Auswanderung verboten.

Die „**Endlösung**“ (NS-Begriff) wurde auf der Wannsee-Konferenz (20.1.1942) beschlossen. Sie bedeutete die systematische Erfassung aller Juden in Deutschland und den besetzten Gebieten und ihren Abtransport in die in Polen gelegenen Vernichtungslager Majdanek, Sobibor, Chelmno, Belzec, Treblinka, Auschwitz. Dort wurden sie durch unmenschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen, durch Erschießung oder Vergasung massenweise ermordet. Insgesamt wurden ca. 5 Mio Juden im Holocaust (griech. Holocaustos = völlig vernichtet, auch: Genozid, lat. Völkermord) ermordet.



Ursachen und Formen des Widerstands

Widerstand gegen ein diktatorisches Regime hat viele Wurzeln. Er kann aus ethnisch-nationalen, gesellschaftlichen, politischen, wertkonservativen, religiösen, ethischen oder individuellen Gründen verübt werden. Konkrete **Ursachen des Widerstands** im Dritten Reich waren: Die Beseitigung der Demokratie, die Verfolgung von Andersdenkenden und Minderheiten, die generelle Missachtung menschlicher Freiheit und Würde, die Anzettelung und Ausweitung des Kriegs, die aussichtslose militärische Lage bzw. die Chance eines erträglichen Friedens sowie die Dokumentation gegenüber dem Ausland, dass es auch „andere“ Deutsche gab. **Formen des Widerstands** waren die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Gegenmodelle zum Dritten Reich, Verweigerung von Befehlen, Sabotage, die Verteilung von Flugblättern, das Anbringen von Wandparolen oder Attentatsversuche.

am 10.11.1944 dreizehn „Edelweißpiraten“ in Köln-Ehrenfeld zur Abschreckung öffentlich gehängt. Die bekannteste jugendliche Widerstandsgruppe war die an der Münchner Universität entstandene „Weiße Rose“. Führende Mitglieder waren die Geschwister Hans und Sophie Scholl, Willi Graf, Alexander Schmorell und Christoph Probst. Die „Weiße Rose“ baute Kontakte zu Widerstandsgruppen anderer Universitäten auf, verurteilte durch Flugblätter den NS-Terror und die Unfreiheit des NS-Staates. Sie wurde im Februar 1943 von der Gestapo zerschlagen, ihr Kern hingerichtet.

Die Bewertung des Widerstands

Trotz zahlreicher Widerstandsgruppen und ca. vierzig Versuchen Einzelner oder Gruppen Hitler zu töten, z. B. Attentat am 20.7.1944 durch Oberst von Stauffenberg, entstand **kein einheitlicher, wirksamer Widerstand**. Dafür gab es folgende

Opposition und Widerstand der Jugend

Trotz aller Indoctrination konnte die NSDAP den **Widerstand Jugendlicher** nicht verhindern. Er **richtete sich** in erster Linie **gegen die totale Vereinnahmung** durch den Nationalsozialismus **und** die Uniformität der Hitler-Jugend. Jugendlicher Widerstand **äußerte sich** meist in provokativ **unangepasstem Verhalten** (lange Haare, auffällige, unmittelbare Kleidung, Bevorzugung amerikanischer Swing- und Jazzmusik), in Schlägereien mit der HJ, gewaltsamen Protesten und kleineren Sabotageakten. Die Jugendlichen lehnten reglementierte Freizeitgestaltung, militärische und autoritäre Strukturen ab und gaben sich Namen, die ihre Unangepasstheit und ihr Freiheitsideal verdeutlichten („Navajos“, „Piraten“ etc.). Vor allem in Großstädten, im Rheinland und im Ruhrgebiet bildeten sich derartige Jugendgruppen, die sich nach ihrem Erkennungszeichen „Edelweißpiraten“ nannten. Das NS-Regime ging gegen derartige „verwahrloste“ Jugendliche mit großer Brutalität vor. So wurden z. B.

Gründe: Die totale Überwachung und Bespitzelung des nationalsozialistischen Polizeistaats, die Außerkraftsetzung der Grundrechte, die Ausschaltung des Parlaments und der Parteien, die Zerrissenheit der Arbeiterschaft, die Gleichschaltung der Presse, die Vereidigung der Reichswehr auf Hitler sowie dessen innen- und außenpolitische Anfangserfolge. Entscheidend war wohl, dass die Mehrheit der Deutschen traditionell obrigkeitshörig und zudem von der NS-Propaganda massiv beeinflusst war. Deshalb konnte von ihr weder Verständnis noch Unterstützung erwartet werden. Die **Bedeutung des Widerstands** lag deshalb in erster Linie in der Dokumentation, dass nicht alle Deutschen Nationalsozialisten waren bzw. das Regime mittrugen.



Vergangenheit, die nicht vergehen will

Die Auseinandersetzung mit den Gräueltaten des Dritten Reichs, die Öffnung der Konzentrationslager, der Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sowie die Behandlung des Nationalsozialismus in den Medien und der Literatur lösten eine **bis heute andauernde** intensive öffentliche, publizistische, rechtliche und moralische **Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus** aus. Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren geprägt von der Diskussion um die **Kollektiv- oder unterschiedlich große Teilschuld der Deutschen**. Die entscheidende Frage war: Wer war schuld? Alle Deutschen oder nur die Generation der Eltern und Großeltern? War es das deutsche Bürgertum (Kleinbürgertum?), nur ein paar Verbrecher unter einer im Ganzen anständig gebliebenen Nation, oder war es gar nur Hitler? Im Sinne der Kollektivschuld bekannte sich z.B. die evangelische Kirche zu einer „Solidarität der Schuld“ mit dem deutschen Volk („Stuttgarter Bekennnis“, Oktober 1945). Die Gegner der Kollek-

terschiedlichen Gründen verdrängten. Diese Einstellung änderte sich erst, als mit der **Fernsehserie „Holocaust“** (1979) die Judenverfolgung zu einem medialen Großereignis wurde. In der Folgezeit wurde die öffentliche Diskussion und Aufarbeitung des Dritten Reichs immer wieder von Filmen (z.B. „Schindlers Liste“, 1994), Veröffentlichungen Betroffener (z.B. Victor Klemperers Tagebücher) oder umstrittenen Forschungsergebnissen (z.B. Daniel Goldhagens „Hitlers willige Vollstrekker“, 1996) angefacht. Die umfassende Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus bestätigte indes die Feststellung des Historikers Sebastian Haffner: „Man kann suchen, solange man will, man findet in der Geschichte nichts Vergleichbares.“

Der Historikerstreit

In den Sechziger- und Siebzigerjahren relativierten einige **angelsächsische Historiker** die Schuld Hitlers und sprachen von dem durch die Alliierten „erzwungenen“ Krieg (Taylor, A.J.P.: *The Origins of the Second World War, 1961*; Hoggan, D.: *Der erzwungene Krieg, 1961*; Irving, D.: *Hitler's War, 1977*). Sie stellten u.a. die Behauptung auf, Hitler habe von der „Endlösung“ nichts gewusst. Damit lösten sie

tivschuld lehnten sie ab, da es kein Kollektivgewissen als Voraussetzung für eine Kollektivschuld gebe (Martin Niemöller) und weil sie nicht zwischen Tätern, Gegnern des Dritten Reichs und dessen Opfern unterscheide. Auffallend ist, dass viele Deutsche diese Problematik zunächst lange Zeit aus un-



© Hanel/Baaske Cartoons

in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik eine heftige Diskussion um die „Einzigartigkeit“ der nationalsozialistischen Judenvernichtung aus. Die „**Revisionisten**“ (Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Michael Stürmer) forderten einen detaillierten Vergleich mit ähnlichen oder gleichen Massenverbrechen, z.B. mit denen der Russischen Revolution, der stalinistischen UdSSR oder des kambodschanischen Pol Pot-Regimes. Dagegen betonten die „**Kritiker der Revisionisten**“ (Jürgen Habermas, Rudolf Augstein u.a.) die Einzigartigkeit des Holocaust und lehnten jeglichen Vergleich strikt ab, da er auf eine „Verrechnung“ hinauslaufe und einen der Vergleichsgegenstände als „weniger schlimm“ erscheinen lasse. Der Holocaust sei so einzigartig, dass ein Vergleich automatisch eine Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Verbrechen bedeute und die historische Verantwortung der Deutschen in ungerechtfertigter Weise verringere. Die **neutrale Position** vertrat Immanuel Geiss: Ein Vergleich müsse möglich sein, zumal er nicht automatisch zu einer Gleichsetzung bzw. Relativierung führe.



Die Entstehung der Allianz der Alliierten

- Lange vor ihrem Kriegseintritt (Dezember 1941) hatten sich die USA trotz ihres Neutralitätsge setzes von 1935 stark für die Westmächte engagiert und vor allem Großbritannien militärotech nisch und ideologisch-propagandistisch massiv unterstützt.
- **6.1.1941:** Präsident Franklin D. Roosevelt verkün dete die grundlegenden menschlichen „**Vier Frei heiten**“: Rede-, Meinungs-, Religionsfreiheit und Freiheit von Not, auf die eine künftige Weltfriedensordnung gegründet sein sollte. Damit betonte er indirekt die Notwendigkeit materieller Unterstützung der demokratischen Westmächte in ihrem Kampf gegen den Faschismus bzw. die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan.
- **11.3.1941:** Der US-Kongress verabschiedete das **Leih- und Pachtgesetz** (engl. Lend-Lease-Act). Es ermächtigte den Präsidenten, die Westmächte – und seit August 1941 auch die UdSSR – mit

kriegsnotwendigem Material und mit Waffen auch leihweise zu beliefern.

- **14.8.1941:** Churchill und Roosevelt beschlos sen und veröffentlichten auf einem britischen Schlachtschiff im Atlantik ein gemeinsames Kriegszielprogramm, die **Atlantikcharta**. Sie enthielt acht Prinzipien für eine weltweite Nach kriegspolitik: Verzicht auf Annexionen; territoriale Veränderungen nur mit Zustimmung der be troffenen Völker; Selbstbestimmungsrecht aller Völker, vor allem bei der Wahl ihrer Herrschafts formen; freier und gleicher Zugang für alle Na tionen zum Welthandel und den Rohstoffen der Welt; internationale wirtschaftliche Zusammen arbeit; Aufbau einer umfassenden Friedensord nung; Freiheit der Meere; allgemeine Reduzie rung der Rüstung; Entwaffnung der Aggressor staaten und Schaffung eines „umfassenden und dauernden Systems der allgemeinen Sicherheit“.

Die Bedeutung der Atlantikcharta

Die **Atlantikcharta** hatte zweierlei Bedeutung: Die USA verpflichteten sich Monate vor ihrem offiziellen Kriegseintritt zum Kampf gegen das Hitler regime. Die Atlantikcharta, der die UdSSR im September 1941 beitrat, wurde zur **Grundlage der Ver einten Nationen**. Die UdSSR entwertete allerdings ihren Beitritt durch den Vorbehalt, dass die Anwendung dieser Prinzipien sich „notwendigerweise den Umständen, Bedürfnissen und historischen Besonderheiten bestimmter Länder anzupassen habe.“ Trotz der erheblichen ideologischen Ge gen sätze zwischen der kommunistischen UdSSR und den demokratischen angelsächsischen Mächten vereinigten sich die drei Mächte nach dem Eintritt der USA in den Krieg zu einer „unheiligen Allianz“ (s. KK1), mit dem Ziel, Hitler-Deutschland bzw. den Nationalsozialismus zu besiegen.

Die Bipolarität bestimmt die Nachkriegszeit

Nach Erreichen des gemeinsamen Ziels brachen die bisher latenten Konflikte innerhalb der Anti Hitler-Koalition auf. Die Sowjetisierung Osteuropas machte aus den ehemaligen Verbündeten Feinde. Stalin verdeutlichte im April 1945, worum es nun ging: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“ Dadurch wurden die **europäischen Staaten zu Objekten** der Hauptsiegermächte **USA und UdSSR**. Der 1947 einsetzende Kalte Krieg und die Entstehung der Blöcke fror die europäischen Ver hältnisse ein: Der Osten Europas wurde zum „Pro tektorat“ der UdSSR, der Westen zur strategischen Sicherheitszone der USA. Die europäischen Staaten integrierten sich bzw. mussten sich in das westli che oder östliche Lager integrieren. Die **Bipolarität bestimmte** in der Folgezeit **die politischen Verhältnisse weltweit bis zum Zerfall der UdSSR 1990/91**.



Die deutsche Frage als Kernproblem der Alliierten

Seit Stalingrad und der Kapitulation der deutschen Truppen in Nordafrika wurden von britischen und amerikanischen Stellen zahlreiche Überlegungen entwickelt, die bewirken sollten, dass die Welt in Zukunft in Sicherheit vor den Deutschen leben könnte. Die entscheidende Frage hierbei war, ob Deutschland als Gesamtstaat erhalten bleiben sollte, oder ob es besser sei, es in **unabhängige Einzelstaaten** zu zerstücken; oder sollte der „Unruhestifter“ gar in einen **Agrarstaat** zurückverwandelt werden, wie der US-Finanzminister Henry Morgenthau 1944 vorschlug.

Für die späteren Siegermächte USA, Großbritannien und die UdSSR erwies sich die **Deutschlandfrage als komplexes und kompliziertes Problem**, da zahlreiche wichtige Fragen geklärt werden mussten: Erhaltung oder Zerschlagung der staatlichen Einheit; künftige Grenzen; Ausmaß und Modalitäten der Reparationen; Grundzüge des politischen und wirtschaftlichen Neuaufbaus; Einbindung in eine

ging er davon aus, dass Widerstände nicht zu erwarten seien, da die Idee der nationalen Einheit noch nicht alt sei.

Churchill sah und berücksichtigte bereits den grundsätzlichen und nach Kriegsende unvermeidlichen Konflikt zwischen den demokratischen Siegermächten und der kommunistischen UdSSR. Deshalb wollte er zwar **Preußen schwächen, aber ein relativ starkes Deutschland** als Bollwerk gegen den Kommunismus erhalten.

Stalin, der seine langfristigen deutschlandpolitischen Ziele aus begreiflichen Gründen nie konkret äußerte, sah ein möglichst **stark zerstückeltes Deutschland** als „Sprungbrett zum Atlantik“ an.

Jalta – „Teilung der Welt?“

Mit Jalta wurde und wird auch heute noch oft die Vorstellung von der „Teilung der Welt“ verbunden. In den Fünfzigerjahren wurde nach Veröffentlichung der Konferenzprotokolle den USA und Großbritannien mit folgenden „Belegen“ vorgeworfen, der UdSSR zu viel überlassen zu haben: Die von Stalin gewünschte zweite Front in Nordfrankreich, die das weite Vordringen der Roten Armee nach Mitteleuropa ermöglichte; die Aufteilung Südost-

zu schaffende Nachkriegsordnung. Diese Fragen bildeten zwischen 1943 und 1945 den Kern zahlreicher Kriegzielkonferenzen auf unterschiedlichen politischen Ebenen und bestimmten auch das Verhältnis der Alliierten.

Die deutschlandpolitischen Langzeitkonzeptionen der Großen Drei

Die Konferenz von Teheran brachte zum ersten Male konkrete Zerstückelungspläne, die jedoch deutlich machten, dass die Deutschlandpolitik der Siegermächte und die hinter ihren Deutschlandplänen stehenden Langzeitkonzeptionen sehr unterschiedlich waren.

Roosevelt wollte die **dauerhafte wirtschaftliche und politische Schwächung Deutschlands**. Darüber hinausgehende langfristige Vorstellungen hatte er nicht. Seinen Zerstückelungsplan begründete er damit, dass alle Deutschen gleich seien, man also keine Unterschiede bei ihrer Behandlung machen müsse. In Unkenntnis der deutschen Geschichte

eupas in eine sowjetische und eine westliche Interessensphäre sowie die Westverschiebung Polens, die die völkerrechtswidrige Annexion Ostpolens durch die Rote Armee im September 1939 nachträglich sanktionierte. Diese Beurteilung wird von der Mehrzahl der Historiker nicht geteilt. Der bundesrepublikanische **Historiker R. Steininger** stellte 2002 fest: „Tatsache ist, dass **in Jalta Europa bzw. die Welt nicht aufgeteilt** wurde. Es wurde im Gegenteil von Roosevelt und Churchill der Versuch gemacht, diese Teilung zu überwinden, die angesichts der militärischen Realität längst existierte. Die Anklagen ... erkennen die Realitäten in der Endphase des Krieges und die widerstreitenden Interessen, die zwangsläufig zur Kollision führen mussten. Roosevelt und Churchill hatten jedenfalls 1945 nicht die Teilung der Welt zu verantworten. Es begann mit Hitler und dem Hitler-Stalin-Pakt. ... Dass im Laufe des Krieges auf anglo-amerikanischer Seite viel ‚Blauäugigkeit‘, Opportunismus und auch Illusionen im Spiel waren, ist eine andere Sache.“

(Rolf Steininger: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Bd. 1: 1945–1947. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 2002, S. 36f.)



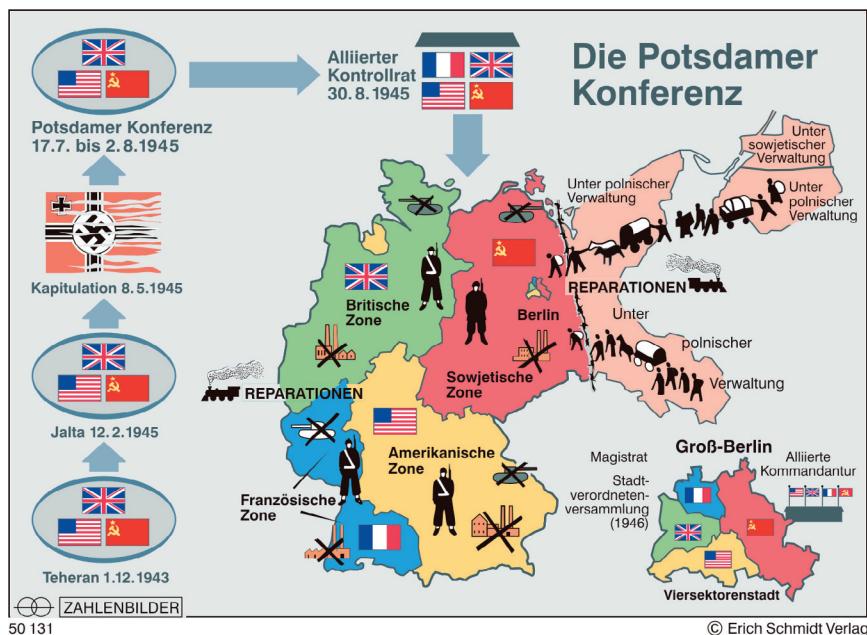
Langfristig wirkende Bestimmungen

Die gemeinsame Verwaltung scheitert an der Einstimmigkeit und am Ost-West-Konflikt. Folge: Keine gemeinsame Deutschlandpolitik. Die wirtschaftliche Einheit wird nicht realisiert und ist deshalb kein Bindeglied für Deutschland. Demokratie: Konträre Vorstellungen führen zur westlich-demokratischen Bundesrepublik Deutschland (BRD) bzw. zur volksdemokratischen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die (provisorischen) territorialen Bestimmungen sieht die UdSSR im Gegensatz zu den Westmächten bald als definitiv an. Damit bleibt die Oder-Neiße-Grenze ein Kernproblem der deutschen und europäischen Politik bis 1990 (s. KK 92).

Die Beurteilung des Abkommens

Potsdam hatte eine Doppelfunktion (Ende der gemeinsamen, Beginn der divergierenden Deutschlandpolitik der Sieger) und war deshalb die wichtigste Konferenz der Anti-Hitler-Koalition. Schnell-

le Einigung wurde bezüglich der Grundsätze der Behandlung Deutschlands erzielt: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Demontage, Dezentralisierung. Streitpunkte waren die Reparationen und die territoriale Frage. Stalin wollte Reparationen aus allen Zonen (vor allem aus dem Ruhrgebiet), was die Westmächte ablehnten. Mit der Teilung in ein westliches und östliches Reparationsgebiet wurde im Prinzip die Teilung Deutschlands beschlossen. Die Aufschiebung der territorialen Frage sowie terminologische und inhaltliche Ungenauigkeiten bzw. Kompromisse ermöglichen später eine konträre Interpretation des Abkommens. Juristisch band es lediglich die sie unterzeichnenden Regierungen. Für die Bundesrepublik und die Westmächte schuf es keine normative staatliche Grundlage; DDR und Ostblock dagegen bewerteten das Abkommen als rechtsverbindlich und als einzige rechtliche Basis für die Entstehung eines „wahrhaft“ demokratischen deutschen Staates.



Die Kapitulation

Am 30. April heroisierte der Reichsrundfunk den Selbstmord Hitlers durch die Meldung, dass der Führer in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzuge für Deutschland kämpfend, gefallen sei. Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai war der von Reichspropagandaminister Goebbels am 19.4.1945 verkündete „letzte Akt eines gewaltigen tragischen Dramas“ zu Ende gegangen. Deutschland und weite Teile Europas boten ein Bild der Zerstörung und des Grauens, die Welt hatte sich durch die zwölf Jahre des „Tausendjährigen Reiches“ (NS-Bezeichnung) grundlegend und nachhaltig verändert.

Die „Stunde Null“

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war die Niederlage des Deutschen Reichs 1945 so offensichtlich und total, dass sich diesmal eine zweite Dolchstoßlegende auch nicht ansatzweise ausbilden konnte. Zum ersten Male in der neueren Geschich-

te wurden die gesamten Streitmächte des Hauptkriegsgegners (Deutschland) zu Kriegsgefangenen gemacht, zum ersten Male wurde dessen gesamtes Staatsgebiet besetzt und die gesamte politische Macht von den Besetzungsmächten ausgeübt.

Der unmittelbare Eindruck des Kriegsendes im zerstörten Deutschland und die katastrophalen Lebensbedingungen veranlassten viele Deutsche, vom „Ende der deutschen Geschichte“ zu sprechen. Obwohl viele das Kriegsende als Stunde der Befreiung von einem menschenverachtenden Regime begrüßten, bedeutete die unmittelbare Nachkriegszeit für die meisten Deutschen die „Stunde Null“. Dieser **schwammige Begriff** bezeichnet eine **diffuse Stimmungslage**: Er beinhaltet den absoluten Tiefpunkt der neueren deutschen Geschichte, bedeutete aber gleichzeitig für viele die Chance, mit der Gestaltung der Zukunft bei Null anfangen zu können.

Flucht und Vertreibung

Der Zweite Weltkrieg löste die bis dahin **größte Fluchtbewegung** in der **Geschichte der Menschheit** aus. Insgesamt 25 bis 30 Mio. Menschen flohen oder wurden vertrieben. Bereits Anfang 1945 flohen 5 Mio. Deutsche aus den Ostgebieten vor der Roten Armee. Die Siegermächte hatten zu Potsdam die „ordnungsgemäße“ und „humane Umsiedlung“ der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vereinbart. Dennoch wurde die **Zwangsaussiedlung** nach Kriegsende von schrecklichen Ereignissen begleitet. Die Brutalität der Roten Armee und der Hass der vom Dritten Reich unterdrückten und misshandelten Völker entluden sich in unmenschlicher Weise gegenüber Zivilisten. Morde, Vergewaltigungen, Plünderungen und andere Verbrechen waren an der Tagesordnung. Ca. 12,4 Mio. Deutsche aus den Ostgebieten mussten als Flüchtlinge oder Vertriebene ihre Heimat verlassen. Mehr als 2 Mio. kamen dabei um. Ausmaß und Ablauf der Vertreibung veranlassten Churchill noch im Jahre 1945 von einer „Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes“ zu sprechen.

Trümmerfrauen

Bei Kriegsende türmten sich im zerbombten Deutschland ca. 400 Mio. Kubikmeter Schutt auf. Für dessen Beseitigung verpflichteten die Besetzungsbehörden alle Männer zwischen 14 und 65 Jahren und alle Frauen zwischen 15 und 50. In der männerarmen Zeit waren viele Frauen gezwungen, aus purer Not diese Schwerstarbeit (für 60 Pfennige/Stunde) zu verrichten. Trümmerfrauen kamen in die zweithöchste Berechtigungsklasse der Nahrungsmittelzuteilung und konnten so das Überleben ihrer Familien sichern. Mit einer „Arbeitskarte“ konnten sie doppelt so viel Brot und fünfmal so viel Fett und Fleisch kaufen als mit der völlig unzureichenden Hausfrauenkarte. Die Trümmerfrauen wurden zum **Symbol des Aufbauwillens und der Überlebenskraft der Deutschen** in den Nachkriegsjahren.



Gemeinsamkeiten

1918 wie auch 1945 war Deutschland das Produkt einer totalen Niederlage und einer bedingungslosen Kapitulation. In beiden Fällen wurde das neue politische System der Demokratie von den Siegern erzwungen bzw. installiert. Ein Vergleich liefert wenige Gemeinsamkeiten und macht deutlich, dass die Ausgangsbedingungen Deutschlands **1945** deutlich **problematischer** waren als **1918**.

Die Unterschiede

- Der wesentliche Unterschied ist, dass das Deutsche Reich **1918** völkerrechtlich erhalten und **souverän** bleibt. Die neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden ausschließlich von den Deutschen diskutiert, entschieden und gestaltet (Demokratie - Räterepublik, Verfassung, Parteien etc.).
1945 geht das Dritte Reich unter, Deutschland wird besetzt, hat **keinerlei Souveränität** (vgl. die Übernahme der obersten staatlichen Gewalt

delt worden zu sein. Die Frage nach einer deutschen Schuld (Mitschuld) wird nicht gestellt. 1945 zwingen der Zusammenbruch des Staats, die Besetzung, der Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und die Offenlegung der NS-Verbrechen die Deutschen zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit ihrer Beteiligung und ihrer Schuld.

- 1918** ist Deutschland **außenpolitisch** lediglich **isoliert** und hat seit 1922 (Rapallo) wieder die Option zwischen Ost, West oder Neutralität. Ferner hat es die Chance, wieder Großmachtstatus zu erreichen.
1945 hat Deutschland **keinerlei außenpolitischen Optionen**, sondern ist von Anfang an Teil des Ost-West-Konflikts, der seine Auseinandersetzung bestimmt und die Teilung legitimiert. Auch nach 1949 sind beide deutschen Staaten stark (Bundesrepublik) bzw. völlig (DDR) abhängig von der jeweiligen Supermacht.

durch die Siegermächte durch die Berliner Proklamation vom 5.6.1945) und ist reines Objekt der Sieger, die ihre politischen Vorstellungen auf ihre Zonen übertragen.

- 1918** bleibt die **Einheit** des Reichs bestehen, wohingegen die **Teilung** Deutschlands nach **1945** rasch deutlich wird (gegensätzliche Ideologien der USA und der UdSSR, amerikanisch-sowjetischer Konfrontationskurs seit Mitte 1946, Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg, Konferenzen der Jahre 1946 bis 1949, Entstehung der beiden deutschen Staaten).
- Menschen- und Gebietsverluste** sind **1945** in etwa **drei mal so groß** wie 1918.
- Die Belastungen sind 1918 vor allem von emotionaler Art (Versailler Vertrag, Dolchstoßlegende, „Novemberverbrecher“ etc.); 1945 sind sie existentiell (extreme Zerstörung, Not, Vertreibung etc.) Die Deutschen sind sich nach dem Ersten Weltkrieg einig, schuldlos am Kriegsausbruch gewesen und deshalb ungerecht behan-

Fazit

Der Schweizer Historiker F.R. Allemann beschäftigte sich in seinem 1956 erschienenen Buch „Bonn ist nicht Weimar“ mit den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Darin stellte er fest: „Das [die Kapitulation vom 8. Mai 1945] war nicht eine Wiederholung von 1918, sondern ein neuartiges und ungleich bedeutungsvolleres Ereignis. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte das Reich den verlorenen Waffengang um den Preis eines freilich harten Friedens liquidieren; nach dem zweiten wurde es selbst liquidiert. **1918 brach ein Regime zusammen, 1945 ein Staat.**“

(Fritz René Allemann: Bonn ist nicht Weimar. Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1956, S. 15)



Nürnberg – Anklage und Verurteilung

In dem Ziel, die Schuldigen am Krieg und an den während des Kriegs begangenen Verbrechen zu bestrafen, waren sich die Siegermächte einig. Im Vorgehen, in der Härte und der Konsequenz der Bestrafung gab es große Unterschiede. So hatte Stalin z.B. auf der Konferenz von Teheran die Exekution von 50 000 Offizieren gefordert, um das Problem des deutschen Militarismus ein für alle Mal zu lösen. Die Sieger wollten nicht mehr – wie 1918 – den Besiegten die Ahndung von Verbrechen überlassen. Deshalb klagte der „**Internationale Militärgerichtshof**“ kollektiv die **NS-Organisationen** NSDAP, Gestapo, SS, Sicherheitsdienst der SS, SA, ferner die Reichsregierung, den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht sowie weitere 177 Personen an. Unter den **Hauptangeklagten** befanden sich führende Nationalsozialisten (Göring, Heß, Seyß-Inquart, Ribbentrop, Sauckel, Julius Streicher, Speer, Frank, von Schirach), Militärs (Keidel, Jodel, Dönitz), Unternehmer aus der Rüst-

tungsindustrie (Krupp) und der Finanzexperte Hjalmar Schacht.

Von den 24 Hauptangeklagten wurden 12 zum Tode verurteilt und 10 hingerichtet, da Göring und Ley während des Prozesses Selbstmord begingen. Bormann wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Rudolf Heß (1933–1941 Stellvertreter des Führers) erhielt lebenslänglich, andere NS-Funktionäre langjährige Haftstrafen. Drei Hauptangeklagte, Schacht, von Papen und Hans Fritsche (hochrangiges Mitglied des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda) wurden freigesprochen. Der Gerichtshof verurteilte ferner die NSDAP-Führung, die Gestapo, den Sicherheitsdienst und die SS als verbrecherische Organisationen. Nicht verurteilt wurden die SA, die Reichsregierung, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht.

Nürnberg – Tribunal der Sieger?

Der Kriegsverbrecherprozess löste auch bei Angehörigen der westlichen Siegermächte Kritik aus. Dabei ging es im Wesentlichen um zwei **Kritikpunkte**:

1. Der Militärgerichtshof klagte Verbrechen an, die de facto unzweifelhaft schwerwiegender Verbrechen waren, für die es aber **keine gesetzliche Rechtsgrundlage** gab. Damit verstießen die Sieger gegen den elementaren Rechtsgrundsatz freiheitlich-demokratischer Staaten „Nulla poena sine lege“ (Keine Bestrafung ohne rechtliche Grundlage). Genauso dies, Tatbestände ohne gesetzliche Grundlage zu verfolgen, war aber ein wesentliches Unrechts-element des NS-Staates gewesen.

2. Die Westmächte wussten sehr wohl, dass auch in der stalinistischen UdSSR Millionen von Menschen ohne ausreichende gesetzliche Grundlage, durch Schauprozesse oder durch blanke Terrormaßnahmen ermordet worden waren. Nun urteilte ein **stalinistischer Richter** im Namen des Gesetzes, der Gerechtigkeit und der Demokratie. Der englische Schriftsteller (jüdischer Abstammung) Victor Gollancz, der den Prozess in Nürnberg mitverfolgte, notierte 1946 in sein Tagebuch: „Eines der Ver-

brechen, dessen die Männer von Nürnberg bezichtigt wurden, lautet auf ‚Verschleppung und andre unmenschliche Handlungen gegen die Zivilbevölkerung eines Landes.’ Aber noch ehe denn der Sommer vorbei sein wird, werden die Richter dieser Männer die Zwangsverschleppung von einigen vierzehn Millionen [deutscher] Menschen ... angeordnet, angestiftet oder sich damit abgefunden haben; und diese Massenvertreibungen wurden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, in dem es mit dem bestem Willen nicht mehr möglich ist, auf militärische Notwendigkeit als Milderungsgrund zu plädieren. Ein zweiter Punkt der Anklage lautet auf ‚mutwillige Zerstörung von Hauptstädten, Städten oder Dörfern oder auf Verwüstung, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt war’. Noch während aber die Anklagschrift vorbereitet wurde, waren wir vermittelst der Atombombe damit beschäftigt, die Zivilbevölkerung zweier großer japanischer Städte [Hiroshima, Nagasaki] auszurotten, ohne uns darauf berufen zu können, dass sonst vielleicht der Krieg verloren worden wäre.“

(Victor Gollancz in: W. von der Lippe: *Nürnberger Tagebuchnotizen*. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt 1951, S. 545f.)



SMAD und KPD

Die **Sowjetische Militärdadministration** war 1945 bis 1949 die **höchste Besatzungsbehörde** in der SBZ mit Sitz in Berlin-Karlshorst. Sie übte die Hoheitsgewalt aus und vertrat die UdSSR im Alliierten Kontrollrat. Schon wenige Wochen nach der Kapitulation ging die SMAD zielgerichtet an den Aufbau eines im sowjetischen Sinne ausgerichteten Parteiensystems. Als ein wesentliches Ziel der zu gründenden Parteien nannte sie am 10. Juni 1945 „die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland.“ Mit dieser Formulierung wollte sie deutlich machen, dass weder in ihrer Zone noch in den anderen die Errichtung kommunistischer Strukturen geplant war.

Die SMAD bediente sich der zahlenmäßig kleinen Kommunistischen Partei unter ihrem Vorsitzenden Wilhelm Pieck. Die **KPD** trat zunächst keineswegs für die sozialistische Umgestaltung und auch nicht für die Einführung des Sowjetsystems ein. **Grundsätze ihres Parteiprogramms** waren die parla-

mentarisch-demokratische Republik, alle demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk, die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative“, keine Übernahme des Sowjetsystems und als übergeordnetes Ziel die Einheit der Arbeiterklasse. Dieses Parteiprogramm entsprach der Taktik Stalins für Osteuropa und Deutschland, **die sozialistische Umstrukturierung** und die alleinige Führung der kommunistischen Partei zunächst zu **verschleieren**, demokratische Verhältnisse vorzugaukeln und den „friedlichen“ Übergang zum Sozialismus zu propagieren.

Die Methode der „Gruppe Ulbricht“

Noch vor Kriegsende berieten deutsche Exilkomunisten die Rote Armee beim Aufbau politischer Strukturen in der SBZ. Walter Ulbricht, der die Rote Armee in Berlin beriet, erläuterte seinen Genossen die „politisch richtige“ Zusammensetzung der Verwaltungen auf allen Ebenen: „... [Bürgermeister]

sollen in den Arbeiterbezirken in der Regel Sozialdemokraten sein. In den bürgerlichen Vierteln ... müssen wir an die Spitze einen bürgerlichen Mann stellen. ... Für den stellvertretenden Bürgermeister, für Ernährung, Wirtschaft und Soziales sowie für Verkehr nehmen wir am besten einen Sozialdemokraten, die verstehen was von Kommunalpolitik. Für Gesundheitswesen antifaschistisch eingestellte Ärzte, für Post ... parteilose Spezialisten ... Der erste stellvertretende Bürgermeister, der [Beauftragte] für Personalfragen und ... für Volksbildung – das müssen unsere Leute sein. Dann müsst ihr noch einen ganz zuverlässigen Genossen in jedem Bezirk aufzufindig machen, den wir für den Aufbau der Polizei brauchen.“

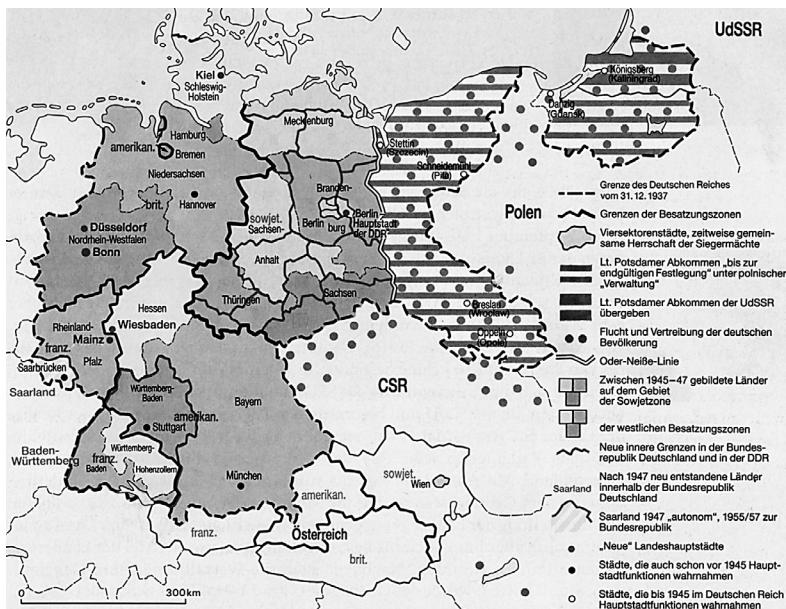
(Walter Ulbricht in: Wolfgang Leonhard: *Die Revolution entlässt ihre Kinder*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005, S. 438 f.)

Sozialismus durch die Hintertür

Die **gesellschaftsverändernden Maßnahmen** hatten **zwei Funktionen**: Die Gewinnung der Bevölkerung für den neuen Kurs und die Verschleierung sozialistischer Strukturen. So wurden unter großem propagandistischem Aufwand („Junker-

land in Bauernhand“) zwei Drittel des enteigneten Ackerlandes und Waldes (ca. 2 Mio. ha) an landlose Bauern, Vertriebene oder landwirtschaftliche Hilfskräfte verschenkt. Das restliche Drittel fiel an den Staat. Die durchschnittliche Größe eines derartigen Bauernhofes betrug je nach Bodenqualität und Nutzfläche 5–8 ha. Dies ermöglichte keine gesicherte Existenz und zwang viele Bauern in der Folgezeit, ihren Besitz an staatlich geförderte Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) abzugeben. Die Enteignung und Verstaatlichung schloss auch die Banken ein, die durch Landes- und Provinzialbanken ersetzt wurden. Privatkonten wurden bis auf kleine Summen zunächst gesperrt. Diese Maßnahmen entzogen den bürgerlichen Schichten das Kapital und zwangen sie, das neue ökonomische System zu akzeptieren. Zur „Säuberung“ der Gesellschaft (offiziell: „Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens“) wurde die Entnazifizierung systematisch eingesetzt, um alle diejenigen auszuschalten, die nicht in das neue System passten.





„Das besetzte Deutschland“

Die Herausbildung eines differenzierten Parteiensystems in den Westzonen

Zielsetzungen. Alle politischen Gruppierungen gingen von den gleichen Erfahrungen aus (Weimarer Republik, Drittes Reich) und hatten deshalb drei identische Ziele:

1. Möglichst rasche Bildung von demokratischen Parteien, die auf die Besatzungsmächte bei der künftigen Gestaltung Deutschlands Einfluss nehmen sollten.
2. Verhinderung bzw. Abwehr einer Radikalisierung durch die Umsetzung gemeinsamer staatlicher und verfassungsrechtlicher Vorstellungen.
3. Völlige politische, geistige und moralische Erneuerung.

Sammelbewegungen sollten „Weimarer Verhältnisse“ verhindern und eine größere Stabilität schaffen. Deshalb gründeten Katholiken und Protestanten die Christlich-Demokratische Union (CDU), gewerkschaftlich Interessierte schlossen sich der SPD an und die Liberalen organisierten sich in der Freien Demokratischen Partei (FDP).

1949 hatten die Westzonen einen festen **Kern von vier Parteien**: KPD, SPD, CDU (Bayern: Christlich-Soziale Union, CSU), FDP. Hinzu kamen kleinere regionale oder zweckgebundene Parteien (z. B. Block der Heimatvertriebenen und Entrichteten, BHE; Niedersächsische Landespartei, NLP; Wirtschaftliche Aufbauvereinigung, WAV). Zentren der parteipolitischen Entwicklung waren Berlin, Köln, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, Würzburg und München.

Vom extremen zum gemäßigten Pluralismus. Mit der zweiten Bundestagswahl (1953) setzte, verstärkt durch Wahlrechtsänderungen (Wahlrechtsklauseln) von 1956 und der sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, eine kontinuierliche Konzentrationsbewegung ein. Die kleineren Parteien gingen in der zweiten und dritten Legislaturperiode (1953–1961) ausnahmslos in den großen auf oder wurden wie die Sozialistische Reichspartei (SRP) und die KPD verboten.



Der Ost-West-Konflikt

Dieser Begriff bezeichnet die **Gesamtheit der starken politischen, ideologischen, militärischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas und den Demokratien Westeuropas und Nordamerikas**. Mit dem Aufstieg zur Supermacht wurde er zum **Rahmen** und bestimmenden Faktor der **europäischen** und der **globalen Politik**. Er endete mit dem Zerfall der UdSSR 1990/91, der Ausweitung der NATO nach Osteuropa und der europäischen Integration mittel- und osteuropäischer Staaten in den Neunzigerjahren.

Der Ost-West-Konflikt spielte sich auf **fünf Konfliktebenen** ab: Bei dem **Machtkonflikt** ging es um den Kampf der Supermächte um Einfluss- und Interessengebiete in Afrika, Asien und Europa und damit um die Ausdehnung bzw. den Erhalt der Macht. Am stärksten war er in Europa zu spüren, da die Sowjetisierung Osteuropas diesen Kontinent durch einen – wie Churchill im März 1946 fest-

stellte – „Eisernen Vorhang“ zwischen Stettin und Triest trennte.

Aus dem Gegensatz zwischen den gesellschaftspolitischen Systemen in Ost und West ergaben sich ein **Systemkonflikt** und ein **Ideologiekonflikt**. Auswirkungen waren Feindbilder und das Denken in den Kategorien „feindlicher Lager“. Der **militärische Konflikt** war das logische Resultat dieses gespannten Verhältnisses. Er äußerte sich seit Mitte der Fünfzigerjahre in einem permanenten Wettrüsten, in militärischen Konfrontationen in Krisengebieten (Korea, Suezkrise, Kubakrise, Vietnam, Afghanistan) oder in „Stellvertreterkriegen“ in Afrika und Asien. Der **psychologische Konflikt** überlagernte diese Ebenen und steigerte die Unvereinbarkeit der Systeme zum Entscheidungskampf, der nach Ansicht beider Supermächte mit der kompletten Ausschaltung des Gegners enden musste.

Der Kalte Krieg

In Krisenzeiten verdichtete sich das feindselige Verhältnis der Supermächte zum Kalten Krieg. Dieser von dem US-Journalisten Walter Lippmann 1947 geprägte Begriff bezeichnet die **aggressiven Auseinandersetzung der Supermächte** und ihrer Bündnissysteme **auf allen Ebenen** (Ideologie, Propaganda und Agitation, Wirtschaft, Machtpolitik) **mit Ausnahme der direkten militärischen Konfrontation**. Dennoch brachten kritische Situationen (z.B. die Kubakrise 1962, s. KK. 82) die Welt mehrmals an den Rand eines Dritten Weltkriegs. Der **Beginn** des Kalten Kriegs fällt in das Jahr **1947**, sein **Ende ist umstritten**. Meist wird die Kubakrise 1962 als Höhepunkt und Ende genannt. Entscheidend ist, dass es sich beim Kalten Krieg um einen Zustand, weniger um einen exakt datierbaren Zeitraum handelt. Er ist ein **Aggregatzustand des Ost-West-Konflikts**, der zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Dosierungen aufgetreten ist.

Was ist eine „Supermacht“?

Bei einer Supermacht handelt es sich um eine **Führungsmacht** mit folgenden **Eigenschaften**:

1. Weltweite Ausdehnung von Macht und Beeinflussung;
2. Weltweit vertretene ideologische, politische und gesellschaftliche Wertevorstellungen;
3. Zahlenmäßig klare militärische Überlegenheit im eigenen Lager;
4. Wirtschaftlich-technisch-wissenschaftliche Gesamtüberlegenheit über alle Partnerstaaten;
5. Militärisch-strategische Zweitschlagfähigkeit (d.h. die Fähigkeit, auf einen Überraschungsangriff entsprechend reagieren zu können);
6. Anerkannte Führungsmacht eines regionalen Paktsystems;
7. Reichtum an Rohstoffen, der zumindest in den wichtigen Bereichen zur wirtschaftlichen Autarkie führt;
8. Anerkennung als Supermacht durch eine andere Supermacht.



Der internationale Rahmen der Deutschlandpolitik

Die Pariser Außenministerkonferenz (25.4.–12.7.1946): Die USA wollen den Zusammenschluss der Zonen, den föderativen Aufbau Deutschlands und die Schaffung von 5 zentralen Verwaltungen (Finanzen, Transport, Verkehr, Industrie, Außenhandel). Die UdSSR fordert den zentralistischen Einheitsstaat und die (sozialistische) Demokratisierung.

Byrnes-Rede (6.9.1946): Verkündigung der neuen US-Außen- und Deutschlandpolitik durch den US-Außenminister Robert Byrnes zu Stuttgart. Kritik an der sowjetischen und französischen Deutschlandpolitik; Betonung des provisorischen Charakters der Oder-Neiße-Grenze; Ankündigung eines Weststaats; erklärt (gegen die UdSSR gerichtet), Deutschland soll kein Vasall einer Macht werden oder unter einer in- oder ausländischen Diktatur leben.

Der Marshall-Plan (5.6.1947, European Recovery Program, ERP = Europäisches Wiederaufbauprogramm) ergänzt die Containment-Doktrin (sicherheitspolitische Komponente der amerikanischen Außenpolitik) und die Truman-Doktrin (politische Komponente) um eine wirtschaftliche Komponente. Er bietet allen vom Krieg betroffenen europäischen Staaten umfangreiche Lieferungen von Rohstoffen und Fertigprodukten, Zuschüsse und Kredite an. Zur Verteilung dieser Hilfsmittel wird die „Organization for European Economic Cooperation“ (OEEC mit Sitz in Paris) gegründet. Die UdSSR lehnt das Angebot des amerikanischen Außenministers mit der Begründung ab, es bezwecke die „Versklavung der Völker“.

Bizone: Tritt am 1.1.1947 in Kraft. Der „Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ der britischen und amerikanischen Zone (Frankfurt; 52 von den Landtagen gewählte Delegierte, Direktor: Ludwig Erhard) ist das erste deutsche Nachkriegsparlament.

Moskauer Außenministerkonferenz (10.3.–24.4.1947): Der sowjetische Außenminister verlangt u.a. einen deutschen Einheitsstaat, dessen „allseitige Demokratisierung“ durch eine starke politische Mitwirkung „antifaschistischer“ Organisationen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Aufhebung der Bizone. Die USA und Großbritannien beharren auf ihren Positionen.

Die Truman-Doktrin (12.3.1947): Bürgerkrieg in Griechenland unter Beteiligung der kommunistisch orientierten „Nationalen Befreiungsbewegung“. Truman bietet Griechenland und „allen vom Kommunismus bedrohten Völkern der Welt“ massive finanzielle und waffentechnische Hilfe an.

Die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (22.2.–2.6.1948): Beteiligte: USA, GB, F und die Beneluxstaaten. Vereinheitlichung und Präzisierung der amerikanisch-britischen Deutschlandpolitik und Anpassung der französischen; Anordnung an die westdeutschen Ministerpräsidenten, eine „Verfassunggebende Versammlung“ einzuberufen, die die Grundlage des zu gründenden Weststaats erarbeiten soll; sowjetische Reaktionen: Beendigung des Alliierten Kontrollrats, Verschärfung des Berlin-Problems.

Die Warschauer Acht-Mächte-Konferenz (23./24.6.1948). Die Teilnehmer (Ostblockstaaten) beschuldigen die Staaten der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, Deutschland zu spalten, und fordern einen baldigen Friedensvertrag auf der Basis des Potsdamer Abkommens.

Die Washingtoner Deutschlandkonferenz (5.–8.4.1949). Die Außenminister der Westmächte beschließen die Schaffung der Trizone und die Beendigung der Militärregierung. An ihre Stelle treten die (drei) Hohen Alliierten Kommissare, die nur noch eine Kontrollbefugnis haben.



Die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz sollte „ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos“ vermeiden. Da sowohl die 5 ostdeutschen als auch die 11 westdeutschen Ministerpräsidenten mit klaren, aber völlig gegensätzlichen **Vorgaben der Besetzungsmächte** anreisten, scheiterte die Konferenz noch am ersten Tag. Die einzige deutsch-deutsche Konferenz **dokumentierte** die völlige Abhängigkeit aller deutschen Politiker von den Besetzungsmächten, die Diskrepanz zwischen westlicher und östlicher Deutschlandpolitik und die **Unvermeidlichkeit der Teilung**.

Die Währungsreform der Westmächte schuf die wirtschaftliche **Grundlage des Weststaats**. Jeder Deutsche und (am 24.6.) jeder Westberliner erhielt insgesamt 60 Deutsche Mark (DM). Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, Mieten etc. wurden im Verhältnis 10:1 (Reichsmark: DM) umgestellt. Ludwig Erhard verknüpfte die Währungsreform mit Maßnahmen der sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb

Die Frankfurter Dokumente waren **drei „Empfehlungen“** der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz:

1. Rasche Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung und Erarbeitung einer Verfassung;
2. Überprüfung der 1945–1947 entstandenen Länder;
3. Mitgestaltung der Beziehungen zwischen den westlichen Besetzungsmächten und der künftigen westdeutschen Regierung.

Der Parlamentarische Rat bestand aus 65, von den Landtagen gewählten Mitgliedern. Die SPD hatte 27 Mitglieder, die CDU 19, CSU 8, FDP 5, Deutsche Partei, Zentrum und KPD jeweils 2. Er hatte zwei wesentliche **Ziele**: Die Erarbeitung der Verfassung und die Sicherung der demokratischen Staatsform durch stabilisierende Verfassungselemente.

Die Berlinblockade. Als Reaktion auf die Währungsreform sperrte die UdSSR am 24.6.1948 die Zufahrtswege nach Westberlin. Die Westmächte richteten eine **Luftbrücke** ein und versorgten ca. 2,2 Mio. Westberliner mehr als 10 Monate lang mit allem Lebensnotwendigen aus der Luft. Die Berlinblockade war der **erste Höhepunkt des Kalten**

und Verbrauch waren nun bestimmend. Die Währungsreform war ein **großer Erfolg**. Die Schaufenger füllten sich über Nacht, die Wirtschaft in den Westzonen sprang an. Am 23. Juni verordnete die SMAD für die SBZ eine Währungsreform, die staatliche Unternehmen gegenüber privaten begünstigte. Freier Handel wurde nicht erlaubt, Rationierung, Zwangswirtschaft und totale Preiskontrolle blieben erhalten.

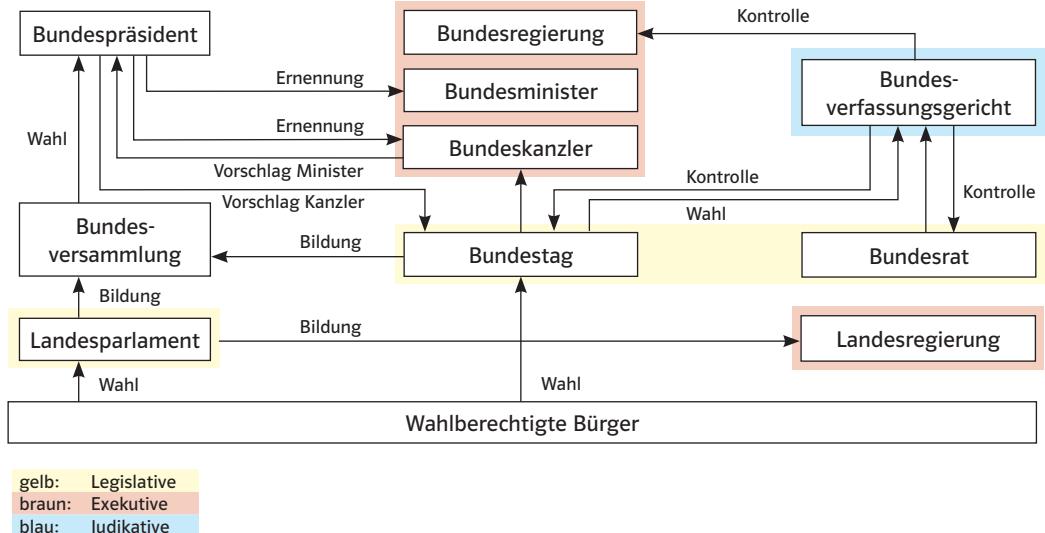
Die Trizone. Im Jahre 1948 kam es auf amerikanischen Druck zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Bizonen und der französischen, weshalb seit Herbst 1948 in der Publizistik häufig der Begriff „Trizone“ verwendet wurde. Offiziell entstand sie am 1.4.1949.

Kriegs. Zum ersten Male wurde die geteilte Stadt zum Testfall der Ost-West-Beziehungen. Das brutale Vorgehen der UdSSR erhöhte die Solidarität der nichtkommunistischen Staaten und machte Westmächte, Westdeutsche und Westberliner zu Verbündeten. Im Mai 1949 beendete das nach den Unterhändlern benannte **Jessup-Malik-Abkommen** die Berlinblockade.

Die eingeschränkte Souveränität. Auch nach der Konstituierung der Bundesrepublik blieb die obere Regierungsgewalt bei den westlichen Alliierten, die sich in dem Besetzungsstatut **Sonderbefugnisse** in folgenden Bereichen vorbehielten: Militärische Sicherheitsfragen, auswärtige Angelegenheiten, Grundgesetzänderungen, Verwaltung, Wirtschaft und Außenhandelsbeziehungen. Eine Generalklausel ermächtigte sie, aus „Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung in Deutschland“ jederzeit die Regierungsgewalt wieder zu übernehmen (= **Besatzungshoheit**).



Das politische System der Bundesrepublik Deutschland



Zu den **Charakteristika des GG** gehören: Der provisorische Charakter und die Wiedervereinigung als übergeordnetes politisches Ziel (bis 1990); die grundlegenden Strukturprinzipien, die als „**freiheitlich-demokratische Grundordnung**“ bezeichnet werden. Ihre wesentlichen Elemente sind: Menschenrechte, Volkssouveränität, Repräsentativsystem (konkurrierende Parteien und Interessenverbände vertreten in einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft den Volkswillen), Gewaltenteilung, Regierungsverantwortlichkeit, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte und Sozialpostulat (Verpflichtung des Staates, soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten). Weitere **Wesenszüge** des politischen Systems der BRD sind: Die Kanzlerdemokratie (Art. 65, Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers); Schutz der Parteien; allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen nach dem personalisierten Verhältniswahlrecht; Konzentration der politischen Macht auf Bundestag, Bundesrat und Kanzler (also: politisch schwacher Bundespräsident, keine legislative Beteiligung des Volkes durch Plebiszite); Garantie und Schutz des Grundgesetzes und damit des Staates durch die „**wehrhafte Demokratie**. Dazu gehören

folgende Schutzmechanismen: Bundesverfassungsgericht, Verfassungsschutz, Verbot verfassungswidriger Vereinigungen und Parteien, Verwirkung der Grundrechte, wenn sie zum Kampf gegen die Demokratie missbraucht werden und das besondere Dienst- und Treueverhältnis der Beamten.

Das konstruktive Misstrauensvotum ist eine verfassungsrechtliche Bestimmung, die laut Art. 67 GG festlegt, dass der Bundestag dem Bundeskanzler nur dadurch das Misstrauen aussprechen kann, dass er mit Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt, der das Amt des Bundeskanzlers im Falle des Sturzes der Regierung übernimmt. In der Weimarer Reichsverfassung gab es nur das destruktive (oder: negative) Misstrauensvotum. Es verlangte keine Einigung der Parteien, die das Misstrauensvotum einbrachten, auf einen gemeinsamen Kandidaten. Deshalb konnten verfeindete Parteien das Misstrauensvotum einbringen, die nur ein gemeinsames Ziel hatten, nämlich den Staat zu beseitigen (z. B. KPD und NSDAP). In der Geschichte der Bundesrepublik wurde die Regierung erst einmal auf diese Weise gestürzt (Bundeskanzler Helmut Schmidt 1982).



Die Etappen der gesellschaftspolitischen Entwicklung der DDR

Die Entwicklung der DDR vollzog sich nach eigenem Verständnis in Übereinstimmung mit dem Geschichtsverständnis des von Marx geprägten Historischen Materialismus. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus galt deshalb als gesetzmäßig. Die DDR unterschied **drei Entwicklungsstufen** auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft:

1. Die **antifaschistisch-demokratische Umwälzung** (= demokratische Revolution, 1945–1949) endete nach der Beseitigung der faschistischen, militaristischen und kapitalistischen Strukturen mit der Gründung der sozialdemokratischen DDR.
2. Der **Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus** (= sozialistische Revolution, 1949–1961). In dieser Zeit wurde die Macht der „Partei der Werktätigen“, also der SED, gesichert und systematisch ausgebaut und die sozialistischen Produktionsverhältnisse (Kollektivierung der Landwirtschaft, Ausbau der Planwirtschaft) geschaffen.
3. Wirtschaftssystem mit verstaatlichten Produktionsmitteln sowie zentraler und gelenkter Planwirtschaft. In der politischen Realität ist eine Volksdemokratie eine durch pseudodemokratische Einrichtungen verbrämte Diktatur der kommunistischen Partei.

Der Dritte Deutsche Volkskongress

Er wurde zum ersten Mal über eine **Einheitsliste** gewählt, die die Wahlen in der DDR bis 1989 prägte. Auf diesem pseudodemokratischen Wahlzettel waren alle Parteien und Massenorganisationen vertreten. Eine Auswahl konnte nicht getroffen werden, da die Liste nur angenommen oder abgelehnt werden konnte. Die **Wahl** war offensichtlich **manipuliert**, da die Annahme oder Ablehnung der Einheitsliste mit der Suggestivfrage gekoppelt war, ob der Wähler für die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag sei. Trotz des großen Propagandaufwands war das Ergebnis von 66,1% Ja-Stimmen für die SED enttäuschend. Der Kongress bildete aus seinen Reihen den „**Deutschen Volksrat**“ mit insgesamt 330 Mitgliedern. 90 von ihnen gehörten der SED an, je 45 der CDU und der LDPD,

3. Der **umfassende Ausbau des Sozialismus (1961–1971)**: Der Sozialismus durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft.

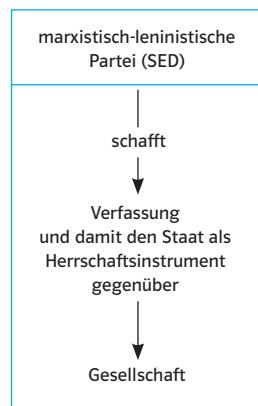
Was ist eine Volksdemokratie?

Nach sozialistischem Verständnis war die Volksdemokratie die Herrschafts- bzw. Regierungsform der „**Diktatur des Proletariats**“ in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser Begriff ist eine Tautologie, da „Demokratie“ bereits „Volkherrschaft“ bedeutet. Er wurde verwendet, um die wahren Verhältnisse zu verschleiern und um etwas zu betonen, was in der politischen Praxis nicht vorhanden war: nämlich die Herrschaft des Volkes. Die Volksdemokratie hatte folgende wesentliche **Charakteristika**:

1. Diktatur des Proletariats als Ergebnis eines revolutionären Prozesses.
2. Ein von der marxistisch-leninistischen (= kommunistischen) Partei bestimmtes und gelenktes Mehrparteiensystem.

je 15 der NPD und der DBD. Die restlichen 120 Vertreter kamen aus den Massenorganisationen oder waren parteilich nicht gebunden. Da die Vertreter der Massenorganisationen ausschließlich Mitglieder der SED waren, verfügte diese über die absolute Mehrheit.

SED, Verfassung, Staat und Gesellschaft





Dr. Konrad Adenauer

*1876 in Köln; Studium der Jurisprudenz und der Volkswirtschaft; Mitglied der Zentrumspartei; 1917 Oberbürgermeister von Köln; 1920–1933 Präsident des Preußischen Staatsrats; 1926 Verzicht auf Kanzlerkandidatur; März 1933: Susp

pendierung von allen Ämtern durch die Nationalsozialisten; Inhaftierung nach Stauffenberg-Attentat; Mai 1945: Einsetzung als Kölner Oberbürgermeister durch das US Military Government; Gründungs- und Vorstandsmitglied der CDU im Rheinland; Mitglied und Präsident des Parlamentarischen Rats; 15.9.1949: Wahl zum ersten Bundeskanzler (mit 202 von 402 Stimmen); Kanzler bis 1963; entscheidender Politiker in der Anfangszeit der Bundesrepublik.

Die Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers

Aus der Entwicklung Europas und Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ergaben sich für den erfahrenen Politiker einige wenige, klare **Grundgedanken**, die sein politisches Weltbild bestimmten und an denen er unbeirrt festhielt. Dazu gehörten die **feste Bindung** der Bundesrepublik **an die westliche Allianz**, insbesondere an die Führungsmacht USA und die Annäherung an bzw. **Aussöhnung mit Frankreich** als Basis eines geeinten Europas. Mit dieser Politik stand Adenauer zunächst im Gegensatz zu weiten Teilen der Bevölkerung. Wenige Jahre nach Kriegsende bevorzugte die Mehrheit der Deutschen einen neutralen außenpolitischen Kurs. Deshalb löste seine Politik der Westintegration im Parlament und im Volk heftige Diskussionen aus.

Adenauers Verhältnis zur UdSSR

Die stalinistische **UdSSR** sah er als einen totalitären Staat an, der aufgrund seiner expansiven und aggressiven Politik eine **permanente Bedrohung** für die Bundesrepublik bzw. Westeuropa darstellte. Es war seine feste Überzeugung, „dass sich für Sowjetrussland jeder Krieg lohnt, der Europa in seine Hand spielen könnte.“ Deshalb war der Zusammenschluss der europäischen Länder in seinen Augen eine Notwendigkeit, um eine Abhängigkeit von der UdSSR zu vermeiden. „Totalitäre Mächte [geben] nur dann ihre aggressiven Ziele auf ..., wenn sie mit einem Gegner zu rechnen haben, der nicht nur militärisch hoch gerüstet, sondern auch vom Willen beseelt ist, dieses Potenzial zur Verteidigung seiner Existenz unter allen Umständen einzusetzen. ... Selbstverständlich muss Deutschland Mitglied dieser europäischen Union werden.“

Adenauers Weg zur Wiedervereinigung

„Wenn die Neuordnung Europas kommt – und sie wird kommen –, dann wird man aber auch nicht vorbeigehen können an der Neuordnung im euro-

päischen Osten ... Wir werden mit den Sowjets im richtigen Augenblick ins Gespräch kommen. Das kann aber erst sein, wenn der Westen stark ist, so dass die Sowjets auf uns und den Westen hören.“

Die Beurteilung der Deutschlandpolitik Adenauers

Adenauers Deutschlandpolitik war **bis 1989/90 umstritten**. Ob er die Wiedervereinigung durch die „Politik der Stärke“ in absehbarer Zeit tatsächlich für realistisch hielt, darf bezweifelt werden. Schon die Berlinblockade hatte gezeigt, dass die USA für ein militärisches Vorgehen gegen die UdSSR nicht zu haben waren. Andererseits erhofften die Deutschen und insbesondere die Vertriebenen, die ihre politische Heimat mehrheitlich in der CDU/CSU gefunden hatten, die Wiedervereinigung. Deshalb musste Adenauer eine Deutschlandpolitik anbieten, in deren Mittelpunkt sich, zumindest rhetorisch, die Wiedervereinigung befand. Im Gegensatz dazu stand seine **realistische Einschätzung der UdSSR bzw. der Wiedervereinigung**, die die Ereignisse des Jahres 1889/90 bestätigen.



Die Stalinnoten und ihre Aufnahme

Stalins **Angebot** (vereinigtes Deutschland, Abzug der Streitkräfte der Besatzungsmächte, demokratische Rechte für das deutsche Volk, keine wirtschaftlichen Beschränkungen, nationale Streitkräfte, Aufnahme Deutschlands in die UNO) standen „nur“ zwei **Forderungen** gegenüber. Die Westalliierten lehnten sie jedoch ab, da ein vereinigtes, neutrales Deutschland überhaupt nicht in ihr außen- und sicherheitspolitisches Konzept gepasst hätte. Offiziell begründeten sie ihre Ablehnung mit dem Fehlen von freien Wahlen in Stalins Angebot. Daraufhin schob Stalin Anfang April eine zweite Note nach, in der er sich bereit erklärte, die Frage gesamtdeutscher Wahlen „zu erörtern“. Dieses weitestgehende Angebot der Wiedervereinigung löste **heftige Diskussionen in der Bundesrepublik** aus.

UdSSR als ideologische Führungsmacht des Marxismus einen hohen Prestige- und Glaubwürdigkeitsverlust bedeutet.

Die zweite Frage lässt sich aus mehreren Gründen verneinen: Keine der drei Westmächte war bereit, der Bundesrepublik eine gesamtdeutsche Optionsmöglichkeit zuzugestehen. Zu offensichtlich wäre der geostrategische Verlust gewesen: Ein neutrales Deutschland hätte das Kräfteverhältnis nach Abzug der amerikanischen Truppen in Europa wesentlich zugunsten der UdSSR verschoben. Da die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt noch nicht souverän war, war ein **Alleingang Adenauers undenkbar**.

Seine Deutschlandpolitik war damit nicht gescheitert. Nach wie vor war er „fest davon überzeugt, dass, wenn wir auf diesem Weg fortfahren, der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, zu dem die Sowjetunion sich zu einem vernünftigen Gespräch bereit erklärt.“ Zwar dauerte es noch 38 Jahre bis zur Vereinigung, aber die Entwicklung in der UdSSR, im Ostblock und der DDR in den Achtzigerjahren gab ihm Recht.

Die Bewertung der Stalinnoten

Ihre **Problematik** lässt sich auf drei Fragen reduzieren:

1. Waren sie ernst gemeint oder lediglich propagandistisch-taktische Störmanöver?
2. Hat Adenauer mit der rigorosen Ablehnung der Noten, die gar nicht an die Bundesregierung gerichtet waren, vielleicht eine Chance der Wiedervereinigung verspielt. Hätte er nicht wenigstens ausloten müssen, wie ernst es Stalin meinte?
3. War seine Deutschlandpolitik mit der Ablehnung schon gescheitert?

Die Beantwortung der ersten Frage ist aufgrund der unzureichenden Quellenlage auch heute noch hypothetisch. Es sprechen jedoch gewichtige Argumente dafür, dass Stalins Angebot eher ein **propagandistisches oder taktisches Störmanöver** war: der zeitliche Zusammenhang mit dem Deutschland- bzw. EVG-Vertrag; die Opferung der sozialistischen DDR durch freie Wahlen hätte für die

Die Bedeutung der Pariser Verträge

Sie waren aus mehreren Gründen von entscheidender Bedeutung für die Bundesrepublik: Sie markierten das **Ende der Besatzungsherrschaft**, gaben der Bundesrepublik die **Souveränität** und machten sie zu einem **gleichberechtigten Partner**. Nur bezüglich Berlins, der Wiedervereinigung und eines Friedensvertrags behielten sich die ehemaligen westlichen Besatzungsmächte **Sonderrechte** vor. Wichtig für die Bundesrepublik war auch, dass die Westmächte im Anschluss an die Pariser Verträge die Grundlagen und Ziele ihrer Deutschlandpolitik festlegten:

- Anerkennung der Bundesregierung als einzige rechtmäßige deutsche Regierung;
- eine friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland;
- die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln;
- die Garantie der Sicherheit der Bundesrepublik und Berlins.



Der Aufstand vom 17. Juni 1953

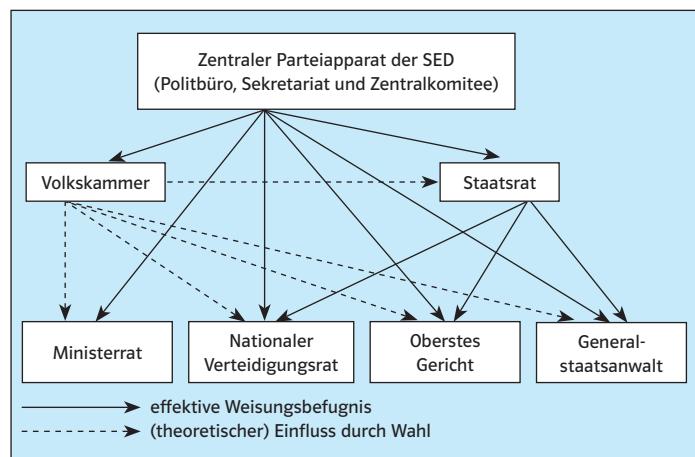
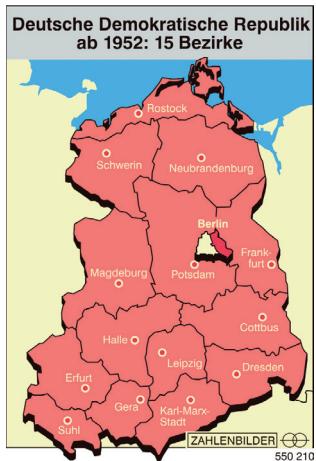
Die Bevorzugung der Schwerindustrie und die Föderierung der Kollektivierung führten zu Beginn der 50er-Jahre zu einer **Versorgungskrise**. Nach dem Tod Stalins (5.3.1953) musste die DDR-Führung auf sowjetischen Druck Fehler eingestehen und einen „Neuen Kurs“ einschlagen. Da sie jedoch die Arbeitsnormen bei gleich bleibenden Löhnen um 10% erhöhte, kam es am 16. Juni in Ostberlin zu **Streiks und Arbeiterdemonstrationen**. Sie weiteten sich schnell auf mehr als 250 Orte der DDR aus. Am folgenden Tage wurden **politische Forderungen** laut (freie Wahlen, Rücktritt der Regierung, Wiedervereinigung), die das politische System der DDR bedrohten. Die **brutale Niederschlagung** des Aufstands, an dem sich ca. 10% der Arbeiterschaft beteiligten, durch die **Rote Armee** am 17. Juni kostete ca. 300 Menschen das Leben. Die DDR-Führung reagierte mit Lohnerhöhungen, kündigte Reformen an, spielte den Aufstand als Werk westlicher Agenten und Provokateure herunter und ging rigoros gegen alle

vor, die „den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht“ angestrebt hatten. Der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik als „Volksaufstand“ gefeiert wurde, hatte **zwei wesentliche Folgen**: Die Behauptung vom „Arbeiterstaat“ hatte sich als falsch erwiesen, weshalb die Legitimation der SED in Frage gestellt wurde. Zweitens: Da sich die wirtschaftliche und politische Situation nicht verbesserte, flohen immer mehr DDR-Bürger in die Bundesrepublik und dokumentierten damit die Instabilität der DDR.

Die Nationale Front (NF)

Sie wurde am 7.10.1949 als gesamtdeutsche Bewegung zur „Rettung der deutschen Nation“ gegründet. In ihr waren „fortschrittliche“ Vertreter der Parteien, Massenorganisationen und nichtorganisierte Einzelpersonen vertreten. Die SED funktionierte sie zu einer **sozialistischen Volksbewegung** um und machte sie zum breitesten „Bündnis aller politischen und sozialen Kräfte des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei.“

Verwaltungs- und politische Struktur der DDR



© Erich Schmidt Verlag



Das westliche Militärbündnis

Seine **Pfeiler** sind die **WEU**, die sich 1954 aus dem Brüsseler Pakt entwickelte und die **NATO**. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1954) schlug der britische Außenminister Bevin die Erweiterung des Brüsseler Pakts vor. Eine wichtige Rolle spielte bei der militärischen Integration des ehemaligen Hauptgegners Deutschland der **Koreakrieg**. Im Frühsommer 1950 marschierten Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), unterstützt von chinesischen Truppen in die Republik Korea (Südkorea) ein. Durch das Eingreifen von UN-Truppen (hauptsächlich amerikanischen) konnte die Front am 38. Breitengrad stabilisiert werden, der seit der Friedenskonferenz von Genf (1954) die Grenze zwischen beiden Ländern bildet.

Die **WEU** entstand 1954 durch den Beitritt der Bundesrepublik und Italiens zum Brüsseler Pakt. Sie diente und dient noch heute der engen militäri-

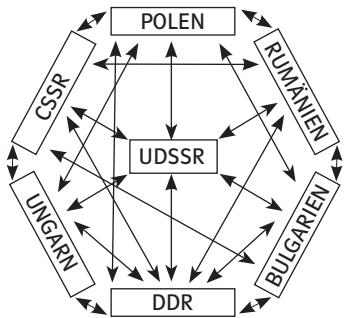
schen und politischen **Verbindung zwischen NATO und den westeuropäischen Partnerstaaten**.

Auch außerhalb Europas bildeten sich Bündnisse unter Führung der USA, so z.B. der ANZUS-Pakt (USA, Australien, Neuseeland, 1952) oder die SEATO (South East Asia Treaty Organization: USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, die Philippinen, Thailand und Pakistan). Zusätzlich schlossen die USA zahlreiche politisch und strategisch wichtige Verträge und sicherten sich ein **weltumspannendes Netz von Stützpunkten**.

Das östliche Bündnissystem

Neun Tage nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO gründete die UdSSR am 14.5.1955 den **Warschauer Pakt** (WP). De facto hatte er aufgrund bilateraler Verträge schon seit Kriegsende bestanden. Jetzt schlossen die UdSSR, Polen, Ungarn, die CSSR, Bulgarien, Rumänien und Albanien (Mitglied bis 1968) den „**Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand**“. Die DDR

trat ihm zur „Verteidigung der gesetzmäßigen [sozialistischen] Errungenschaften“ am 28.1.1956 bei. Die Notwendigkeit des WP wurde mit der „Remilitarisierung der revisionistischen Bundesrepublik“ begründet. Der WP war, wie auch die NATO, ein **Defensivbündnis**. In seiner Struktur unterschied er sich wesentlich von der NATO. Während in dieser trotz der unangefochtenen Führungsrolle der USA das Konsensprinzip galt und gilt, beherrschte die UdSSR den WP eindeutig und benutzte ihn zur Demonstration der (angeblichen) Geschlossenheit und Homogenität der sozialistischen Staatengemeinschaft.



Das Bündnissystem des Ostblocks

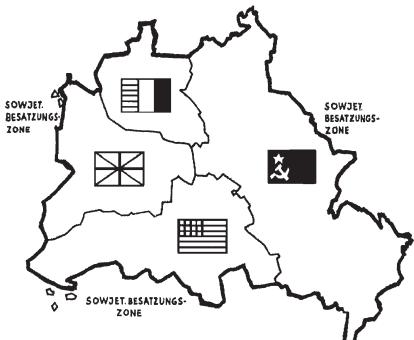
Die Problematik der Bonner Deutschlandpolitik

Die **Bipolarisierung** der Welt durch die Entstehung der Blöcke und die **Integration der beiden deutschen Staaten** (1955) hatten **entscheidende Auswirkungen auf die Bonner Deutschlandpolitik**: Die Teilung Deutschlands hatte sich verfestigt und die Westmächte zeigten deutlich, dass sie zu der von Adenauer gewünschten Konzentration auf die Wiedervereinigung nicht mehr bereit waren. Die Bundesregierung wurde zwar an allen westlichen Vorbereitungen für Ost-West-Konferenzen beteiligt, konnte sich aber mit ihren deutschlandpolitischen Vorstellungen und Wünschen nicht durchsetzen. Damit war die Bonner Deutschlandpolitik isoliert und zudem nur denkbar bei einer grundlegenden Veränderung der globalen und vor allem europäischen Rahmenbedingungen.



Berlin als Brennpunkt östlicher und westlicher Deutschlandpolitik

Die Konkurrenz der Supermächte und die kontroverse Deutschlandpolitik der Alliierten verdichteten sich im Berlin-Problem. Die UdSSR sah in der Lage und in der politischen Situation der Stadt die Chance, den Hebel anzusetzen und Druck auf die USA, den Westen bzw. die Bundesrepublik auszuüben. Bezeichnend dafür sind die Berlin-Blockade (1948/49), das Berlin-Ultimatum (1958), der sowjetische Friedensvertragsentwurf (1959) und der Mauerbau (1961). Bei allen deutschlandpolitischen Vorstößen dieser Zeit spielt die **Machtdemonstration** der Blöcke bzw. ihrer **Supermächte** eine unübersehbare Rolle. Berlin war wie kein anderes Objekt geeignet, der Weltöffentlichkeit die „Stärke“ und „Überlegenheit“ der UdSSR einerseits und die „Schwäche“ und „Hilflosigkeit“ des Westens bzw. der USA andererseits zu demonstrieren. Aber auch die USA benutzten z.B. 1948/49 die Luftbrücke, um die Überlegenheit ihres Systems aller Welt zu demonstrieren.



Das Berlin-Ultimatum

Ende der Fünzigerjahre wurde Berlin mehr und mehr zum Testfall des Ost-West-Verhältnisses. Am 10. November 1958 forderte der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow in seiner **Moskauer Sportpalastrede** die Beseitigung des Vier-Mächte-Status für Berlin, was ein Aufgehen der ganzen

Stadt in der DDR bedeutet hätte. Am 27. November richtete er sein so genanntes **Berlin-Ultimatum** an die Westmächte: Er erklärte alle Hoheits- und Besitzungsrechte der Alliierten für hinfällig und drohte, die sowjetischen Rechte an die „souveräne Deutsche Demokratische Republik“ zu übertragen, wenn der Status Westberlins nicht binnen sechs Monaten in den einer „Freien Stadt“ überführt würde. Damit erweiterte er die „Zwei-Staaten-Theorie“ zur „**Drei-Staaten-Theorie**“. Dies hätte angesichts der geografischen und politischen Lage Westberlins das Aufgehen der ganzen Stadt in der DDR bedeutet. Außerdem hätten Verhandlungen der Westmächte mit der DDR deren Anerkennung vorausgesetzt. Die Westmächte wiesen das Ultimatum zurück und stellten fest, dass die Berliner Frage nur im Rahmen eines Abkommens mit der Sowjetunion über die gesamte Deutschlandfrage geregelt werden könne.

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf

Am 10. Januar 1959 richtete Chruschtschow einen ultimativen Friedensvertragsentwurf (Verhandlung innerhalb von 2 Monaten) an die Westmächte. Er beinhaltete alle wesentlichen Forderungen der sowjetischen Deutschlandpolitik seit 1952: Wiedervereinigung auf der Grundlage einer „Konföderation“ beider gleichberechtigter deutscher Staaten, Neutralität des vereinigten Deutschlands, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Status einer entmilitarisierten „Freien Stadt“ für Westberlin.

Die Genfer Außenministerkonferenz

Angesichts der massiven Drohungen Chruschtschows einigten sich die Alliierten auf die Genfer Außenministerkonferenz (11.5.-13.7.1959), an der erstmals auch Beratungsdelegationen der beiden deutschen Staaten teilnahmen. Die Konferenz scheiterte einmal mehr an den gegensätzlichen Positionen der alliierten Deutschland- und Berlinpolitik.



Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik in den Fünfzigerjahren

Präsident Eisenhower (1953–1961) ersetzte die Containment-Strategie durch die aggressive Sicherheitspolitik des „**Roll Back**“ bzw. der „**Massive Retaliation**“ („massive Vergeltung“). Ziel dieser neuen antikommunistischen Politik war nicht mehr die Zurückdrängung des Kommunismus. Sie basierte vielmehr auf zahlreichen gegen die UdSSR gerichteten Verträgen und Bündnissystemen rund um die Erde und auf der „**Dollarhegemonie**“ gegenüber strategisch wichtigen Ländern. Als die UdSSR Mitte der Fünfzigerjahre das atomare Patt, das „**Gleichgewicht des Schreckens**“ erreichte, musste die US-Außen- und Sicherheitspolitik neu konzipiert werden. Dies tat Kennedy mit dem „geopolitischen Realismus“.

Die sowjetische Außenpolitik unter Chruschtschow

Aus den parteiinternen Machtkämpfen nach Sta-

lins Tod ging Nikita S. Chruschtschow als Sieger hervor. Seine Außenpolitik war zweigleisig. Mit der Entstalinisierung leitete er 1956 eine „**Phase des Tauwetters**“ ein, die in seinem Prinzip der „**friedlichen Koexistenz**“ zwischen Völkern unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme gipfelte. Die „**friedliche Koexistenz**“ diente in erster Linie dem nötigen wirtschaftlich-technologischen Profit und bedeutete keineswegs die Aufgabe der bisherigen politischen Ziele. Chruschtschows Außenpolitik gegenüber dem Westen bzw. der USA wurde immer aggressiver, äußerte sich in **Ultimaten, Drohgebärden, massiver Aufrüstung** und gipfelte in der Kubakrise.

Seine **Außenpolitik gegenüber den „sozialistischen Bruderländern“** war geprägt von sowjetischer Dominanz und Unterdrückung, die auch vor brutalsten Methoden (wie z.B. der blutigen Niederschlagung des antikommunistischen Aufstands in Ungarn 1956) nicht zurückschreckte. Die **Kuba-krise** verdeutlichte der sowjetischen Führung das unkalkulierbare Risiko ihrer aggressiven Außenpo-

litik. Deshalb schwenkte sie von der Konfrontation zu der von Kennedy vorgeschlagenen Kooperation um. Damit begann die Entspannung.

Der Berliner Mauerbau

In den Fünfzigerjahren flohen jährlich hundertausende DDR-Bürger über Westberlin. Walter Ulbricht, der führende Mann der DDR, wollte die

wirtschaftlich und propagandistisch problematische Massenflucht (Höhepunkt 1953: ca. 500 000) durch eine Berliner Mauer stoppen. Noch Anfang Juni 1961 hatte die UdSSR dies verweigert. Kennedys „three essentials“ zeigten, dass damit kein Risiko verbunden war. Den Mauerbau begründete die DDR mit den „revanchistischen und militaristischen Kräften“ der Bundesrepublik.

Die Auswirkungen der Entspannung auf die Deutschlandpolitik

USA

- Lösung im europäischen Rahmen
- Anerkennung des Status quo
- Ablehnung der Alleinvertretung
- Wiedervereinigung ist ein langwieriger Prozess, der von Realitäten ausgehen muss

Bundesrepublik

- Lösung mit Hilfe der Westmächte
- Selbstbestimmungsrecht, Wiedervereinigung
- Alleinvertretung
- Nichtanerkennung der DDR
- Hallstein-Doktrin (s. KK 83)

UdSSR

- Lösung im europäischen Rahmen
- Anerkennung des Status quo
- Verzicht auf Alleinvertretung
- Wiedervereinigung unrealistisch (2 souveräne deutsche Staaten)



Die Vielschichtigkeit der deutschen Frage

Sie ergab sich aus folgenden Aspekten:

- **Juristischer Aspekt:** Ist das Deutsche Reich 1945 untergegangen, gibt es eine Rechtsnachfolge, entstanden zwei neue Staaten in Deutschland? Auf welches Gebiet bezieht sich überhaupt „Deutschland“? Wie ist das Verhältnis der beiden deutschen Staaten, sind sie füreinander Ausland? Ist Wiedervereinigung überhaupt möglich?
- **Historischer Aspekt,** der die Entstehung und Entwicklung zweier deutscher Staaten beinhaltet sowie deren Integration in das westliche bzw. östliche Bündnis.
- **Politischer Aspekt:** Existenz zweier antagonistischer deutscher Staaten (Demokratie – sozialistische Volksdemokratie); Nichtanerkennung der DDR durch die BRD; politischer Status Berlins (Viermächtestadt; Land der BRD?; Hauptstadt der DDR?); Hallstein-Doktrin.
- **Territorialer Aspekt:** Wozu gehören die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße? Welchen rechtlichen Status hat die innerdeutsche

BRD aufgrund freier Wahlen über ihr politisches Schicksal hätten entscheiden können, bestehen die „staatliche Lizenz“ nur in der Bundesrepublik fort.

- Die **Wiedervereinigung** (in den Grenzen vom 31.12.1937, also ohne Österreich, das Sudetenland, das Memelgebiet und die im Krieg besetzten Gebiete) als oberstes staatliches Ziel verpflichtete laut Präambel des Grundgesetzes alle Politiker und alle politischen Institutionen.
- **Alleinvertretungsanspruch:** Da allein die Bundesrepublik ein frei gewählter Staat sei, habe allein sie das Recht, alle Deutschen zu vertreten.
- **Nichtanerkennung** der DDR. Da der DDR nach Ansicht der Bundesrepublik die freiheitliche Legitimation fehle, wurde sie nicht als Staat anerkannt. Sie galt als geografischer Raum („Ostdeutschland“, „die Zone“, „drüber“ etc.) bzw. als Machtbereich eines autoritären Regimes ohne wirkliche Herrschaftslegitimation („Unrechtsstaat Walter Ulrichs“, „so genannte DDR“).
- **Hallstein-Doktrin** (benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein):

Grenze? Hat sie den Status einer völkerrechtlichen Staatsgrenze oder den einer Grenze wie zwischen Bundesländern?

- **Der europäische Aspekt:** Einbindung beider Staaten in Ost und West; Abhängigkeit von den ehemaligen Besatzungsmächten trotz Souveränität (Wiedervereinigung, Berlin). Wiedervereinigung ist im Zeitalter der Entspannung ein europäisches Problem.
- **Kernbereiche:** Die Bundesrepublik wollte die staatliche und nationale Einheit wahren und die Wiedervereinigung erreichen. Die DDR forderte die Anerkennung ihrer Souveränität und lehnte die Wiedervereinigung mit der Äquivalenzthese ab.

Das Selbstverständnis der Bundesrepublik

Es basierte bis 1969 auf folgenden Positionen:

- **Rechtsnachfolge.** Nach Ansicht der Bundesrepublik war 1945 zwar das nationalsozialistische Regime untergegangen, nicht aber das Deutsche Reich als Staat. Da nur die Deutschen in der
- 1955 drohte die BRD, keine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu denjenigen Staaten zu unterhalten, die die DDR völkerrechtlich anerkannten. Im Falle der UdSSR musste sie jedoch von Anfang an eine Ausnahme machen.
- Aus diesen Positionen ergab sich zwingend das Festhalten an der **Einheit der Nation**.

Das Selbstverständnis der DDR

Trotz der **Äquivalenzthese** und der Forderung der **völkerrechtlichen Anerkennung** durch die BRD hielt die DDR (bis Beginn der Siebzigerjahre) an der **Zwei-Staaten-eine-Nation-Theorie** fest. Wiedervereinigung war also möglich, aber nur, wenn das vereinigte Deutschland sozialistisch werden würde. Zu Beginn der Siebzigerjahre gab sie die Position der nationalen Einheit auf und sprach nur noch von zwei deutschen Staaten und zwei (antagonistischen) deutschen Nationen (= **Zwei-Staaten-zwei-Nationen-Theorie**).



Grundzüge der Bonner Deutschlandpolitik 1963–1969

Auch nach dem Beginn der Entspannung war die Bonner Deutschlandpolitik bestimmt vom **Festhalten** der Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger **an der** bisherigen **Deutschlandpolitik**. Damit gerieten sie immer mehr in die Isolation. Die Lösung des europäischen Kernproblems, der deutschen Frage, als Voraussetzung für die europäische Entspannung bedeutete für die Alliierten längst nicht mehr „Wiedervereinigung“, sondern „Normalisierung der bestehenden Verhältnisse“. Sie sollte durch ein vertraglich geregeltes Nebeneinander der deutschen Staaten erreicht werden. Die **Anpassung** der Bonner Regierungen an die neuen Verhältnisse geschah **nur** zögerlich und **verbal**. Adenauer strebte nun „menschliche Erleichterungen“ in der DDR an und erklärte, „über vieles mit sich reden zu lassen“, wenn die Bevölkerung der DDR ihr Leben frei gestalten könnte. Erhard richtete am 31.12.1967 eine „Friedensnote“ mit Vorschlägen zur

bes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung.“

Von der „Großen Koalition“ zur sozial-liberalen Koalition

1963 trat Bundeskanzler Adenauer, wie 1961 mit seiner Partei vereinbart, zurück. Nachfolger wurde Ludwig Erhard, der „Vater des Wirtschaftswunders“. Mitte der Sechzigerjahre beendete eine erste Wirtschaftsrezession den wirtschaftlichen Aufschwung. Erhard ließ Führungskraft vermissen und Ende Oktober 1966 traten die FDP-Minister aus der Regierung aus. Als sich auch die CDU von ihrem Kanzler distanzierte, trat Erhard Anfang Dezember 1966 zurück. Noch am selben Tage einigten sich **CDU/CSU** und **SPD** auf die Große Koalition. Kanzler wurde Kurt Georg Kiesinger, Vizekanzler Willy Brandt. Nach der Bundestagswahl von 1969 bildeten SPD und FDP die sozial-liberale Koalition unter der Füh-

abrüstung, Friedenssicherung und Entspannung an fast alle Staaten der Welt, allerdings nicht an die DDR. Seine Initiative, die auch wirtschaftliche Verbesserungen mit den Ostblockstaaten zum Ziel hatte, scheiterte an deren Blocksolidarität. Kiesinger erklärte, man müsse „ohne Scheuklappen sehen, was ist“. Er ließ die Hallstein-Doktrin stillschweigend fallen, als die BRD diplomatische Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien aufnahm, hielt aber am Alleinvertretungsanspruch fest.

Wandel durch Annäherung

Die SPD reagierte seit dem Mauerbau auf die veränderte Situation. Willy Brandt, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, entwickelte mit seinem Berliner Weggenossen Egon Bahr die Leitlinien der neuen SPD-Deutschlandpolitik. Bahr verkündete sie im Juli 1963 („**Tutzinger Rede**“): „Wir haben gesagt, dass die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstri-

nung von Bundeskanzler **Brandt** und Außenminister Walter **Scheel** (FDP).

Willy Brandt

* 1913 als Herbert Frahm. 1930 Mitglied der SPD; 1933 Emigration nach Norwegen; kämpft im spanischen Bürgerkrieg auf republikanischer Seite; nimmt nach Ausbürgерung aus Deutschland die norwegische Staatsbürgerschaft an; Korrespondent skandinavischer Zeitungen (Pseudonym: Willy Brandt); nach Kriegsende Rückkehr, Wiederannahme der deutschen Staatsbürgerschaft; 1949 Mitglied des Bundestags; 1957–1966 Regierender Bürgermeister von (West-)Berlin; 1964 Vorsitzender der SPD; 1966–1969 Vizekanzler und Außenminister; 1969–1974 Bundeskanzler.
† 1992.



Interpretation von Kernbegriffen des Moskauer Vertrags (vom 12.8.1970)

Zwischenstaatliche Verträge verwenden aufgrund komplizierter historischer und/oder juristischer Sachverhalte oft eine spezifische Sprache, deren Begriffe und Formulierungen richtig „übersetzt“ werden müssen. Der Moskauer Vertrag ist ein Paradebeispiel hierfür. Die Präambel bezog sich u.a. auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die beide Staaten 1955 vereinbart hatten. In diesem Vertrag hatten sie „die Wiederherstellung der Einheit eines demokratischen Staates“ als „Lösung des gesamten nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes“ vereinbart. Dieses Ziel der Bonner Deutschlandpolitik bestätigte die UdSSR durch die Erwähnung des Vertrags von 1955 sehr zum Ärger der DDR erneut. Grund für dieses Zugeständnis war das Bemühen der UdSSR, mit der Bundesrepublik und dem Westen allgemein zu vertraglich geregelten Verhältnissen zu kommen, aus denen sie wirtschaftliche und politische Gewinne schlagen konnte.

Der „Brief zur deutschen Einheit“

Die starke Orientierung des Vertrags am Status quo brachte der Regierung Brandt den Vorwurf der Opposition ein, die Wiedervereinigung nicht ernsthaft zu betreiben. Um diesen Vorwurf zu entkräften, richtete Außenminister Scheel am Tag der Vertragsunterzeichnung den „Brief zur deutschen Einheit“ an seinen Amtskollegen Gromyko, in dem das **Ziel der friedlichen Wiedervereinigung** in freier Selbstbestimmung betont wurde. Dies erhöhte die Chancen für eine Ratifizierung [Annahme] der Ostverträge im Bundestag.

Der Warschauer Vertrag (7.12.1970) und Brandts Kniefall

Die Kritik der **Opposition** konzentrierte sich auf die Bezeichnung westliche „Staatsgrenze“ Polens. Nach Ansicht vieler Völkerrechtler beinhaltete dieser Begriff die **De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze** und damit den **Verzicht auf die früheren deutschen Ostgebiete**. Am Vorabend der Vertragsunterzeichnung sprach Brandt in Warschau

Art. 3 enthält folgende Schlüsselbegriffe: „**Achtung** der territorialen Integrität“, „**antasten**“ und „**unverletzlich**“. Diese bewusst gewählten Begriffe schließen jede Art von Gewalt oder Druck aus. „Achtung“ bedeutet aber auch, dass die Bundesrepublik Grenzen zwar faktisch akzeptiert, ihre Entstehung jedoch nicht billigt. Da „Unverletzlichkeit“ und „Achtung“ weit entfernt sind von einer völkerrechtlichen „Anerkennung“, war dieser Passus ein deutliches Zugeständnis der UdSSR an die Bonner Deutschlandpolitik.

Die Bewertung des Vertrags durch die Opposition

Die Opposition äußerte **harte Kritik**. Der Vertrag erkenne die Teilung Deutschlands an, legalisiere Mauer, Stacheldraht und die Verweigerung der Grundrechte für die Bürger der DDR und verstöße gegen das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.

das Unrecht der Vertreibung an, gedachte jedoch durch seinen Kniefall vor dem Warschauer Getto-Mahnmal am folgenden Tag auch der Opfer des Getto-Aufstands (April/Mai 1943).

Der Abschluss der sozial-liberalen Ostpolitik

Mit dem Prager Vertrag (11.12.1973), der nicht die Bedeutung des Moskauer oder Warschauer Vertrags hatte, schloss die sozial-liberale Koalition ihre Ostpolitik ab. Die Vertragspartner bezeichneten das **Münchener Abkommen** (vom 29.9.1938) als „nichtig“ und bekräftigten die **Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenze**.

Einen Monat danach nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit Bulgarien und Ungarn auf. Damit bestanden (mit Ausnahme Albaniens) normale politische Beziehungen zu allen ost-europäischen Staaten.



Berlin als „neuralgischer Punkt“ der Ost-West-Beziehungen (1948–1971)

Nach der von den Siegern 1944/45 vereinbarten Rechtslage war **Berlin** eine **Viermächtestadt**. Daran änderte sich auch mit der Entstehung der beiden deutschen Staaten und ihrer Souveränität die jure nichts. Die Problematik Berlins ergab sich daraus, dass sich die faktischen Verhältnisse jedoch anders entwickelten. Westberlin wurde durch die 1952 von den Westmächten gebilligte Gesetzgebungs-, Rechts-, Wirtschafts-, Finanz-, außenpolitische und diplomatische Einheit mit der Bundesrepublik praktisch ein Land der Bundesrepublik, wenngleich Berliner Bundestags- und Bundesratsabgeordnete nicht stimmberechtigt waren. Ostberlin wurde 1949 im Gegensatz zu den alliierten Absprachen, aber mit Billigung der UdSSR, Hauptstadt der DDR, die am 20. Mai 1955 von der UdSSR die Kontrolle des gesamten zivilen Verkehrs nach Berlin erhielt. Damit waren **in der Praxis West- und Ostberlin Teile der beiden deutschen Staaten**. Diese Diskrepanz zwischen juristi-

von ihrer bisherigen Berlinpolitik ab und **bestand nicht mehr auf der „Umwandlung“ Westberlins** in eine „selbstständige politische Einheit“. Außerdem hatte die Bundesrepublik eine zufriedenstellende Berlin-Regelung mit der Ratifizierung der Ostverträge verknüpft. Auch die UdSSR verknüpfte das Berlin-Abkommen mit der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik. Aus diesen Gründen ergab sich zu Beginn der Siebzigerjahre eine für die Bundesrepublik günstige Situation, in der die Sowjets Zugeständnisse machen mussten.

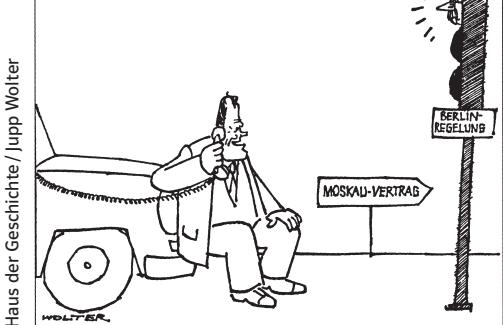
schen Bestimmungen und faktischer Entwicklung schuf und bestimmte den problematischen Status Berlins. Die UdSSR benutzte zudem Westberlin zwischen 1948 und 1971 als Krisenhebel, dokumentierte ihre Überlegenheit und ihren Machtanspruch in ihrem Interessengebiet dort und betrieb eine „Politik der Nadelstiche“ (vgl. Berlinblockade 1948/49, Niederschlagung des Arbeiteraufstands 1953, Chruschtschows Berlin-Ultimatum 1958, Bau der Berliner Mauer 1961).

Die günstige Situation zu Beginn der Siebzigerjahre

Das **Rüstungswettrennen** belastete die UdSSR finanziell sehr und verhinderte die notwendige Verbesserung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Situation. Deshalb war sie an einer Beschleunigung der Entspannung und der damit verbundenen Abrüstung sehr interessiert. Zusätzlich versprach sie sich von einer Berlin-Regelung **wirtschaftliche, technische und finanzielle Vorteile** von der Bundesrepublik. Deshalb rückte die **UdSSR**

Die Bedeutung des Abkommens

Die große Bedeutung des Viermächte-Abkommens (3.9.1971) ergab sich aus seiner mehrfachen **Verknüpfung mit dem deutschlandpolitischen und internationalen Rahmen**. Es dokumentierte den Willen der Supermächte und ihrer Verbündeten, die Entspannung in Europa voranzutreiben, band die deutschen Staaten durch Verpflichtungen zu konkreten Maßnahmen in diesen Entspannungsprozess ein und gab den Rahmen vor, innerhalb dessen die beiden deutschen Staaten Vereinbarungen konkretisieren sollten. Insgesamt **normalisierte** das Abkommen **die Situation Berlins** und die Stadt verlor ihren Charakter als potenzieller Störfall des Ost-West-Konfliktes.



„Gern, Herr Breschnew; sobald Sie auf Grün schalten!“ (Auf Rot „steht“ W. Ulbricht.)



Deutsch-deutsche Gespräche zu Erfurt und Kassel

Die Regierungserklärung Brandts löste ost- und westdeutsche Initiativen aus. Ulbricht bot im Dezember 1969 einen Vertrag über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen an, Brandt im Januar des folgenden Jahres einen breit angelegten Meinungsaustausch zu grundlegenden Fragen inklusive gleichberechtigter Beziehungen.

Nach mühsamen protokollarischen Vorgesprächen trafen sich die Regierungschefs Willy **Brandt** und Willi **Stoph** in **Erfurt (19.3.1970)**. Die Bedeutung des Treffens lag nicht in Ergebnissen, die es gar nicht bringen konnte, sondern in der Tatsache, dass sich zum ersten Male seit Juni 1947 (Münchner Ministerpräsidentenkonferenz) wieder deutsche Politiker trafen. Auch das zweite Treffen in **Kassel (21.5.1970)** brachte kein konkretes Ergebnis, da Stoph die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD forderte und Brandt an den „besonderen“ innerdeutschen Beziehungen – also keinen völkerrechtlichen – festhielt.

Das Kernproblem der nationalen Einheit

Die diesbezüglichen Ansichten waren derart gegensätzlich, dass es nicht einmal einen Kompromiss geben konnte. Für **Brandt** bedeutete Nation „mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung“. Nation gründete sich für ihn auf „das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes.“ Die **SED-Führung** sah dagegen die Ideologie als entscheidendes nationales Kriterium und sprach von einer sozialistischen und einer kapitalistischen Nation. Aus diesem Grund wurde das Kernproblem aus dem eigentlichen Vertrag herausgehalten und die unterschiedlichen Positionen in dem „Zusatzprotokoll über die Staatsbürgerschaft“ dargelegt. Dort erklärte die Bundesrepublik: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden.“ Die DDR gab zu Protokoll: „Die Deutsche Demokratische Republik geht davon aus, dass der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeit erleichtern wird.“ Die Bundesrepublik fügte dem Vertrag den „Brief zur deutschen Einheit“ (vgl. Moskauer Vertrag) bei, den die DDR aber nicht als Teil des Vertrags ansah.

Transitabkommen und Verkehrsvertrag

Anfang Mai 1971 kam es in der DDR zu einem Machtwechsel. Erich Honecker, der Nachfolger Ulrichs, wehrte sich gegen die von der UdSSR verordnete Verbesserung des deutsch-deutschen Verhältnisses und sah als ausschließliche Grundlage für Verhandlungen mit der BRD das „Verhältnis der Klassenfeindschaft“. Er musste sich jedoch dem sowjetischen Druck beugen und am **17.12.1971** unterzeichneten die beiden deutschen Staaten das **Transitabkommen**, das den Personen- und Güterverkehr von der BRD nach Westberlin regelte. Am 11.5.1972 folgte der **Verkehrsvertrag**. Dieser regelte Rechtsfragen für den Straßen-, Schienen- und Wasserverkehr. Seine Bedeutung lag, abgesehen von den inhaltlichen Bestimmungen, darin, dass er der **erste Staatsvertrag zwischen BRD und DDR** war.

Gewinne und Zugeständnisse

Die BRD hatte folgende **Gewinne** verbuchen können: Festhalten an der Wiedervereinigung; keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Beziehungen der deutschen Staaten sind „von besonderer Art“; der Vertrag bringt menschliche Erleichterungen, ist damit ein erster Schritt des „Wandels durch Annäherung“.

Sie hatte **Zugeständnisse** machen müssen bei den „inneren Angelegenheiten der DDR“ (Mauer, Grenze, Schießbefehl, Menschenrechte, Auslegung der „gutnachbarlichen Beziehungen“). Erleichterungen im humanitären Bereich (Reiseerleichterungen, Umtauschquoten DM-West in DM-Ost, Freikauf von politischen Gefangenen, Bau von Transitwegen etc.) waren nicht konkretisiert worden und konnten von der DDR rückgängig gemacht oder verschlechtert werden. Die Opposition kritisierte, die BRD habe sich unsichere Verbesserungen mit „harter Währung“ erkauft.



Die Phasen der Entspannung

- 1. Von der Konfrontation zur begrenzten Kooperation (1963–1969):** Beginn der Entspannung nach der Kubakrise mit **ersten Mitteln und Formen der Kooperation** der Supermächte: Einrichtung des „Heißen Drahts“ (direkte Telefonverbindung zwischen den Regierungschefs der USA und der UdSSR) und Atomteststopp-Abkommen (beide 1963).
 - 2. Die begrenzte Aufrüstung (1969–1975):** Erste Ergebnisse werden erreicht: der **SALT I-Vertrag** (Strategic Arms Limitation Talks, USA-UdSSR) begrenzte 1972 die Aufrüstung und dokumentierte die Bereitschaft der Supermächte zur Rüstungssteuerung. 1973 begannen in Wien die Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt über den gegenseitigen ausgewogenen Abbau nichtnuklearer Streitkräfte in Mitteleuropa (MBFR, Mutual Balanced Forces Reduction). Aufgrund der komplizierten Materie wurde ein Abkommen erst 1990 erreicht. In die-
 - 4. Erneute Konfrontation (1979–1985):** Die sowjetische Intervention in **Afghanistan** (Dez. 1979), die ein Übergreifen der islamischen Revolution auf die islamischen Südstaaten der UdSSR verhindern sollte, löste wirtschaftliche Sanktionen der USA gegenüber der UdSSR und **hektische Aufrüstung** der Supermächte aus. Präsident Ronald **Reagan** propagierte die „**Politik der nationalen Stärke**“ gegenüber dem „Erzfeind“. Entscheidend war jedoch, dass trotz des Rückfalls in den Kalten Krieg die bilateralen Kontakte nicht völlig beendet wurden.
 - 5. Die endgültige Entspannung (1985–1991):** In dieser Phase zeigte sich, dass die UdSSR ein „Koloss auf tönernen Füßen“ war (wirtschaftlich-technologische Rückständigkeit, niedriger Lebensstandard, Nationalitätenkonflikt, wachsende Opposition) und den Westen dringend brauchte. Michail Gorbatschow, der 1985 die Macht übernahm, versuchte mit Perestroika (= Umgestaltung) und Glasnost (= Offenheit) den Untergang der UdSSR aufzuhalten. Ergebnis dieser Situation war der erste wirkliche Abrüstungsvertrag über die nuklearen Mittelstreckenraketen (**INF**, Intermediate Range Nuclear Forces) 1987.
- se Phase fallen die **ost- und deutschlandpolitischen Verträge**.
- 3. Der Durchbruch (1975–1979).** Die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki, 1975) schuf die Grundlage für das von Ost und West angestrebte System der kollektiven Sicherheit. Das Abkommen unterzeichneten 35 Staaten (33 europäische, darunter BRD und DDR, sowie USA, Kanada). Neben sicherheitspolitischen Absprachen verpflichteten sich die Teilnehmer zu Vertrauen bildenden Maßnahmen: Unverletzlichkeit der Grenzen, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. **Folgekonferenzen** (Belgrad, Madrid, Wien) und der bilaterale **SALT II-Vertrag** (1979, Festschreibung der Obergrenze für nukleare Trägersysteme bis 1985) verbesserten das System der kollektiven Sicherheit weiter.

Das deutsch-deutsche Verhältnis

Zahlreiche **Folgeverträge** des Grundlagenvertrags (innerdeutscher Reiseverkehr, Verwandtenbesuche, touristische Reisen, Begegnung von Sport- und Schulgruppen etc.) bewirkten eine spürbare **Verbesserung des deutsch-deutschen Verhältnisses**. Die deutsche Frage blieb aber weiterhin offen, obwohl sie aus Sicht der Supermächte seit 1972 „gelöst“ war. Die Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen 1979 wirkte sich auch auf das deutsch-deutsche Verhältnis aus, führte aber nicht zum Abbruch der Beziehungen. So gab es Gespräche zwischen Bundeskanzler Schmidt (SPD) und dem Generalsekretär der SED Honecker (z. B. am Werbellinsee in der Mark Brandenburg, 1981). **Honeckers Staatsbesuch** der Bundesrepublik **1987** und seine Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verdeutlichten die faktische Anerkennung der DDR durch die BRD. An der Einstellung beider Staaten zur deutschen Frage änderte er nichts.



„Hexenmeister“ Gorbatschow

1985 kam mit **Perestroika** und **Glasnost** ein weiterer, für die unflexiblen SED-Führer höchst gefährlicher Faktor hinzu. Der welthistorisch einzigartige Übergang einer Diktatur mit hegemonialem Anspruch zu einem aufgeklärten autoritären System und die damit verbundenen demokratischen Ansätze **stärkten die Opposition in den Ostblockstaaten** und lösten die Revolution gegen die jetzt „rückständigen“ kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten aus. Die Geister, die Gorbatschow rief, überwältigten nicht nur ihn, den „Hexenmeister“, sondern beschleunigten den Untergang des Sozialismus.

„Es geht doch nicht, dass nicht mehr gilt, was 40 Jahre falsch war.“

Die **SED-Führung** sperrte sich mit aller Macht **gegen den sowjetischen Reformprozess**. Sie wollte einen konservativen Kurs steuern und den „Sozialismus in den Farben der DDR“ behaupten. Dies

in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“) oder mit völlig unrealistischen Behauptungen aufzuwarten (Honecker im August 1989: „Die Einheit der Massen mit der Partei war noch nie so stark wie heute“). Große Teile der DDR-Bevölkerung sahen nicht ein, warum ausgerechnet jetzt nicht mehr gelten sollte, was jahrzehntelang gegolten hatte: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“. Oder hatte doch die satirische DDR-Zeitschrift „Eulenspiegel“ Recht, die 1989 feststellte: „Es geht doch nicht, dass plötzlich nicht mehr gilt, was 40 Jahre falsch war.“

Die DDR im Jahre 1989 aus Sicht der UdSSR

Im Frühjahr 1990 urteilte der enge Vordenker der Perestroika, Prof. Daschitschew in einer Denkschrift zur Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik: „Das in der **DDR** entstandene **Regime** konnte und kann politisch und ökonomisch nur bei Isolierung von der BRD bestehen, **gestützt auf Gewalt gegen die eigene Bevölkerung**. Als Stützen seiner

schiene ihr unerlässlich, weil mit demokratischen Reformen nicht nur ihrer Herrschaft und Herrschaftslegitimation die Grundlage entzogen, sondern – anders als in Polen oder Ungarn – die Existenz der DDR überhaupt in Frage gestellt worden wäre. Die SED-Führung ging mit Recht davon aus, dass die DDR nur als antifaschistische, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar war. Eine kapitalistische DDR hätte neben einer kapitalistischen BRD keine Existenzberechtigung und keine Existenzfähigkeit besessen. Demokratische Reformen hätten also automatisch auch die deutsche Frage, sprich die Wiedervereinigung, betroffen. Deshalb betrieb die SED-Führung **eine Politik der kompromisslosen Festigung ihrer sozialistischen Herrschaft**. Mit diesem sturen Festhalten an dem alten Kurs vergrößerte die SED-Führung die Konflikte. Vor dem Hintergrund der Veränderungen in der UdSSR, in Polen und Ungarn reichte es nun nicht mehr, an den überholten Strukturen mit Plattitüden festzuhalten (Honecker 1989: „Den Sozialismus

Existenz dienen auch die **Kultivierung von überholt ideologischen Dogmen** und die **Aufrechterhaltung eines Feindbildes** in Gestalt des westdeutschen Imperialismus ... Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Effektivität demonstrierte dieses Staatsmodell [der DDR] seine **Unfähigkeit**, verglichen mit dem bürgerlich-demokratischen System der BRD. Es gab den Ostdeutschen weder ein hohes Lebensniveau, vergleichbar mit den Bundesdeutschen, noch elementare Rechte und Freiheiten zur Selbstverwirklichung des einzelnen und keine Möglichkeit für breite internationale Kontakte. ... Ein schwerer Schlag für die Deutschen in Ost und West war die Erklärung [Honeckers 1989], die Berliner Mauer werde noch in 100 Jahren stehen. Eine solche Politik kann man wohl kaum als vernünftig bezeichnen“.

(Wjatscheslaw Daschitschew in: *Der Spiegel* vom 5.12.1990, S. 142 ff.)



„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“

Die Veränderungen in der UdSSR gaben der SED-Führung größeren innenpolitischen Spielraum. Im Gegensatz zu Polen und Ungarn nützte die DDR ihn paradoixerweise **zum Festhalten an den alten Gesellschaftsstrukturen**. Die SED sprach zwar von „Kontinuität und Erneuerung“, sträubte sich aber in der Praxis gegen Reformen. Die offensichtlichen Probleme und Konflikte wurden nicht gelöst. Schlimmer noch: die Führung nahm die Existenz derartiger grundlegender Probleme nicht wahr oder leugnete sie einfach. Diese halsstarrige Haltung der SED-Führung bewog **Gorbatschow** bei seiner Ankunft in Ostberlin am 5.10.1989 zu deutlicher **Kritik**: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren. Wer die vom Leben, von der Gesellschaft ausgehenden Impulse aufgreift und dementsprechend seine Politik gestaltet, der dürfte keine Schwierigkeiten haben. Das ist eine normale Erscheinung.“ Die viel zitierte Kurzfassung

den und ihm für sein politisches Lebenswerk herzlich gedankt.“ Am 3.12.1989 wurde Honecker aus der SED ausgeschlossen.

Die Öffnung der Grenze

Bis heute ist **ungeklärt, wer sie veranlasst hat**. Am Ende einer internationalen Pressekonferenz kramte Günther Schabowski, Mitglied des Politbüros und Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, einen Zettel aus seinen Unterlagen und verkündete, dass Privatreisen nach dem Ausland „ohne Vorliegen von Voraussetzungen ... beantragt werden“ können. Schabowski hatte offensichtlich keine konkreten Vorkenntnisse. Auf die Frage eines Journalisten, ab wann diese Regelung gelte, antwortete er reichlich verwirrt: „Also, Genossen, mir ist das hier also mitgeteilt worden, dass eine solche Meldung heute schon verbreitet worden ist. Nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich.“ Die Öffnung der Grenze löste bei der Bevölkerung nicht nur Begeisterungssürme aus, sondern auch die Gewissheit, sich diesmal durchsetzen zu können.

seiner Kritik (s.o.) äußerte er gegenüber Honecker zwei Tage später in einem Vieraugengespräch.

Die Entlassung Erich Honeckers

Führende SED-Funktionäre versuchten, die revolutionären Volksmassen mit einem **Bauernopfer** zu besänftigen. Sie stürzten deshalb am 18. Oktober Erich **Honecker**. Die Begründung seines Sturzes war identisch mit der, die die SED 18 Jahre zuvor verkündet hatte, als Honecker Ulbricht entmachtete. Fernsehen und Rundfunk meldeten am Abend des 18. Oktober: „Egon **Krenz** ist seit heute neuer **Generalsekretär** des Zentralkomitees der SED. Die 9. Tagung des Zentralkomitees wählte ihn am Nachmittag in diese Funktion. Zugleich wird das Zentralkomitee der Volkskammer vorschlagen, Egon Krenz zum Vorsitzenden des Staatsrates und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates zu wählen. Zuvor hatte die 9. Tagung der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von diesen Funktionen zu entbin-

Der Runde Tisch

Krenz gelang es nicht, die Wogen zu glätten. Politische Forderungen, vor allem die nach der Wiedervereinigung (**„Wir sind ein Volk“, „Deutschland – einig Vaterland“**), wurden immer lauter. Auch der neue Vorsitzende des Ministerrats, Hans Modrow (SED), konnte trotz der Einbeziehung der revolutionären Kräfte die Revolution nicht stoppen. Am 7. Dezember trat erstmalig der „Runde Tisch“ zusammen. Er hatte keine legislative oder exekutive Befugnis, verstand sich aber als **Kontrollorgan der Regierung**. Es tagte wöchentlich und setzte sich aus Vertretern der Regierung, der beiden Kirchen, verschiedener Oppositionsbewegungen, der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen zusammen.

Um der wirtschaftlichen und politischen Krisensituation zu begegnen, beschloss er die Wahl der Volkskammer für den 6.5.1990. Aufgrund der revolutionären Entwicklung wurde sie auf den 18.3.1990 vorgezogen.



Wende? Zusammenbruch“ Revolution?

Die Ereignisse des **Herbst 1989** wurden in Deutschland **unterschiedlich gesehen und bewertet**. Dies verdeutlichen Begriffe wie Revolution, Wende, Umwälzung, Umbruch, Umsturz, Zusammenbruch oder Implosion, die damals benutzt wurden. Ehemalige DDR-Bürger bezweifelten, dass von einer Revolution gesprochen werden könne. Tatsächlich gab es **Gründe** für diese Skepsis: Alte und neue politische Gruppierungen wollten keine Vereinigung mit der BRD, sondern einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“; der Neuanfang verlief schleppend, die PDS erreichte ein überraschend gutes Wahlergebnis im März 1990 und alte Funktionärseilschaften konnten – vor allem in den ländlichen Gebieten – einen Teil ihrer Macht halten.

Zieht man die klassischen Revolutionen von **1789** und **1917** als **Vergleichsmaßstab** heran, dann wird rasch deutlich, dass mit Ausnahme des gewaltsausamen Elements **alle wesentlichen Charakteristika einer Revolution vorhanden** sind. Auch ein Ver-

gleich mit den deutschen „Revolutionen“ von 1848 und 1919 macht deutlich, dass es sich bei den Ereignissen des Herbst 1989 um die **erste wirkliche deutsche Revolution** handelte.

Der ehemalige Bürgerrechtler Rainer Eppelmann, der in der Revolutionsphase eine wichtige Rolle gespielt hatte, zog mit Robert Grünbaum, Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, im Jahre 2004 folgendes Resümee: „**1989 ist für die deutsche Geschichte ein Epochenjahr**. Es war das Jahr des Triumphes über eine Diktatur. Von den wachsenden Protesten gegen die gefälschten Kommunalwahlen im Frühjahr, der Massenflucht über Ungarn und Tschechien im Sommer, über die Massendemonstrationen im Herbst, bis zum Fall der Mauer: die Ostdeutschen stürzten die SED-Herrscher vom Thron. Sie eroberten sich Freiheit, demokratische Souveränität, Menschenrechte und einen Rechtsstaat. Bald darauf war Deutschland vereinigt. ... Am stärksten [von allen Bezeichnungen für den Herbst 1989] haben sich bislang zwei

Begriffe durchgesetzt: „**Wende**“ und „**Revolution**“. ... Nachdem Krenz in seiner programmatischen Erklärung das Wort „Wende“ benutzt hatte, wurde es rasch zum **Schlagwort der SED**. Gemeint waren jedoch nur geringfügige Korrekturen ihrer Politik und keine grundsätzliche Erneuerung des politischen Systems, wie sie von der Bevölkerung gefordert wurde. Die SED-Spitze hoffte nach wie vor, die uneingeschränkte Führungsrolle behalten zu können. Die scheinbaren Zugeständnisse dienten nur dem Ziel, die Herrschaft der SED zu sichern. ... Was 1989 und 1990 in Ostdeutschland geschah, war ein grundlegender Wandel der politischen Machtverhältnisse, getragen durch eine breite Volksbewegung. Es bedeutete einen radikalen Umsturz der bisherigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Ordnung. Der Wandel war

so tiefgreifend, dass das gegenwärtige System auf dem Gebiet Ostdeutschlands nichts mehr mit dem seines Vorgängers gemeinsam hat. **Eine solche radikale Umwälzung** – auch wenn sie weitgehend gewaltfrei abließ – **muss man Revolution nennen.**“

(Rainer Eppelmann/Robert Grünbaum: Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution von 1989/90 war keine „Wende“. In: Deutschland-Archiv, 5/2004, S. 864 ff.)

Mit ihrer Beurteilung befanden sich Eppelmann und Grünbaum in Übereinstimmung mit Lenin, dem Theoretiker und Praktiker der Revolution, der sie folgendermaßen definiert hatte: „Erst dann, wenn die ‚Unterschichten‘ das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten‘ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“



Der völkerrechtliche und politische Rahmen der Vereinigung Deutschlands

Seit den Entschließungen der beiden deutschen Parlamente zur Oder-Neiße-Grenze als endgültige Westgrenze Polens (21.6.1990) kann von der **Wiedervereinigung** Deutschlands in den Grenzen von vom 31.12.1937 nicht mehr gesprochen werden.

Stattdessen wird der Begriff „**Vereinigung**“ verwendet.

Im Deutschlandvertrag („Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“), der am 5.5.1955 in Kraft trat, wurde vereinbart: „Art 2: Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.“ Die-

se alliierten Vorbehaltsrechte galten auch im Jahr 1989 noch, weshalb die Wiederherstellung der **deutschen Einheit** in erster Linie eine **Angelegenheit der Siegermächte** war.

Der Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik

Die **entscheidende Bedeutung** für die Vereinigung kam der **UdSSR** zu, da sie die Entlassung des Bündnispartners DDR aus dem sowjetischen Machtbereich und eine tief greifende Änderung ihrer bisherigen Deutschlandpolitik bedeutete.

In seinem **1987** erschienenen Buch „*Perestroika. Die zweite russische Revolution*“ schrieb Michail **Gorbatschow**: „... Und lassen Sie mich ganz deutlich sagen, dass all diese Erklärungen über die Wiederbelebung der ‚deutschen Einheit‘ weit entfernt sind von der so genannten ‚Realpolitik‘. ... Was hier historisch geformt wurde, sollte am besten der Geschichte überlassen bleiben. Das gilt auch für die Frage nach der deutschen Nation und nach

den Formen deutscher Eigenstaatlichkeit. ... Es gibt zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen. ... Und was in hundert Jahren sein wird, das soll die Geschichte entscheiden. Für die Gegenwart sollte man von den bestehenden Tatsachen ausgehen und sich nicht zu Spekulationen hinreißen lassen. ... Und heute gibt es zwei deutsche Staaten, eine Tatsache, die aufgrund internationaler Verträge anerkannt wurde. Jeder realistisch denkende Politiker kann sich einzig und allein daran orientieren“.

(*Michail Gorbatschow: Perestroika. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., München 1978, S. 260 f.*)

An dieser Deutschlandpolitik hatte sich auch im Herbst 1989 nichts geändert. Am **1. November 1989** versicherte Gorbatschow in Moskau dem SED-Generalsekretär Krenz, alle Fragen, die Deutschland beträfen, würden „nirgendwo anders als in der Hauptstadt der DDR“ entschieden.“ Diese Deutschlandpolitik änderte sich mit der rasant voranschrei-

tenden Revolution in der DDR (und wegen der Finanz- und Wirtschaftshilfe der BRD, die die UdSSR dringend benötigte). Mitte **Dezember 1989** stellte Außenminister **Schewardnadse** sieben Fragen zur Einheit Deutschlands und am **10.1.1990** sicherte Gorbatschow Kanzler Kohl bei dessen Besuch in Moskau zu, dass alle Deutschen in einem Staat leben können. Knapp drei Wochen später erklärte Gorbatschow am **30.1.1990** auf einer Pressekonferenz in Moskau: „Mit scheint, es gibt ein gewisses Einverständnis darüber bei den Deutschen in Ost und West, sowie bei den Repräsentanten der Vier Mächte, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wird.“ In Gesprächen mit Kanzler Kohl zu Moskau und im Kaukasus (**Juli 1990**) tat Gorbatschow den letzten, entscheidenden Schritt und gestand dem vereinigten Deutschland auch die freie Entscheidung über seine Bündniszugehörigkeit zu.



Die Pläne zur Überwindung der deutschen Teilung

Bundeskanzler **Kohl** ergriff mit seinem Zehnpunktepogramm, das keinen konkreten zeitlichen Rahmen hatte, die **Initiative**. Sein Plan wurde von CDU/CSU und FDP begrüßt. Die SPD lehnte Kohls Vereinigungskonzept als verfrüht ab. In der DDR wurde es unterschiedlich aufgenommen: CDU (Ost) und NDPD begrüßten es vorsichtig. Der Vorsitzende der CDU (Ost), Lothar de Maizière, bezeichnete Kohls Programm als „interessantes Konzept“. Die Regierung Modrow lehnte es ab, da es unrealistisch sei und die Souveränität der beiden deutschen Staaten außer Acht lasse.

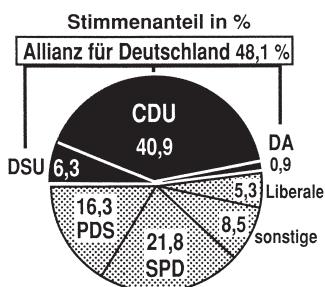
Ende 1989 wurde der Druck der UdSSR auf die DDR-Regierung immer stärker. Am 30.1.1990 machte Gorbatschow dem Vorsitzenden des Ministerrates Modrow in Moskau seine Einstellung zur Vereinigung unmissverständlich klar. Sie waren sich am Ende ihres „Gesprächs“ einig, dass „beide deutschen Staaten ihre Beziehungen zueinander zielt-

strebig ausbauen“ sollten, um so „das Zusammenrücken der DDR und der BRD auf dem Wege einer Konföderation weiterzuverfolgen.“ Modrow reagierte, gab seine Ablehnung einer Vereinigung auf und legte am 1. Februar seinen Vierstufenplan vor. Beide Pläne wurden von der politischen Realität überholt. Die Übersiedlerwelle von DDR-Bürgern schwoll zum Jahresanfang 1990 drastisch an, der wirtschaftliche Kollaps der DDR war offenkundig und Gorbatschow sagte den Deutschen am 10. Februar die Vereinigung explizit zu.

Die Volkskammerwahl

Sie hatte eine **große Bedeutung**, da sie die Art der Vereinigung entschied. Die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Situation der DDR und vor allem der Druck der DDR-Bevölkerung („Kommt die D-Mark, bleiben wir hier. Kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“) erzwang eine Vorverlegung der ersten freien Parlamentswahl in

Ostdeutschland seit dem November 1932 auf den 18. März 1990.



Der Wahlkampf wurde ausschließlich von der Frage, wie die Vereinigung vollzogen werden sollte, bestimmt. Während einige wenige kleine Parteien die Erhaltung der Eigenständigkeit der DDR forderten, waren sich die anderen einig in dem vorrangigen Ziel der Vereinigung. Umstritten war lediglich deren Tempo.

Die **CDU**, die mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA) die „Allianz für Deutschland“ gegründete hatte,

gewann die Wahl, weil sie den DDR-Bürgern eine möglichst schnelle Vereinigung über Art. 23 GG („Beitritt anderer Teile Deutschlands“) zum Gelungsbereich des Grundgesetzes versprach und Bundeskanzler Kohl seinen Amtsbonus und seine Popularität in die Waagschale warf. Die neu gegründete **SPD**, die auf eine lange Tradition zurück schauen konnte, **verlor**, weil sie den langsamsten Weg der Vereinigung über Art. 146 (Schaffung einer neuen Verfassung und deren Annahme durch das Volk) bevorzugte. Das **Bündnis 90**, in dem sich die Initiativgruppen der Revolution vereinigt hatten, wurde für sein Ziel eines modifizierten Sozialismus in einer eigenständigen DDR bestraft. Das erstaunlich gute Ergebnis der **PDS** hatte zwei Gründe: Sie schürte systematisch die Ängste vor der Vereinigung und die bisher Privilegierten erhofften sich von ihr Schutz und Besitzstandswahrung. Am 5. April trat die letzte Volkskammer der DDR zusammen und wählte Sabine Bergmann-Pohl (CDU) zur Präsidentin und Lothar de Maizière zum letzten Ministerpräsidenten.



Staats- und Einigungsvertrag

Der rapide Verfall der DDR-Wirtschaft, die extrem hohe Staatsverschuldung und der lautstarke Wunsch der Masse der DDR-Bürger nach schnellen Veränderungen ließen für den **Staatsvertrag** keine Zeit für längere volkswirtschaftliche Überlegungen. Die äußerst komplexe und komplizierte Problematik der Währungs- und Wirtschaftsunion schrumpfte deshalb auf die Frage des „richtigen“ Umstellungskurses (für DDR-Löhne, Gehälter, Renten, Mieten, Pachten, Bankguthaben etc.) zusammen.

Nur zwei Monate nach der Volkskammerwahl unterzeichneten beide Staaten den Staatsvertrag. Er trat – **für viele zu schnell und überhastet** – schon am 1. Juli nach der Billigung durch die beiden Parlamente in Kraft.

Der **Einigungsvertrag** war trotz breiter Zustimmung in Details heftig umstritten (z.B. bei Fragen der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit). Über seine **außenpolitische Bedeutung** dagegen waren

sich alle Parteien trotz der erheblichen Skepsis der Nachbarstaaten wegen der befürchteten dominierenden Rolle des vereinten Deutschlands in Europa oder gar gegenüber dem Rückfall in nationalistische Machtpolitik einig. Deshalb betonte die Präambel die internationale Bedeutung des Vertrags stark: Das vereinte Deutschland werde einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung leisten. Die europäische Bindung bedeute eine **klare Absage** an eine **nationalistische Politik**.

Die Einschätzung der Vereinigung durch das Ausland

Am 3. Oktober feierten die Deutschen unter großer Anteilnahme des Auslands die nationale und territoriale Vereinigung. Entscheidend war, dass Deutschland seine Einheit in Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn und Partnern auf friedlichem Wege erreicht hatte. Deshalb überwog im Ausland die positive Einschätzung der Vereinigung.

Die **französische Zeitung „Le Monde“**: „Fürchten die Franzosen die deutsche Einheit? Ja, natürlich. Sie fürchten die große Macht von 77 Millionen Einwohnern mitten in Europa, die starke Industrie. ... Dennoch bleibt festzuhalten, dass das heutige Deutschland nicht mehr das unserer Väter und Großväter ist. Die Deutschen haben ... zum größten Teil dem Nationalismus abgeschworen und sich dem Aufbau eines einigen Europas gewidmet.“

Die **sowjetische Zeitung „Iswestija“**: „... Dennoch entsteht bei vielen Leuten die Frage, ob man den Deutschen eines vereinigten Deutschlands trauen

kann. ... Doch meine Antwort lautet: Ja, man kann Vertrauen haben.“

Die **tschechische „Lidova Demokracie“**: „Die Wiedervereinigung ... erweckt hier überwiegend keine Ressentiments aus alten Zeiten, sondern vielmehr Hoffnungen, dass die Zusammenarbeit der Länder Mitteleuropas eine bedeutende Rolle spielen wird.“

Die **Wiener „Allgemeine Zeitung“**: „Die Deutschen hatten das erste und das letzte Wort. Eins-Plus-Rest-Gespräche, das waren die Verhandlungen um die Wiederherstellung deutscher Souveränität. Letztlich hat Bonn die Verhandlungen diktiert. ... Im Verlauf dieser Verhandlungen spiegelte sich die neue Machtstruktur der alten Welt. Deutschland hat diktiert. Nein, nicht mittels militärischer Macht. Heute regiert der gar nicht so diskrete Charme der D-Mark.“



Der schwierige wirtschaftliche Transformationsprozess

Die marode DDR hatte in vierzigjähriger Misswirtschaft immense Probleme geschaffen. Nachdem die erste Vereinigungseuphorie abgeklungen war, zeigte sich bald, dass die **Bewältigung der Vereinigung** wesentlich **komplizierter und mühsamer** werden würde, als selbst Skeptiker angenommen hatten. Dafür gab es eine **Hauptursache**: Die **Umstellung von** der staatlichen **Befehlswirtschaft auf** die **Marktwirtschaft** und die damit verbundene komplexe und komplizierte Reorganisation hätten viel mehr Zeit benötigt. Eben diese gewährten die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in den unmittelbaren Vereinigungsjahren nicht. Verständlicherweise gingen viele Ostdeutsche in den Westen, da sie dort bessere berufliche Perspektiven fanden; bei denen, die „zuhause“ blieben, wuchsen Befürchtungen und Verärgerung, entstand das Gefühl, nach 40 Jahren DDR zum zweiten Male benachteiligt worden zu sein.

Die Vision der „blühenden Landschaften“

In den Wahlen des Vereinigungsjahres (letzte Volkskammerwahl und erste Bundestagswahl) hatten Spitzenpolitiker aus wahlaktischen Gründen viel versprochen, was sich im Nachhinein nicht realisieren ließ. In seiner Rede zum Staatsvertrag verkündete Bundeskanzler Kohl am 1.7.1990 die Vision der „**blühenden Landschaften**“ im Osten Deutschlands und auch Lothar **de Maizière** behauptete, dass es „**keinem schlechter, aber vielen besser**“ gehen werde. Als schnell deutlich wurde, dass *alle* Deutschen für die Kosten der Vereinigung aufkommen mussten, machten sich im Westen wie im Osten Ernüchterung und Verärgerung breit. Montagsdemonstrationen lebten in Leipzig wieder auf und vergrößerten im Westen die Vorbehalte gegenüber den Ostdeutschen.

Die Umsetzung des Staatsvertrags musste zu einer schweren Wirtschaftskrise führen. Sie geriet noch tiefer als auf beiden Seiten erwartet worden war. In den neuen Bundesländern vertraute man – viel zu oft zu euphorisch – der leistungsstarken Wirtschaft der Bundesrepublik und dem Wundermittel D-Mark; im Westen überschätzte man die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft, die vor allem durch die ungeklärten Eigentumsverhältnisse gebremst wurden. Bis März 1991 wurden mehr als eine Million Anträge auf Rückgabe von (in den Anfangsjahren der DDR) enteignetem Eigentum gestellt. Damit waren die noch im Aufbau befindlichen Behörden schlichtweg überfordert. Diese problematische Situation wurde zusätzlich **verschärft durch den Rückgang des Handels mit den osteuropäischen Staaten** um ca. 66%, der bis 1989 den DDR-Außenhandel beherrschte.

Deutsch-deutsche Befindlichkeiten

Ernüchtert und in der für sie problematischen Situation sehnten sich viele Ostdeutsche wieder nach dem Sozialismus zurück, der ihnen, anders als die Marktwirtschaft, Arbeitsplätze garantiert hatte. Aus dieser Gefühlslage entstand eine **ausgeprägte DDR-Nostalgie**, die wiederum in Westdeutschland Unverständnis und Kritik („Motzkis“, „nörglerisch“, „unflexibel“, „undankbar“ etc.) hervorrief. Eine Umfrage in Westdeutschland ergab 2004, dass 17% die Vereinigung ablehnten, 32% die Ostdeutschen für undankbar hielten und 35% der Meinung waren, die Ostdeutschen hätten guten Grund, sich über ihre Lage zu beklagen. 36% hielten die Ostdeutschen für träge und kritisierten deren mangelnde Eigeninitiative. Fast jeder zweite glaubte, den Ostdeutschen sei sehr wohl bewusst, welche Anstrengungen der Westen für sie unternehme, und 52% glaubten, die Ostdeutschen hätten aus ihrer Situation das Beste gemacht.



Statistische Angaben zur Wirtschaftswunderzeit

- Wirtschaftswachstumsraten zu Beginn der Fünfzigerjahre: ca. 8% (2006: ca. 2%).
- Anstieg des Bruttosozialprodukts: 1949: 79 Mrd. DM; 1960: 303 Mrd. DM.
- Zwischen 1954 und 1957 verdoppelte sich die Anzahl der Kraftfahrzeuge auf 5 Mio.
- 1949 betrug die Wochenarbeitszeit eines Arbeiters 49 Stunden (heute: 38,5).
- Erst 1956 erreichten die Metallarbeiter als erste den arbeitsfreien Samstag.

Nierentische, Bomberjacken, Rock'n'Roll

In den Nachkriegsjahren wollten die Deutschen wieder bürgerliche Normalität erleben. Familie, Arbeit und Konsumfreiheit prägten das Leben, von Politik hatten man zunächst „die Nase voll“. Das Wirtschaftswunder brachte eine konsumorientierte **Wohlstandsgesellschaft** hervor. Auf die „Fress-

welle“ folgten die Reise- und schließlich die Motorisierungswelle. Autos und moderne Wohnungseinrichtungen mit ungewöhnlichem Design (z. B. nierenförmige Tische) wurden Statussymbole. Auslandsreisen an den „Teutonengrill“ (italienische Adria) und auf die Balearen erzeugten aufgrund der „harten“ D-Mark ein „Wir-sind-wieder-wer-Gefühl“. Diese Entwicklung trug wesentlich zur **Identifikation mit der jungen Bundesrepublik** bei.

Der **Massenwohlstand** in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre **veränderte die Lebensgewohnheiten** und die **Mentalität** der Westdeutschen. Modern war jetzt, was fremdartig oder gar exotisch war. Traditionelle Werte und Bindungen (Familie, Partnerschaft, bürgerliche Normalität, Kirche) begannen sich zu lockern.

In dieser Zeit entstand aus der Kritik an der „Spießergesellschaft“ der Väter die Subkultur der „**Halbstarken**“, die nach individuellen Freiräumen suchten. Diese Cliquen männlicher Jugendlicher waren vom „American way of life“ geprägt. Ihre Vorbilder

waren amerikanische Idole: die Sänger **Bill Haley** („Rock around the clock“) und **Elvis Presley** („Jailhouse Rock“), die Schauspieler **James Dean** und **Marlon Brando**. Charakteristika dieser neuen Lebensweise, die von der älteren Generation als „vulgär“ oder „primitiv“ abqualifiziert wurde, waren auffällige Kleidung (**Jeans**, „**Bomberjacken**“ = winddichte Blousonjacke aus Nylon, wie sie amerikanische und britische Bomberbesatzungen getragen hatten), eine ausgeprägte Körpersprache, ein Freizeitverhalten mit lässigem Auftreten und insbesondere der Rock'n' Roll. Italienische Eisdiele, die „Jukebox“ mit amerikanischer Musik, amerikanische Filme, Mode, Zigaretten, Coca Cola waren „in“ und trugen wesentlich zur **Amerikanisierung des Alltagslebens** bei. Diese neue Lebensweise hatte auch deutliche gesellschaftliche Auswirkungen: Sie schwächte die traditionellen Werte des Bürgertums und förderte das Selbstbewusstsein der lohnabhängigen Volksschichten, der „einfachen“ Leute.



Elvis Presley

© Ullstein Bild GmbH



Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition

Für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Großen Koalition waren in erster Linie Wirtschaftsminister Karl **Schiller** (SPD) und Finanzminister Franz Josef **Strauß** (CSU) mit folgenden Maßnahmen verantwortlich:

Die **Konzertierte Aktion** (= enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Tarifpartnern und Wissenschaftlern) beriet und koordinierte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

Das **Stabilitätsgesetz** (1967) verpflichtete die Bundesregierung zur Einhaltung der vier grundlegenden Ziele: Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sollte mit Hilfe der staatlichen **Globalsteuerung** erreicht werden. Die **antizyklische Wirtschaftspolitik** förderte die Konjunktur durch staatliche Investitionen.

Der harte Kern der APO war der **Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)**. Nach der Erschießung des Demonstranten Benno Ohnesorg in Berlin durch einen Polizisten (Juni 1967) kam es in zahlreichen Großstädten zu Massendemonstrationen, Krawallen und Straßenkämpfen zwischen der militanten Linken und rigoros vorgehenden Ordnungskräften.

Die **Notstandsgesetze** vom Mai 1968 (größere Kompetenzen des Bundes im Verteidigungsfall, bei innerer Unruhe oder Naturkatastrophen) verschärfen die Spannungen. Nach dem Zerfall der APO Ende der Sechzigerjahre bekämpfte eine radikale Minderheit (**Rote-Armee-Faktion**) den Staat mit Anschlägen auf Gebäude, Entführung und Ermordung von Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft. Mit dem Selbstmord ihrer inhaftierten Anführer Ulrike Meinhof im Mai 1976 und Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe im Oktober 1977 endete die zweite Generation der RAF. Bis zur Auflösung der RAF 1998 beging die dritte Generation weitere Morde. Unter den Opfern waren u.a. MTU-Chef Ernst Zimmermann (1985), Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts, der Bonner Spitzendiplomat Gerold von Braunmühl (beide

Die Außerparlamentarische Opposition (APO)

In der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre entstand in der westlichen Welt eine Protestbewegung gegen die gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Die APO in der Bundesrepublik bestand überwiegend aus Studenten und setzte sich aus ideologisch unterschiedlichen kleineren Gruppen zusammen. Allen war ein militanter **Antikapitalismus und Antiamerikanismus** gemeinsam. Die APO lehnte jegliche Art von Autorität und Zwang ab, bekämpfte den „Parteienfilz“, Rechtsdiktaturen, den US-Imperialismus und dessen Kriegsführung in Vietnam. Sie propagierte den **Marxismus-Leninismus** und verherrlichte sozialistische Politiker, Ideologen und Freiheitskämpfer (z.B. Mao Tse Tung, Ho Tschi Minh, Che Guevara) kritiklos. Sie hatte folgende **Ziele**: „Befreiung der Massen“ von Bevormundung, Unterdrückung und Ausbeutung, Gleichberechtigung der Frau, Modernisierung der Hochschulstrukturen und Bekämpfung des Konsumterrors.

1986), Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen (1989) und Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder (1991).

Die RAF war nach ihrem Selbstverständnis eine kommunistische, antiimperialistische Stadtguerilla (span.: militante, gewaltbereite Untergrundorganisation) nach südamerikanischem Beispiel.

Die Reformpolitik der Regierung Brandt

Brandts Innenpolitik stand unter dem Motto „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Zu seiner umfangreichen Reformpolitik gehörten u.a.: Betriebsverfassungsgesetz, betriebliches Mitbestimmungsgesetz, vermögenswirksame Leistungen für Arbeitnehmer, Rentenreformgesetz, Erhöhung der Krankenversicherung und des Kindergeldes; Volljährigkeit mit 18 Jahren, Bildungsreform sowie das Ehe- und Familienrecht. Letzteres förderte die Gleichberechtigung von Mann und Frau und verbesserte die Lage geschiedener bzw. allein erziehender Frauen. Das heftig umstrittene Abtreibungsrecht erlaubte eine straffreie Abtreibung unter bestimmten, weit gefassten Voraussetzungen.



Die „Zwei-Drittels-Gesellschaft“

Wirtschaftspolitisch hatte Kohl nur bedingt Erfolg. Einerseits wurde die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre zur stärksten Exportnation der Welt. Andererseits gelang es der Regierung nicht, das Hauptproblem, die wachsende Arbeitslosigkeit, in den Griff zu bekommen. In dieser Zeit entwickelte sich die **Bundesrepublik** zu einer „**Zwei-Drittels-Gesellschaft**“. Dies bedeutete, dass der größere Teil gut verdiente und sich mehr leisten konnte als je zuvor, der kleinere jedoch von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bedroht oder gar von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe abhängig war. Die Mehrheit der Deutschen bejahte das politische System der Bundesrepublik und zeigte großes Interesse für Fragen des Umweltschutzes, der Friedenspolitik und der Problematik der Dritten Welt. In den anderen Bereichen machte sich eine deutliche **Politikverdrossenheit** bemerkbar, die durch politische Affären und Skandale (Parteispendenaffären etc.) gespeist wurde.

Schröder „gewinnt“ das Misstrauen

In dieser Situation erzwang Schröder mit einer verfassungsrechtlich äußerst zweifelhaften Methode eine **vorzeitige Bundestagswahl**. Er stellte die Vertrauensfrage mit dem Ziel, sie zu verlieren. Das Misstrauensvotum ist laut Verfassung ein Kampfmittel der Opposition und wird von ihr gegen den Bundeskanzler gerichtet. Dass ein Kanzler die Vertrauensfrage stellt, um sie zu verlieren, war nach Ansicht vieler Staatsrechtler ein dubioser Winkelzug. Schröder begründete seinen heftig kritisierten Schritt damit, dass die Regierung nicht mehr hin-

Die rot-grüne Koalition

Im März 1999 verkündete Schröder sein von den Grünen stark beeinflusstes Regierungsprogramm, die **Agenda 2010**. Dieses Motto bezog sich auf das Programm der Europäischen Union, mit dem diese bis 2010 zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Region der Welt“ gemacht werden sollte. Schröder wollte vor allem das Sozialsystem und den Arbeitsmarkt reformieren. Trotz der umfassenden Maßnahmen, die die Agenda 2010 in den Bereichen Wirtschaft, Ausbildung, Steuern, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Rente und Familien beinhaltete, konnten **keine durchschlagenden Erfolge** verzeichnet werden. Die Arbeitslosenzahl und die Staatsverschuldung stiegen weiter an und führten zu wachsender Kritik an der rot-grünen Koalition. Entscheidend war nach einer Reihe von Niederlagen, die die SPD bei Landtagswahlen hinnehmen musste, die verlorene Landtagswahl (Mai 2005) im „Stammland“ der SPD, in Nordrhein-Westfalen.

reichend handlungsfähig sei. Er erreichte sein Ziel, weil die Mehrheit der SPD-Fraktion ihrem Kanzler – wenn auch widerwillig – folgte. Nur 151 von 595 Abgeordneten sprachen Schröder das Vertrauen aus. Nach einer Bedenkzeit löste Bundespräsident Horst Köhler den Bundestag auf. Die Bundestagswahl vom September 2005 bewirkte letztendlich das Gegenteil dessen, was Schröder erreichen wollte. Die SPD musste eine Koalition mit der CDU/CSU eingehen, Schröder das Regierungsamt an Angela Merkel (CDU) abgeben.



Relative Stabilisierung und Modernisierung im Schatten der Mauer

Die Massenflucht nach dem Arbeiteraufstand von 1953 zeigte die Unzufriedenheit der DDR-Bürger mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen und zwang die SED zur Reaktion. Das Jahr **1961** wurde zu einer **Zäsur**: Mauerbau und systematischer Ausbau der Grenze zur Bundesrepublik stoppten den Flüchtlingsstrom, zwangen die Bürger, sich mit den Verhältnissen zu arrangieren und ermöglichten eine **relative Stabilisierung und Modernisierung**. Als Ausgleich gestand die Partei den DDR-Bürgern **größere Freiräume im privaten Leben** zu (Kirchen, Sport, Freizeitvereine). In der Folgezeit versuchte die DDR-Führung durch eine „**wissenschaftlich-technische Revolution**“ Anschluss an das Weltniveau zu finden: Das „**Neue ökonomische System der Planung und Leitung**“ (1963) dezentralisierte die Wirtschaft und führte sogar marktwirtschaftliche Mechanismen ein (z.B. Selbstverant-

wortung und Selbstverwaltung). Zweiinhalb Jahre später kehrte die DDR durch das **Ökonomische System des Sozialismus** (ÖSS) wieder zur zentralen Planung und Leitung zurück. Das **Bildungsgesetz** (1965) und die **Hochschulreform** (1969) sollten die Grundlagen schaffen für einen modernen, hoch entwickelten Industriestaat. Der **Perspektivplan** 1966-1970 legte als Wirtschaftsschwerpunkte die Petrochemie, die Elektronik, den Städtebau und die enge Zusammenarbeit mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) fest. Von der **Mitte der Sechziger bis zur Mitte der Siebzigerjahre** war die **DDR erfolgreich**: Schwerindustrie, Industrieproduktion und Lebensstandard wuchsen, Löhne und Renten wurden erhöht, die Fünftagwoche eingeführt und Sozialleistungen (Kindergärten, Babyjahr etc.) verbessert. Zu Beginn der Siebzigerjahre hatte die DDR den höchsten Lebensstandard im Ostblock und war nach der UdSSR die zweitstärkste Wirtschaftsmacht des RGW.

Ulrichs Ziel war es, die Bundesrepublik zu überholen. Die DDR investierte deshalb Milliarden in neue Techniken. Trotzdem wurde der **Abstand zur Bundesrepublik immer größer**. Dies führte zur Entmachtung Ulrichs. Sein Nachfolger E. Honecker lockerte die Zügel innenpolitisch. Die positive Entwicklung dieser Zeit (wirtschaftliche, sportliche und außenpolitische Erfolge wie die De-facto-Anerkennung durch die BRD, Aufnahme in die UNO, Unterzeichnung der KSZE-Akte etc.) erhöhten das Selbstbewusstsein der DDR.

Stagnation und Erstarrung

Die **Ölkrisen von 1973/74** brachte den **Wendepunkt**. Das sowjetische Erdöl musste nun in Dollar zum Weltmarktpreis bezahlt werden, weshalb die für die Modernisierung der Industrie notwendigen Devisen fehlten. Die Staatsverschuldung stieg rapid an, der Lebensstandard stagnierte. Oppositionelle Bürgerrechts-, Umwelt- und Friedensbewegungen entstanden. Der Staat unterdrückte „abweichlerische“ Meinungen und verfolgte Oppositionelle rigoros.

Der Untergang

Die zweite Ölkrisen von **1979/80** stürzte die DDR in eine **Existenz bedrohende Krise**. Der Staatsbankrott konnte durch einen von Franz Josef Strauß vermittelten Milliardenkredit westdeutscher Banken abgewendet werden, für den die Bundesrepublik eine Bürgschaft gab. Die DDR musste im Gegenzug Zugeständnisse machen (verbesserter Reise- und Besucherverkehr, Aufhebung des Schießbefehls, großzügigere Ausreisepraxis für DDR-Bürger). Die Entwicklung in der UdSSR stärkte die oppositionellen Gruppen. Darauf reagierte die SED erfolglos mit der Verschärfung staatlicher Repressalien. Massenflucht, Revolution und der Vereinigungsprozess besiegelten 1989/90 ihren Untergang.



Der Brüsseler Pakt war der erste westeuropäische Zusammenschluss. 1949 gründeten Großbritannien, Irland, Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten, Dänemark, Norwegen und Schweden den **Europarat** (Hauptziel: Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts). Die **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl** vereinbarte die Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl und deren koordinierten Einsatz für den europäischen Wiederaufbau. Der Ost-West-Konflikt bewirkte 1952 die **Europäische Verteidigungsgemeinschaft** und zwei Jahre später die gegen die UdSSR gerichtete **West-europäische Union**, die der europäische Pfeiler der NATO ist. In den Römischen Verträgen (1957) gründeten Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Staaten die **Europäische Atomgemeinschaft** (Ziel: Friedliche Nutzung der Atomenergie) und die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft** (Hauptziel: Förderung der gemeinsamen, koordinierten Wirtschaftspolitik). Der **Organization for**

Economic Cooperation and Development gehören neben westeuropäischen Staaten auch Japan, Kanada, die USA und die Türkei an. Sie will die Wirtschaftsentwicklung, das Wirtschaftswachstum und die Ausweitung des Welthandels fördern. Die **Europäischen Gemeinschaften** (EG) vereinten EGKS, EURATOM und EWG. Die **Europäische politische Zusammenarbeit** koordiniert die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der EG, die mit Gründung der EU (1992) in Europäische Gemeinschaft umbenannt wurde, um die politische Bedeutung stärker zu betonen. Die **KSZE**, 1995 zur **OSZE** erweitert, war die erste vertragliche Vereinbarung auf gesamteuropäischer Ebene. Das **Schengener Abkommen**, dem heute fast alle westeuropäischen Staaten angehören, beinhaltet den Verzicht auf die Kontrolle des Personenverkehrs an den Grenzen. Der **Vertrag von Maastricht** begründete 1992 die EU, der 27 west- und osteuropäische Staaten angehören. Er ist das wichtigste Dokument der europäischen Einigung.

